



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 11 | 2019



Die Themen

Einbürgerungen

Verschuldung kommunaler Körperschaften

Schafbestände

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 150. (73.)

Bestell-Nr. Z10001 201911
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberg Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © Pavlo Vakhrushev – stock.adobe.com,
© Bayerisches Landesamt für Statistik
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311
Telefax 0911 98208-6638

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563
Telefax 0911 98208-6573

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2019**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



dies ist die dritte Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ in Folge mit einem Beitrag über die Öffentlichkeitsarbeit des Landesamts. Im September haben wir umfangreich über die StatistikTage Bamberg|Fürth berichtet, einen Monat später über unsere Feierlichkeiten zum Abschluss der Bauarbeiten in Fürth und die neue Festschrift, und diesmal wollen wir Ihnen einen Eindruck von unserer Beteiligung an der Langen Nacht der Wissenschaften vermitteln. Diese Art der Öffentlichkeitsarbeit ist sicher nicht selbstverständlich für eine Behörde. Wir sind jedoch der Meinung, dass Statistiken nur dann einen Sinn machen, wenn ihre Ergebnisse auch genutzt werden. Und um sie nutzen zu können, müssen wir sie bekannt machen. Natürlich ist es wie bei Gründung der amtlichen Statistik in Bayern im Jahr 1808 noch immer unsere Hauptaufgabe, den Ministerien und Verwaltungen Daten zur Verfügung zu stellen. Doch unser Angebot richtet sich eben auch an die Öffentlichkeit, an Medien, Verbände, Wissenschaft, kurz: an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Ihnen den Datenzugang zu erleichtern, ist das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Der erste Fachbeitrag beschäftigt sich mit der Einbürgerungsstatistik 2018. Im Freistaat erhielten 18 062 Personen aus 147 Nationen im vergangenen Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft. Wie sehr Statistiken das Leben widerspiegeln, sieht man unter anderem an der Entwicklung der Einbürgerungen aus dem Vereinigten Königreich. Lagen deren Zahlen in den fünf Jahren vor dem Brexit-Referendum im niedrigen zweistelligen Bereich, ist seit 2016 ein kontinuierlicher Anstieg festzustellen auf zuletzt 1 329 Personen.

Traditionell sind die öffentlichen Finanzen eine der Säulen der amtlichen Statistik. Diesmal berichten wir über die Verschuldung der kommunalen Körperschaften im Jahr 2018.

Im dritten Aufsatz bringen wir Ihnen Daten zur Entwicklung der Schafzucht näher. Diese hat in Deutschland und in Bayern zwar eine lange Tradition, im Vergleich zu anderen Bereichen der Viehzucht sind die Bestände allerdings eher gering. Dennoch ist Bayern das Bundesland mit dem höchsten Bestand an Schafen. Grund genug, einen Blick auf die Entwicklung der Bestände im laufenden Jahrzehnt zu werfen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Th. Göbl'.

Dr. Göbl
Präsident

Statistik aktuell

674 [Kurzmitteilungen](#)

Nachrichten

688 [IHK Nürnberg für Mittelfranken zu Besuch im Bayerischen Landesamt für Statistik](#)
Sitzung des IHK-Arbeitskreises Immobilienwirtschaft
am 10. Oktober 2019

690 [Bayerisches Landesamt für Statistik präsentiert sich der Öffentlichkeit bei der Langen Nacht der Wissenschaften](#)

692 [1. EMOS-Tag am Bayerischen Landesamt für Statistik am 25. Oktober 2019](#)

Beiträge aus der Statistik

694 [Einbürgerungen in Bayern 2018](#)

700 [Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2018](#)

708 [Die Entwicklung der Schafbestände in Deutschland und Bayern seit 2011](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

715 [Staats- und Kommunalschulden Bayerns 1970](#)
Vorläufige Ergebnisse der Schuldenstandstatistik
zum 31. Dezember 1970

Bayerischer Zahlenspiegel

719 [Tabellen](#)

728 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

[3. Umschlagseite](#)

Kurzmitteilungen



Bevölkerungsstand

Bayern wächst um knapp 20 500 Einwohner im ersten Halbjahr 2019

Am 30. Juni 2019 hatte der Freistaat Bayern 13 097 202 Einwohner und damit 20 481 mehr als noch zu Jahresbeginn. Verglichen mit der Entwicklung im ersten Halbjahr 2018 fiel das Bevölkerungswachstum damit etwas moderater aus; in der ersten Jahreshälfte 2018 wuchs die bayerische Bevölkerung noch um über 41 510 Personen.

Die Bevölkerungsentwicklung des ersten Halbjahres 2019 war geprägt von einem moderaten Wanderungsplus gegenüber den anderen Bundesländern und von einer deutlichen Nettozuwanderung aus dem Ausland. So zogen zwischen Anfang Januar und Ende Juni 2019 aus dem übrigen Bundesgebiet circa 54 300 Bürger nach Bayern, während über 52 700 dorthin abwanderten, woraus gegenüber den anderen Bundesländern ein Wanderungsgewinn von rund 1 600 Personen (erstes Halbjahr 2018: 3 100)

resultierte. Aus dem Ausland zogen im gleichen Zeitraum 2019 über 131 700 Personen nach Bayern zu, knapp 102 800 wanderten ins Ausland ab, so dass im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Ausland ein Wanderungsplus von rund 28 900 Personen verblieb (erstes Halbjahr 2018: 45 400).

Die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung wies in den ersten sechs Monaten 2019 bei rund 61 400 Geburten und über 68 300 Sterbefällen ein Geburtendefizit von über 6 900 Personen auf.

Die verbleibende rechnerische Abweichung von rund 3 100 Personen zur Gesamtveränderung beruht auf den sogenannten „sonstigen Veränderungen“, unter die beispielsweise Korrekturbuchungen oder Nachmeldungen fallen.

Auf Ebene der Regierungsbezirke verlief die Entwicklung der Einwohnerzahlen recht unterschied-

lich. Von Anfang Januar bis Ende Juni 2019 nahm die Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberbayern um 9 237 Personen zu, gefolgt von Schwaben mit 6 504 Personen, Mittelfranken mit 3 229 Personen, Niederbayern mit 2 114 Personen und der Oberpfalz mit 416 Personen. Dagegen nahm die Bevölkerungszahl in Oberfranken um 960 Personen und in Unterfranken um 59 Personen ab.

Der bayernweite Gesamtzuwachs von 20 481 Personen entspricht in etwa der Bevölkerungszahl der großen Kreisstadt Traunstein in Oberbayern.

Hinweis

Weitere Ergebnisse zur Bevölkerungsfortschreibung finden Sie in unserer GENESIS-Online-Datenbank: q.bayern.de/genesis-tabelle-12411-009

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Einwohnerzahlen der Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke 2. Vierteljahr 2019“ (Bestellnummer: A1200C 201942).



Mikrozensus

Wohneigentumsquote in Bayern seit 2010 unverändert

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es im Jahr 2018 im Freistaat rund 5,6 Millionen bewohnte Wohnun-

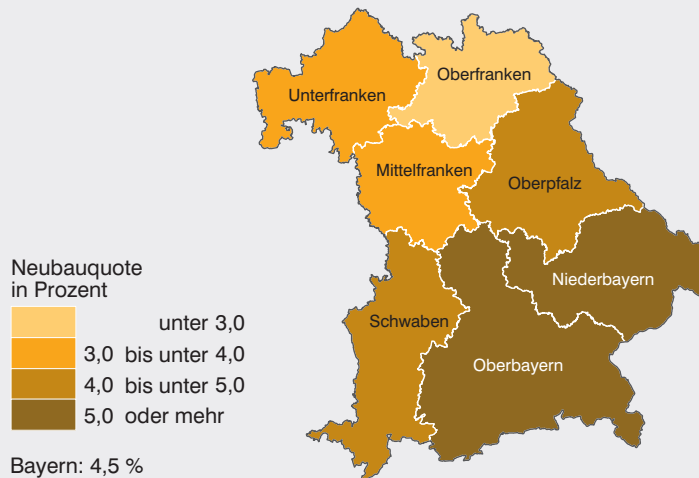
gen in Wohngebäuden. Rund 2,88 Millionen Wohnungen oder 51% wurden von ihren Eigentümern bewohnt, bei 2,72 Millionen Wohnungen oder 49% handelte es sich um Mietwohnungen.

Mit 51% ist die Wohneigentumsquote gegenüber 2010 nahezu unverändert geblieben und liegt über der Bundesquote von 47%.

Wie im Jahr 2010 weisen die stärker urban geprägten Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken die niedrigsten Wohneigentumsquoten unter den bayerischen Regierungsbezirken auf. In Oberbayern liegt diese bei 43 %, in Mittelfranken bei 50 %. Im Vergleich zum Jahr 2010 ist in Mittelfranken die Eigentumsquote um 2,3 Prozentpunkte gestiegen, in Oberbayern ist die Quote nahezu unverändert geblieben. Demgegenüber lag die Wohneigentumsquote in allen anderen Regierungsbezirken über dem bayerischen Landesdurchschnitt. Spitzenreiter war Niederbayern mit einer Wohneigentumsquote von 62 %, gefolgt von der Oberpfalz mit 59 % und Oberfranken mit 57 %. In Unterfranken und Schwaben lagen die Eigentumsquoten jeweils bei 56 %.

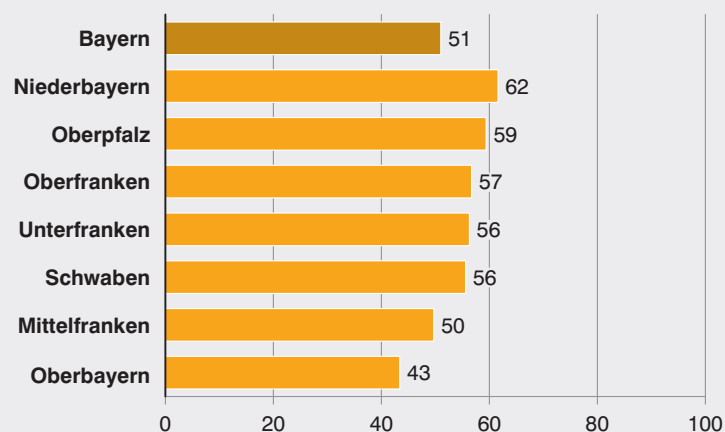
68 % der in Bayern von Eigentümern bewohnten Wohnungen waren Einfamilienhäuser. Hierzu zählen freistehende Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern hatten dementsprechend einen Anteil von 32 %. Demgegenüber handelt es sich beim überwiegenden Teil der Mietimmobilien um Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (83 %), nur 17 % waren Einfamilienhäuser. Auch hier sind auf Regierungsebene Unterschiede festzustellen. Den höchsten Anteil an von Eigentümern bewohnten Einfamilienhäusern weist Niederbayern mit 81 % vor der Oberpfalz und Oberfranken mit jeweils 73 % auf. Es folgen die Regierungsbezirke Unterfranken und Schwaben mit 70 % bzw. 69 %. Die niedrigsten Quoten an von Eigentümern

Neubauquote* in Bayern 2018 nach Regierungsbezirken in Prozent



* Anteil der Wohnungen, die seit 2011 neu gebaut wurden, am Gesamtwohnungsbestand.

Wohneigentumsquote* in Bayern 2018 nach Regierungsbezirken in Prozent



* Verhältnis der von Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen zu der Gesamtzahl aller bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden.

selbst bewohnten Einfamilienhäusern entfallen auf Mittelfranken mit 64 % und Oberbayern mit 61 %.

Wohnungen, die seit 2011 neu gebaut wurden, hatten in Bayern 2018 einen Anteil am Gesamtwohnungsbestand von 4,5 % und lagen damit über dem gesamtdeutschen Wert von 2,9 %. Der Regierungsbezirk in Bayern mit dem höchsten Anteil an Woh-

nungen, die ab 2011 gebaut wurden, ist mit 5,9 % Niederbayern. Oberfranken weist mit 2,0 % den geringsten Anteil auf. Die weiteren Regierungsbezirke haben – gemessen an den seit 2011 errichteten Wohnungen – folgende Neubauquoten: Oberbayern 5,3 %, Oberpfalz 4,4 %, Schwaben 4,3 %, Mittelfranken 3,9 % und Unterfranken 3,2 %.

Pro Person betrachtet, verfügte jeder bayerische Einwohner 2018 über eine Wohnfläche von durchschnittlich 46,1 m². In Niederbayern ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner mit 49,7 m² am größten, in Oberbayern mit durchschnittlich 44,1 m² am geringsten. Die durchschnittlichen Werte pro Einwohner in den wei-

teren Regierungsbezirken lagen bei jeweils 48,4 m² in der Oberpfalz und Oberfranken, 47,1 m² in Unterfranken, 46,2 m² in Schwaben und 45,2 m² in Mittelfranken.

Fragen zum Wohnraum der Bevölkerung werden im Mikrozensus alle vier Jahre erhoben.

Hinweis

Die Bund-Länder-Publikation „Wohnen in Deutschland“ ist auf dem gemeinsamen Statistikportal von Bund und Ländern abrufbar unter www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/wohnen-deutschland

In der Veröffentlichung werden die Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung für das Jahr 2018 in tabellarischer Form dargestellt.

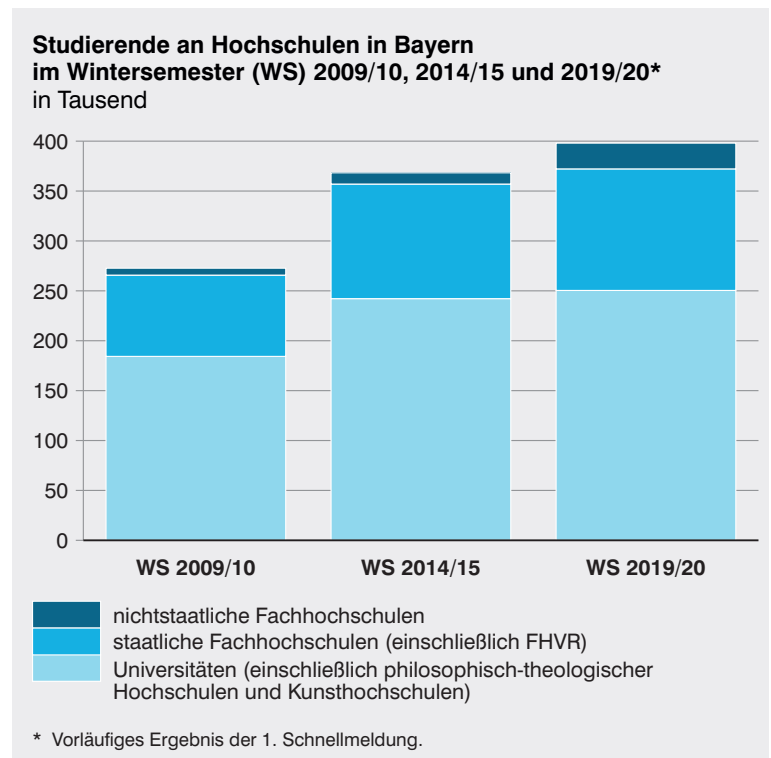


Hochschulen, Hochschulfinanzierung

Neuer Höchststand bei Studierenden im Wintersemester 2019/20 – Ersteinschreibungen leicht rückläufig

Im Wintersemester 2019/20 werden an Hochschulen in Bayern insgesamt 398 005 Studierende immatrikuliert sein. Damit steigt die Zahl der Studierenden nach den ersten, zum Teil noch auf Schätzung beruhenden Meldungen der Studierendenkanzleien (zum Stichtag 17. September 2019) im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester (392 297 Studierende) um 1,5% und erreicht einen neuen Höchststand. Erstmals für ein Studium schreiben sich 68 251 junge Menschen zum Wintersemester 2019/20 ein. Im vorangegangenen Wintersemester waren es 68 488 Studienbeginnende.

Differenziert nach ausgewählten Hochschularten entfallen auf Universitäten knapp zwei Drittel (246 096 oder 61,8%) aller Studierenden. Davon sind 128 939 oder 52,4% Frauen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigt die Zahl der Studierenden um 0,8%, Ersteinschreibungen gehen um 2,1% zurück. Die staatlichen Fachhochschulen (ohne Hochschulen für den öffentlichen Dienst) zählen



für das bevorstehende Wintersemester 115 858 Studierende. Der Frauenanteil beträgt hier 40,8% (47 271 Studentinnen). Verglichen mit dem Wintersemester 2018/19 steigt die Zahl der Studierenden um 1,0%, Ersteinschreibungen sinken um 2,3%. Bei den nichtstaatlichen Fach-

hochschulen zeigt der Vergleich zwischen aktuellem und vorangegangenen Wintersemester einen Anstieg der Studierenden um 8,8% und der Ersteinschreibungen um 26,4%.

Im Zehnjahres-Vergleich hat die Zahl der Studierenden in Bayern

seit dem Wintersemester 2009/10 (272 666 Studierende) um insgesamt 46,0% zugenommen. Dabei weisen im Vergleich zum aktuellen Semester die Universitäten einen Anstieg der Studierendenzahlen

von 36,4% (+65 709) auf. Bei den Fachhochschulen (inkl. der Hochschulen für den öffentlichen Dienst) ist ein Plus von 67,0% zu verzeichnen, was 59 242 Studierenden entspricht.

Hinweis

Die Ergebnisse für die einzelnen Hochschulen können auch im Internetangebot des Landesamts heruntergeladen werden unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bildung_soziales/hochschulen



Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im August 2019 um 5,2% unter dem Vorjahresniveau

Im August 2019 verbuchte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzminus von 5,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 26,1 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 14,2 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (–4,9%) und darunter rund 4,9 Milliarden Euro auf Umsätze mit den

Ländern der Eurozone (–2,5%). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrugen 54,5% bzw. 18,6%.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes ging im August 2019 gegenüber dem August 2018 preisbereinigt um 9,2% zurück. Die Bestelleingänge aus dem Inland verringerten sich um 13,6%, die aus dem Ausland um 6,7%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende August 2019 mit 1,213 Millionen Beschäftigten um 0,5% unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im August 2019“ (Bestellnummer: E1101C 201908) und „Index des Auftrags-eingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2019“ (Bestellnummer: E1300C 201908).



Handwerk

Insgesamt 101 177 Handwerksunternehmen in Bayern im Jahr 2017

Im Jahr 2017 gab es in Bayern insgesamt 101 177 selbstständige Handwerksunternehmen (–0,1% gegenüber 2016), davon 80 855 Unternehmen im zulassungspflichtigen und 20 322 Unternehmen im zulassungsfreien Handwerk (–0,6% bzw. +2,1%). Auf Basis der jüngsten Registerauswertung für das Handwerk in Bayern erzielten diese Unternehmen im Jahr 2017 zusammen einen Umsatz in Höhe von insgesamt 114,0 Milliarden Euro (+5,3%)

und verfügten im Jahresdurchschnitt über einen Beschäftigtenstamm von 939 804 tätigen Personen (+1,8%), darunter 712 427 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (+2,4%) und 122 493 geringfügig entlohnte Beschäftigte (–0,4%). Somit errechnete sich für das bayerische Handwerk 2017 im Mittel ein Jahresumsatz je tätige Person von 121 297 Euro (+3,5%), wobei durchschnittlich neun Personen je Handwerksunternehmen tätig waren.

Die bayerischen Handwerksunternehmen nach Größenklassen tätiger Personen unterschieden, ergibt auch für 2017, dass sowohl im zulassungspflichtigen als auch im zulassungsfreien Handwerk die Unternehmen mit jeweils höchstens vier tätigen Personen überwiegen. Insgesamt zählten im Jahr 2017 immerhin 61 933 bzw. 61,2% aller selbstständigen Handwerksunternehmen zu dieser Beschäftigtengrößengruppe, welcher mit 122 717

Handwerksunternehmen, tätige Personen und Umsatz in Bayern 2017

Ergebnisse der Registrierung für das Handwerk

Beschäftigtengrößenklasse (Unternehmen mit ... tätigen Personen) Handwerkskammerbezirk	Handwerks- unter- nehmen ¹	Tätige Personen im Jahresdurchschnitt 2017				Umsatz ³ 2017	
		insgesamt ²	darunter		je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
			sozialver- sicherungs- pflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte			
Anzahl						1 000 €	€
nach Beschäftigtengrößenklassen							
unter 5	61 933	122 717	45 480	13 227	2	10 101 481	82 315
5 bis 9	19 858	130 527	88 212	21 525	7	11 402 223	87 355
10 bis 19	11 099	148 065	114 439	22 066	13	15 513 451	104 775
20 bis 49	5 921	173 838	145 227	22 476	29	21 315 912	122 619
50 oder mehr	2 366	364 657	319 069	43 199	154	55 662 067	152 642
nach Handwerkskammerbezirken							
München und Oberbayern ...	37 267	305 087	227 979	38 354	8	39 357 202	129 003
Niederbayern-Oberpfalz	19 436	215 945	169 031	26 835	11	28 753 537	133 152
Oberfranken	8 154	74 886	58 174	8 317	9	9 145 007	122 119
Mittelfranken	11 845	116 712	88 289	16 171	10	11 328 209	97 061
Unterfranken	9 864	92 677	69 186	13 308	9	10 003 132	107 935
Schwaben	14 611	134 497	99 768	19 508	9	15 408 047	114 561
insgesamt	101 177	939 804	712 427	122 493	9	113 995 134	121 297
Veränderung gegenüber 2016 in %	- 0,1	1,8	2,4	- 0,4	1,9	5,3	3,5

1 Nur Unternehmen (einschließlich der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig oder geringfügig entlohten Beschäftigten im Berichtsjahr 2017.

2 Einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt).

3 Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.

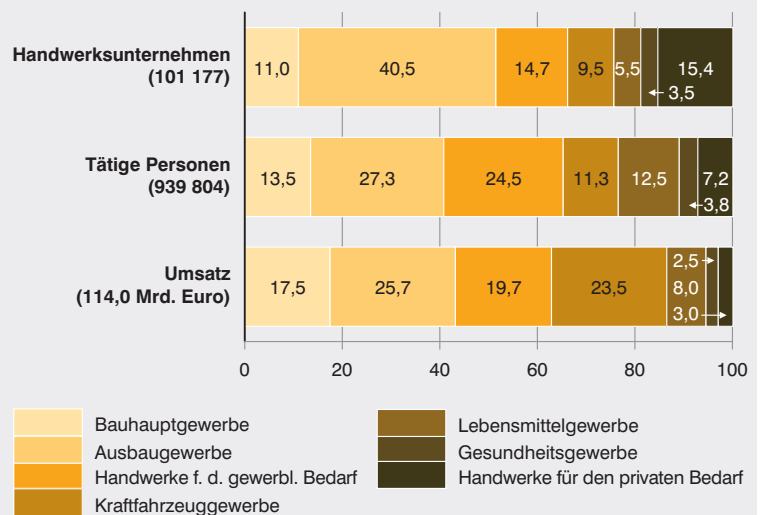
tätigen Personen ein Beschäftigtenanteil von 13,1% und mit 10,1 Milliarden Euro Umsatz ein Umsatzanteil von 8,9% zukam.

Von den im Jahr 2017 festgestellten Handwerksunternehmen waren die meisten, und zwar 37 267 bzw. 36,8%, im Kammerbezirk München und Oberbayern ansässig, während mit großem Abstand gefolgt 19 436 bzw. 19,2% auf den Kammerbezirk Niederbayern-Oberpfalz entfielen. Die entsprechenden Unternehmensanteile in den vier anderen bayerischen Handwerkskammerbezirken bezifferten sich zwischen 8,1% (Oberfranken) und 14,4% (Schwaben).

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene sowie in tieferer fachlicher Untergliederung enthält der Statistische Bericht „Handwerk in Bayern – Ergebnisse der Registerauswertung 2017“

(Bestellnummer: E5200C 2017009).

Handwerksunternehmen*, tätige Personen und Umsatz*** in Bayern 2017 nach Gewerbegruppen in Prozent**

* Nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig oder geringfügig entlohten Beschäftigten im Berichtsjahr 2017.

** Im Jahresdurchschnitt 2017; einschl. tätiger Inhaber (geschätzt).

*** Mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.

Quelle: Registerauswertung für das Handwerk 2017.



Außenhandel

Bayerns Exporte und Importe im August 2019 unter Vorjahresstand

Im August 2019 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von rund 13,3 Milliarden Euro (–6,0% gegenüber dem Vorjahresmonat) und importierte Waren im Wert von knapp 13,9 Milliarden Euro (–3,5%). Nach den vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik wurden 54,9% aller Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28) ver-

sandt, darunter gingen 34,2% aller Exporte in die Länder der Euro-Zone. 58,0% aller Importe bezog Bayern aus den Ländern der Europäischen Union, darunter kamen 33,6% aller Importe aus den Ländern der Euro-Zone.

Die wichtigsten Ausfuhrländer Bayerns im August 2019 waren die Vereinigten Staaten, die Volks-

republik China, Österreich, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien. Die bedeutendsten Einfuhrländer waren die Volksrepublik China, Österreich, die Tschechische Republik, die Vereinigten Staaten, Polen und Italien. Die höchsten Exportwerte erzielte die bayerische Wirtschaft im August 2019 mit „Maschinen zusammen“, „Personenkraftwa-

Der Außenhandel Bayerns im August und im Jahr 2019

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %
	1 000 Euro		1 000 Euro	
August				
Europa	8 365 407	-5,6	9 181 579	-4,5
darunter EU-Länder (EU-28)	7 305 912	-5,8	8 045 241	-3,6
darunter Euro-Länder	4 551 685	-5,1	4 661 044	-4,4
darunter Frankreich	886 406	-4,9	506 865	-14,0
Niederlande	486 947	-0,6	697 002	-8,3
Italien	724 902	-1,9	793 669	-16,9
Österreich	1 109 218	-7,2	1 111 021	-8,1
Slowakei	184 828	-8,1	608 834	75,5
Vereinigtes Königreich	744 222	-6,8	453 899	14,7
Polen	560 946	-9,3	826 175	-8,8
Tschechische Republik	506 168	-4,4	1 006 112	-6,5
Ungarn	307 302	3,0	586 850	8,2
Schweiz	449 622	-10,8	388 854	26,4
Afrika	188 150	-20,8	399 663	13,1
Amerika	2 104 376	-0,3	1 077 141	6,7
darunter Vereinigte Staaten	1 577 237	0,7	921 813	11,1
Asien	2 533 694	-9,8	3 192 238	-5,7
darunter Volksrepublik China	1 132 618	-9,5	1 471 973	3,2
Australien-Ozeanien	122 330	-13,8	14 732	30,9
Verschiedenes ¹	3 519	38,7	17 447	47,4
insgesamt	13 317 477	-6,0	13 882 800	-3,5
darunter elektronische Bauelemente	248 298	-7,8	805 391	-26,4
Erdöl und Erdgas	-	-100,0	770 693	-32,8
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ²	1 103 668	-4,1	744 067	-11,1
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	981 353	-3,6	928 487	-7,9
Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	528 765	9,7	179 971	24,2
Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	553 328	-3,4	264 573	-2,7
Personenkraftwagen und Wohnmobile	1 140 971	-13,0	902 927	174,0
Pharmazeutische Erzeugnisse	289 991	13,9	499 406	6,4
Bekleidung zusammen (EGW801 bis EGW807 ³)	55 777	50,5	493 559	-6,6
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859 ³)	2 424 445	-10,7	1 479 855	-7,4

Noch: Der Außenhandel Bayerns im August und im Jahr 2019

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %
	1 000 Euro		1 000 Euro	
Januar bis August				
Europa	80 715 020	-1,3	88 210 737	1,8
darunter EU-Länder (EU-28)	71 577 049	-0,7	77 530 408	1,6
darunter Euro-Länder	44 815 170	-0,8	44 397 313	1,7
darunter Frankreich	8 925 769	0,6	5 281 931	-7,4
Niederlande	4 503 277	0,9	6 482 907	0,2
Italien	8 306 242	-0,1	7 953 477	-4,4
Österreich	9 759 821	-2,5	12 001 010	10,7
Slowakei	1 618 690	0,9	3 440 594	21,5
Vereinigtes Königreich	8 364 872	-4,7	3 919 307	8,4
Polen	5 319 264	4,9	7 795 341	1,9
Tschechische Republik	4 445 068	-2,2	9 516 712	-1,0
Ungarn	2 757 576	5,6	7 006 822	4,8
Schweiz	3 801 147	-4,1	2 784 427	5,4
Afrika	1 978 908	18,3	3 019 099	13,7
Amerika	18 688 585	-0,2	8 950 948	13,2
darunter Vereinigte Staaten	14 454 140	2,4	7 662 504	18,6
Asien	23 440 894	-6,3	25 817 106	-1,8
darunter Volksrepublik China	11 047 535	-3,5	11 302 134	4,1
Australien-Ozeanien	1 167 399	-1,9	147 206	31,3
Verschiedenes ¹	19 542	-62,7	112 540	24,1
insgesamt	126 010 349	-1,9	126 257 636	2,1
darunter elektronische Bauelemente	2 143 620	-1,6	7 873 151	-6,6
Erdöl und Erdgas	240	-64,9	8 540 557	0,2
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ²	9 720 982	-6,2	10 281 922	-4,9
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	8 436 880	2,1	8 431 526	-1,6
Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	3 975 241	12,4	1 298 522	12,8
Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse	4 723 837	-3,7	2 508 488	-1,4
Personenkraftwagen und Wohnmobile	20 962 868	-8,4	6 829 522	46,1
Pharmazeutische Erzeugnisse	2 247 710	19,4	3 612 825	19,7
Bekleidung zusammen (EGW801 bis EGW807 ³)	384 287	33,6	3 443 995	1,5
Maschinen zusammen (EGW841 bis EGW859 ³)	22 096 543	-0,6	14 076 676	3,6

¹ Schiffs- und Flugzeugbedarf, Hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.² Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.³ EGW: Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (Rev. 2002).

gen und Wohnmobilen“, „Fahr-
gestellen, Karosserien, Motoren,
Teilen und Zubehör für Kraftfahr-
zeuge und dergleichen“ sowie
„Geräten zur Elektrizitätserzeu-
gung und -verteilung“. Das wert-
mäßig höchste Importvolumen
wiesen im August „Maschinen
zusammen“ aus, gefolgt von
„Geräten zur Elektrizitätserzeu-
gung und -verteilung“, „Personen-
kraftwagen und Wohnmobilen“,

„elektronischen Bauelementen“,
„Erdöl und Erdgas“ sowie „Fahrge-
stellen, Karosserien, Motoren, Tei-
len und Zubehör für Kraftfahrzeuge
und dergleichen“. Die Ausfuhren
der bayerischen Wirtschaft gingen
in den ersten acht Monaten 2019
gegenüber dem Vorjahreszeitraum
um 1,9% auf rund 126,0 Milliarden
Euro zurück, die Einfuhren erhöh-
ten sich um 2,1% auf knapp 126,3
Milliarden Euro.

Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Ver-
fügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Sta-
tistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bay-
erns im August 2019“ (Bestellnummer:
G3000C 201908).



Tourismus, Gastgewerbe

Jahrestrend im Tourismus in Bayern im August 2019 weiterhin positiv

Die Zahl der Gästeankünfte in den 11 952 geöffneten Beherbergungsbetrieben (geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen) wuchs in Bayern im August 2019 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5% auf rund 4,3 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen stieg gleichzeitig um 1,7% auf rund 11,6 Millionen. Während sich die Ankünfte und die Übernachtungen im Ausländerreiseverkehr rückläufig entwickelten (Ankünfte: -1,5%; Übernachtungen: -2,4%), waren die Zunahmen

im Inländerreiseverkehr deutlich positiv (Ankünfte: +5,6%; Übernachtungen: +2,9%).

Alle bayerischen Regierungsbezirke zählten im August 2019 mehr Gästeankünfte und Übernachtungen als im Vorjahresmonat. Hohe Zuwachsraten bei den Gästeankünften verzeichneten Niederbayern (Ankünfte: +7,7%; Übernachtungen: +2,6%), Oberfranken (Ankünfte: +7,2%; Übernachtungen: +6,8%) und die Oberpfalz (Ankünfte: +5,1%; Übernachtungen: +2,6%).

Gleich drei der Tourismusregionen konnten im August 2019 zweistellige Zuwachsraten bei den Gästeankünften gegenüber dem Vorjahresmonat erzielen. Dies waren der Frankenwald (Ankünfte: +15,2%; Übernachtungen: +11,6%), Regensburg (Ankünfte: +12,7%; Übernachtungen: +8,8%) und das Bayerische Golf- und Thermenland (Ankünfte: +10,2%; Übernachtungen: +4,8%).

Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei der Entwicklung der Betriebsarten. Bis auf die Vorsorge- und Reha-Kliniken (Ankünfte: -4,5%;

Bayerns Tourismus im August und von Januar bis August 2019

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	August				Januar bis August			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	2 050 868	4,0	4 472 172	3,5	14 102 164	3,6	29 151 317	4,0
Hotels garnis	662 688	3,5	1 585 331	1,3	4 415 470	3,4	9 984 347	2,7
Gasthöfe	406 421	-2,1	837 076	-2,8	2 499 682	-2,8	5 054 380	-2,9
Pensionen	175 846	2,2	569 636	0,9	1 069 373	3,1	3 204 096	3,5
Hotellerie zusammen	3 295 823	3,0	7 464 215	2,1	22 086 689	2,7	47 394 140	2,9
Jugendherbergen und Hütten	144 453	5,8	300 847	5,3	780 329	0,9	1 721 315	0,3
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	83 612	2,1	385 786	-1,3	1 023 582	0,0	3 152 915	-0,6
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	213 805	6,7	1 236 834	0,6	1 172 633	0,9	6 020 598	1,2
Campingplätze	497 611	5,7	1 506 311	2,1	1 720 370	5,3	5 119 303	4,8
Vorsorge- und Reha-Kliniken	37 924	-4,5	724 186	-0,4	294 993	-6,7	5 431 478	-1,4
insgesamt	4 273 228	3,5	11 618 179	1,7	27 078 596	2,6	68 839 749	2,3
davon aus dem Inland	3 074 090	5,6	9 164 706	2,9	20 129 646	2,8	54 560 124	2,3
Ausland	1 199 138	-1,5	2 453 473	-2,4	6 948 950	2,0	14 279 625	2,2
davon Oberbayern	1 901 552	2,2	4 997 098	1,0	12 698 668	3,4	30 190 777	4,0
darunter München	782 980	5,6	1 720 968	3,8	5 712 315	5,9	11 910 033	6,8
Niederbayern	366 921	7,7	1 398 766	2,6	2 268 663	4,2	8 356 812	1,6
Oberpfalz	233 116	5,1	645 957	2,6	1 449 414	1,1	3 687 929	0,2
Oberfranken	242 929	7,2	603 775	6,8	1 480 735	3,4	3 598 780	2,8
Mittelfranken	463 779	3,8	941 688	2,3	2 917 884	0,2	5 895 722	-0,6
darunter Nürnberg	189 828	4,1	316 329	1,2	1 289 727	-0,4	2 291 331	-1,9
Unterfranken	317 485	0,6	779 379	1,5	2 054 072	0,9	4 954 918	0,7
Schwaben	747 446	4,3	2 251 516	1,3	4 209 160	1,7	12 154 811	1,2

Übernachtungen: $-0,4\%$), die Gasthöfe (Ankünfte: $-2,1\%$; Übernachtungen: $-2,8\%$) und die Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime (Ankünfte: $+2,1\%$; Übernachtungen: $-1,3\%$) konnten alle anderen Betriebsarten sowohl bei den Gästeankünften als auch bei den Übernachtungen dem Aufwärtstrend folgen.

Der positive Trend für das Jahr 2019 bleibt damit bei den Gästeankünften und Übernachtungen weiterhin bestehen. In den ersten acht Monaten 2019 nahm die Zahl der Gästeankünfte um 2,6% auf knapp 27,1 Millionen zu, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 2,3% auf rund 68,8 Millionen.

Hinweis

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im August 2019“ (Bestellnummer: G4100C 201908).

Tourismusregionen* in Bayern

Stand: 1. Januar 2019



* Die Festlegung und Abgrenzung der Tourismusregionen basiert auf Angaben der vier bayerischen Tourismusverbände (München-Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu/Bayerisch-Schwaben). Daran beteiligt waren das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Bayerische Landesamt für Statistik.



Straßen- und Schienenverkehr

1,4 Milliarden Fahrgäste von bayerischen Verkehrsunternehmen im Jahr 2018 befördert

Die hochgerechnet 1 116 bayerischen Unternehmen im Schienenbahnverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr haben im Jahr 2018 bayernweit, aber auch über die bayerischen Grenzen hinaus, rund 1,39 Milliarden Fahrgäste befördert. Mit 1,37 Milliarden Fahrgästen entfielen 98,6% auf den Liniennahverkehr mit Bus-

sen und Bahnen (Entfernung bis etwa 50 km Fahrstrecke). Die bayerischen Unternehmen des Gelegenheitsverkehrs (Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen, Mietomnibusverkehre) verbuchten knapp 18,2 Millionen (1,3%) und der Linienfernverkehr mit Omnibussen rund 0,7 Millionen Fahrgäste.

Die Fahrleistung der bayerischen Unternehmen im Schienenbahnverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr lag 2018 bei mehr als 650 Millionen Kilometern. Gut drei Viertel der Fahrzeugkilometer entfielen auf den Linienbahn- und -fernverkehr, 24,8% auf den Gelegenheitsverkehr.

Für den Linienfernverkehr errechnete sich eine mittlere Reiseweite von 225,6 km, für den Liniennahverkehr von 7,9 km. Die Fahrgäste der bayerischen Unternehmen des Gelegenheitsverkehrs fuhren im Durchschnitt 266,6 km weit.

Nach regionaler Gliederung lagen die oberbayerischen Unternehmen hinsichtlich der Fahrgastzahlen sowohl im Liniennahverkehr (748,9 Millionen Fahrgäste) als auch im Gelegenheitsverkehr (7,3 Millionen Fahrgäste) deutlich vor den Unternehmen mit Sitz in anderen Regierungsbezirken. Mittelfränkische Unternehmen verzeichneten 224,7 Millionen Fahrgäste im Liniennahverkehr, gefolgt von den schwäbischen Unternehmen mit 121,0 Millionen Fahrgästen.

Verkehrsleistungsdaten der bayerischen Unternehmen im Schienennahverkehr und gewerblichen Straßenpersonenverkehr im Jahr 2018

Regierungsbezirk ¹	Fahrgäste	Personenkilometer	Fahrzeugkilometer	mittlere Reiseweite
	1 000			km
Schienen- und Liniennahverkehr				
Oberbayern	748 865	5 180 658	170 091	6,9
Niederbayern	56 824	1 395 997	45 085	24,6
Oberpfalz	93 552	1 152 741	67 400	12,3
Oberfranken	35 801	258 258	22 608	7,2
Mittelfranken	224 727	1 241 211	80 998	5,5
Unterfranken	93 387	683 376	36 679	7,3
Schwaben	120 957	939 943	59 208	7,8
Bayern insgesamt	1 374 114	10 852 184	482 069	7,9
Gelegenheitsverkehr				
Oberbayern	7 262	1 438 724	54 510	198,1
Niederbayern	2 102	703 661	22 545	334,8
Oberpfalz	2 106	542 701	15 618	257,7
Oberfranken	1 249	496 000	15 479	397,1
Mittelfranken	2 035	423 528	13 437	208,1
Unterfranken	1 301	558 430	18 906	429,2
Schwaben	2 130	685 580	20 587	321,9
Bayern insgesamt	18 185	4 848 624	161 082	266,6
Linienfernverkehr				
Bayern insgesamt	650	146 644	7 614	225,6

¹ Unternehmenssitz.

Die längste durchschnittliche Reiseweite wurde für den Liniennahverkehr mit 24,6 km in Niederbayern registriert. Die kürzesten Strecken wurden von Fahrgästen mittelfränkischer Unternehmen (5,5 km) zurückgelegt. Im Gelegenheitsverkehr liegen die unterfränkischen Unternehmen mit

im Durchschnitt 429,2 km an der Spitze, an zweiter Stelle die oberfränkischen Unternehmen mit 397,1 km.

Hinweis

Die Statistik wird bei größeren Unternehmen mit mindestens 250 000 beförderten Fahrgästen im Jahr 2014 als Vollerhebung, bei den kleineren Unternehmen, die 2014 weniger als 250 000 Fahrgäste beför-

dert haben, als Stichprobenerhebung von deutschlandweit höchstens 2 500 Unternehmen durchgeführt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Der Schienennahverkehr und der gewerbliche Straßenpersonenverkehr in Bayern 2018“ (Bestellnummer: H1400C 201800).



Luftverkehr

Mehr als 25 Millionen Passagiere an den bayerischen Großflughäfen im ersten Halbjahr 2019

Im ersten Halbjahr 2019 starteten bzw. landeten insgesamt 226 750 Flugzeuge auf den drei bayerischen Großflughäfen (Hauptverkehrsflughäfen mit mehr als 150 000 Fluggasteinheiten (Einsteiger und Aussteiger, je 100 kg Fracht und Post) im Jahr.) München, Nürnberg und Memmingen.

Das waren 2,1 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt flogen 25,4 Millionen Passagiere von diesen drei Flughäfen ab oder landeten dort (einschließlich Durchgangsverkehr). Dies entspricht einer Steigerung um 4,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2018. Das Fracht- und Postaufkommen

sank an diesen Flughäfen insgesamt um 5,2 % auf 179 290 Tonnen.

An Bayerns größtem Flughafen München stieg im ersten Halbjahr 2019 die Zahl der Fluggäste an Bord um 4,8 % auf rund 22,7 Millionen bei 199 805 Starts und Landungen (+2,9 %). Knapp 80 %

Bayerns Hauptverkehrsflughäfen im ersten Halbjahr 2019

Starts/Landungen — Passagiere — Fracht/Post	Flughafen							
	München		Nürnberg		Memmingen		insgesamt	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %
Starts und Landungen insgesamt	199 805	2,9	19 952	-7,9	6 993	13,2	226 750	2,1
davon Starts	100 028	2,9	9 911	-7,6	3 499	13,3	113 438	2,2
Landungen	99 777	2,9	10 041	-8,2	3 494	13,1	113 312	2,1
Passagiere an Bord in 1 000	22 735	4,8	1 800	-8,2	851	25,4	25 386	4,3
davon Einsteiger	11 288	4,7	902	-8,2	424	25,3	12 614	4,2
davon ins Inland	2 369	1,2	182	-9,9	0	15,2	2 552	0,3
ins Ausland	8 919	5,6	719	-7,8	424	25,3	10 062	5,2
Aussteiger	11 423	4,8	891	-8,0	427	25,6	12 741	4,4
aus dem Inland	2 364	0,6	180	-10,6	0	35,9	2 543	-0,3
aus dem Ausland	9 060	6,0	711	-7,4	427	25,6	10 198	5,6
Transitverkehr ¹	24	35,1	7	-18,6	0	-19,2	31	14,8
Fracht und Post an Bord in Tonnen	175 535	-5,1	3 742	-10,7	13	-42,7	179 290	-5,2
davon Einladung	98 036	-4,9	1 545	-12,3	3	-72,8	99 584	-5,1
Ausladung	73 761	-5,9	1 224	-19,1	10	-11,2	74 995	-6,2
Transitverkehr ¹	3 737	7,0	973	6,5	—	—	4 710	6,9

¹ Direkter Durchgangsverkehr (gleiche Flugnummer).

der Ein- und Aussteiger (79,2%) kamen aus dem Ausland oder flogen ins Ausland. Das Fracht- und Postaufkommen sank um 5,1% auf 175 535 Tonnen (einschließlich Transitverkehr).

In Nürnberg ging die Zahl der Starts und Landungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,9% auf 19 952 zurück. Die Passagierzahlen sanken ebenfalls,

und zwar um 8,2% auf rund 1,8 Millionen, wobei 79,8% der Fluggäste in Nürnberg Auslandspassagiere (Ein- und Aussteiger) waren. Das Fracht- und Postaufkommen fiel um 10,7% auf 3 742 Tonnen.

Von den rund 851 000 Passagieren in Memmingen (+25,4%) waren fast alle Auslandsreisende. Memmingen meldete insgesamt

6 993 Starts und Landungen und damit 13,2% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Hinweis

Die monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr beruht auf dem Verkehrsstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004 (§ 12, 1 VerkStatG).

Quelle

Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Verkehr – Luftverkehr – Fachserie 8 Reihe 6 – Juni 2019: q.bayern.de/luftverkehr-201806



Sozialhilfe und soziale Grundsicherung

Im Jahr 2018 wurden in Bayern in fast 216 000 Fällen besondere Leistungen der Sozialhilfe gewährt

Im Laufe des Jahres 2018 wurden in Bayern 215 972 Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII gewährt. Verglichen mit dem Vorjahr (211 175) entspricht dies einem Plus von gut 2%. Von den Empfän-

gern waren 98 953 weiblich und 117 019 männlich.

In den vergangenen Jahren waren mit 148 615 Leistungen Hilfen nach dem 6. Kapitel SGB XII, Ein-

gliederungshilfe für behinderte Menschen, die häufigste Hilfeart. Gegenüber 2017 (144 273) war hier eine Zunahme von 3% festzustellen.

Besondere Aufgabe der Eingliederungshilfe ist laut SGB XII, eine drohende Behinderung abzuwenden oder eine Behinderung bzw. deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört es, den Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder

einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.

Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII wurden in 51 430 Fällen gewährt, gegenüber dem Vorjahr (50 483 Fälle) ein Plus von knapp 2%. Leistungen als Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel wurden in 4 924 Fällen (–21 %

gegenüber 2017) gewährt, darüber hinaus bestand in 10 415 Fällen ein Anspruch auf Übernahme der Krankenbehandlung durch die Krankenkasse.

Außerdem waren in 20 120 Fällen Leistungen als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen erforderlich (+3,6% gegenüber dem Vorjahr).



Steuern

9,16 Milliarden Euro steuerrelevantes Vermögen in Bayern 2018 vererbt oder verschenkt

Die bayerischen Finanzämter setzten im Jahr 2018 insgesamt 1,63 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Dies entsprach gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 17,4% bzw. 241,7 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der jeweiligen Bundesländer.

Insgesamt wurden 32 836 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2018 erfasst, dies sind 17,0% mehr als im Vorjahr. Vererbt bzw. verschenkt wurde dabei ein Vermögenswert von 14,37 Milliarden Euro (+5,1% gegenüber 2017). Nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen und -begünstigungen sowie von Freibeträgen und zuzüglich eventueller Vorerwerbe verblieben steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von 9,16 Milliarden

Euro (+16,7% gegenüber 2017) zur Steuerfestsetzung.

81,4% (bzw. 1,33 Milliarden Euro) der festgesetzten Steuereinnahmen ergaben sich aus Erwerben von Todes wegen (z. B. Erbschaften, Vermächtnisse). Die 24 846 Erben zeigten den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 6,03 Milliarden Euro an. Daneben wurden 7 990 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führten mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 3,13 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von 303,9 Millionen Euro.

Sehr große Vermögensübertragungen gab es nur selten: 0,7% der Erben und Beschenkten erhielten ein steuerpflichtiges Vermögen von fünf Millionen Euro oder mehr. Mit einem Anteil von 28,2% waren sie jedoch maßgeblich an den Erbschaft- und Schen-

kungsteuereinnahmen des Freistaates beteiligt.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik weist nur die Vermögensübertragungen aus, für die eine Steuer festgesetzt wurde. Die Mehrzahl der tatsächlichen Erbschaften und Schenkungen liegt jedoch unterhalb der vergleichsweise hohen Freibetragsgrenzen und ist entsprechend nicht erfasst. Basis der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2018, d. h. der Steuerentstehungszeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalls kann bereits in den Vorjahren eingetreten sein.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Erben und Schenkungen in Bayern 2018“ (Bestellnummer: L4600C 201800).



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder

Stärkster Einkommenszuwachs von 2007 bis 2017 in Niederbayern

Zunahme des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zu jeweiligen Preisen 2017 gegenüber 2007 sowie Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2017 in den bayerischen Regierungsbezirken		
Regierungsbezirk	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2017 in Euro
	Zunahme 2017 gegenüber 2007 in %	
Oberbayern	27,7	27 342
Niederbayern	30,9	23 106
Oberpfalz	30,3	22 985
Oberfranken	20,8	23 123
Mittelfranken	22,5	24 076
Unterfranken	24,9	23 657
Schwaben	28,7	24 230
Bayern	26,8	24 963

Im Jahrzehnt von 2007 bis 2017 nahm das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit 30,9% am stärksten im Regierungsbezirk Niederbayern zu. Dahinter folgt die Oberpfalz mit 30,3%. Am geringsten fiel der Zuwachs mit 20,8% in Oberfranken aus. Bayern insgesamt kam auf 26,8%.

Auf Kreisebene stiegen von 2007 bis 2017 die Einkommen am stärksten im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm (39,7%) an. Es folgen der Landkreis Eichstätt (39,6%) sowie die Stadt Landshut (38,2%). Die geringsten Zunahmen gab es im Landkreis Erlangen-Höchststadt (6,3%) und im Landkreis Kronach (7,1%). Diese Zuwächse sind alle in jeweiligen Preisen gemessen, d.h. in den im jeweils aktuellen Berichtsjahr geltenden Preisen ohne Herausrechnung der Inflation. Für Aussagen zur regionalen Kaufkraftentwicklung müssten die Einkommensänderungen den entsprechenden Änderungen des regionalen Preisniveaus gegenübergestellt werden. Regionale Inflationsraten liegen jedoch nicht vor.

Die zehn kreisfreien Städte und Landkreise mit der höchsten und der geringsten Zunahme des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zu jeweiligen Preisen von 2007 bis 2017			
Kreisfreie Stadt/Landkreis	Zunahme in %	Kreisfreie Stadt/Landkreis	Zunahme in %
Pfaffenhofen a.d. Ilm	39,7	Stadt Amberg	17,1
Eichstätt	39,6	Stadt Rosenheim	17,0
Stadt Landshut	38,2	Nürnberger-Land	16,2
Straubing-Bogen	37,9	Hof	15,2
Stadt Ingolstadt	37,8	Wunsiedel i. Fichtelgebirge ...	14,5
Erding	37,3	Rosenheim	13,8
Dingolfing-Landau	37,3	Stadt Hof	13,8
Stadt Memmingen	36,2	Stadt Bayreuth	12,9
Landshut	35,1	Kronach	7,1
Würzburg	34,6	Erlangen-Höchststadt	6,3

Die zehn kreisfreien Städte und Landkreise mit dem höchsten und dem geringsten Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2017			
Kreisfreie Stadt/Landkreis	Euro	Kreisfreie Stadt/Landkreis	Euro
Starnberg	39 026	Stadt Weiden i. d. OPf.	21 968
München	31 338	Stadt Bamberg	21 878
Miesbach	29 853	Stadt Ansbach	21 757
Stadt München	28 945	Stadt Passau	21 539
Stadt Memmingen	28 711	Stadt Bayreuth	21 437
Ebersberg	27 626	Regen	21 380
Bad Tölz-Wolfratshausen	26 988	Freyung-Grafenau	21 251
Coburg	26 839	Stadt Schweinfurt	20 983
Unterallgäu	26 751	Stadt Hof	20 573
Lindau (Bodensee)	26 660	Stadt Augsburg	20 008

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner gilt als wichtige Wohlstandskennzahl. Im Jahr 2017 war es im Regierungsbezirk Oberbayern mit 27 342 Euro am höchsten vor Schwaben mit 24 230 Euro. Schlusslicht war die Oberpfalz mit 22 985 Euro. Bayernweit lag das

Verfügbares Einkommen je Einwohner bei 24 963 Euro.

Auf der Ebene der Kreise war das Verfügbare Einkommen je Einwohner in den Landkreisen Starnberg (39 026 Euro), München (31 338 Euro) und Miesbach (29 853 Euro) sowie der Landeshauptstadt München (28 945 Euro) am höchsten. Die

Kreise mit den niedrigsten Einkommen waren die Stadt Augsburg (20 008 Euro) sowie die kreisfreie Stadt Hof (20 573 Euro).

Hinweis

Die hier vorgelegten Ergebnisse wurden nach den methodischen Vorgaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, berech-

net. Weitere Informationen und Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.vgrdl.de abgerufen werden.

Ausführliche Ergebnisse zum Verfügbaren Einkommen auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991 bis 2017 – Kreisfreie Städte und Landkreise, Regierungsbezirke, Regionen“ (Bestellnummer: P1400C 201700).

Allgemeine Hinweise

Beim Großteil der Kurzmitteilungen wird am Schluss auf die zugehörige Veröffentlichung verwiesen. Dabei kann es in einigen Fällen vorkommen, dass bei Herausgabe des vorliegenden Hefts die genannte Veröffentlichung noch nicht erschienen ist.

Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/produkte. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage die Zusendung eines kostenpflichtigen Ausdrucks möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

IHK Nürnberg für Mittelfranken zu Besuch im Bayerischen Landesamt für Statistik

Sitzung des IHK-Arbeitskreises Immobilienwirtschaft am 10. Oktober 2019

Die IHK Nürnberg für Mittelfranken, die Vertretung der Unternehmen in Mittelfranken, und das Bayerische Landesamt für Statistik begrüßten am 10. Oktober 2019 den IHK-Arbeitskreis Immobilienwirtschaft zu seiner 6. Sitzung im Hauptsitz des Landesamts in Fürth. Zwei Mal jährlich kommen im IHK-Arbeitskreis Immobilienwirtschaft Vertreterinnen und Vertreter aus der Immobilienwirtschaft Mittelfrankens zusammen, um Themen wie innerörtliche Entwicklungen, Verfügbarkeit von Gewerbeflächen, Optimierung und Transparenz von Planungsvorhaben sowie Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Mittelfranken zu diskutieren.

Am 16. Juli 2019 beschloss die Bayerische Staatsregierung die „Flächensparoffensive“, die einen umfangreichen Maßnahmenkatalog umfasst und darauf abzielt, einen wesentlichen Beitrag zum Flächensparen im Freistaat zu leisten. Aus diesem Anlass fand die 6. Sitzung des IHK-Arbeitskreises Immobilienwirtschaft im Kontext des Themas eines effizienten und nachhaltigen Flächenmanagements statt.

Der Zusammenhang zwischen der demographischen Entwicklung, wirtschaftlichen Kennzahlen und der Flächeninanspruchnahme ist die Grundlage für ein aktives Flächenmanagement. Aus diesem Grund stellt ein Treffen im Landesamt den idealen Ort dar, um einer der Nutzergruppen, die regelmäßig faktenbasierte Entscheidungen von großer Tragweite treffen, eine wichtige Handlungsgrundlage zur Verfügung zu stellen und Rückfragen unmittelbar zu beantworten.



von links: Präsident Dr. Thomas Gößl, Martina Stengel, Dr. Nina Stückrath, Wolfgang Högner und Peter Faßbender.

Einführende Worte zur Veranstaltung sprach Wolfgang Högner, Vorsitzender und Sprecher des IHK-Arbeitskreises Immobilienwirtschaft, der auch die Moderation der halbtägigen Sitzung übernahm. Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei einem kurzen Rundgang Einblicke in das generalsanierte Gebäude und erläuterte die Eckdaten des Bauvorhabens. Er ging in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung des Aufbaus des Landesamts als großer Arbeitgeber in der Region ein.

Anschließend gaben Dr. Gößl und die zuständige Sachgebietsleiterin Dr. Nina Stückrath in ihrem Fachvortrag „Flächenverbrauch – Spannungsfeld zwischen Anspruch und Einklang“ Einblicke in die Datenerhebung und die statistische Methode der Flächenerhebung. Nach der Darstellung der allgemeinen Aufgaben dieser amtlichen Statistik und der Grundlagen zur Berechnung des Flächenverbrauchs, erläuterten die Vortragenden den Mitgliedern des Gremiums Indizes und Indikatoren zur Flächenintensität sowie zur Flächenproduktivität. Zudem wurden regionale Daten präsentiert.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der IHK-Aktivitäten zum Thema Fläche durch Wolfgang Högner stellte Martina Stengel (IHK Nürnberg für Mittelfranken) die Ergebnisse der Umfrage zur Flächensparoffensive der Staatsregierung vor. Unter der Fragestellung „Handlungsansätze für ein zukunftsgerichtetes Flächenmanagement“ beschäftigte sich der Arbeitskreis im Anschluss mit den präsentierten Daten und erarbeitete daraus entsprechende Handlungsansätze für die Flächennutzung, die Grundlage für eine Positionierung der IHK Nürnberg für Mittelfranken zum Flächenthema sind, sodass Forderungen an Politik und Verwaltung formuliert werden können.

Darauf aufbauend folgte eine Diskussion zur Positionierung des Arbeitskreises zur Flächensparoffensive. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, um Ideen zu dem Thema „Standortfaktor Fläche“ zu sammeln und das Schwerpunktthema für März 2020 festzulegen. Ein möglicher Vorschlag ist hier die „Nachverdichtung“. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden noch kurz aktuelle Themen und geplante Aktivitäten für 2020 vorgestellt.

Jan Tillmann Kuen, M.A.

Bayerisches Landesamt für Statistik präsentiert sich der Öffentlichkeit bei der Langen Nacht der Wissenschaften

Das Bayerische Landesamt für Statistik beteiligte sich am 19. Oktober 2019 zum zweiten Mal an der Langen Nacht der Wissenschaften Nürnberg, Fürth, Erlangen. Ab 18 Uhr stellte das Amt sich und seine Arbeit vor und bot den Besucherinnen und Besuchern in Vorträgen, Präsentationen und Mitmachaktionen Wissenswertes rund um das Thema „Statistik“. Neben allgemeinen Informationen zur amtlichen Statistik standen dabei Themen aus der Umwelt-, Unternehmens- und Bevölkerungsstatistik sowie aus dem Zensus im Mittelpunkt, außerdem präsentierte sich das Forschungsdatenzentrum.

Bereits zum neunten Mal lud die Lange Nacht der Wissenschaften in Nürnberg, Fürth und Erlangen zu einer Reise durch die Welt der Wissenschaften ein. Am Samstag, den 19. Oktober 2019, erwartete Wissenschaftsinteressierte von 18 Uhr bis 1 Uhr ein vielfältiges Programm. Wie schon 2017 beteiligte sich auch das Bayerische Landesamt für Statistik an der Veranstaltung.

Wie entsteht eine amtliche Statistik? Wer nutzt diese Zahlen und wofür? Wie kann man „gefälschte Statistiken“ erkennen? Neben allgemeinen Informationen zur Arbeit des Amtes und zu statistischen Phänomenen wurden Themen aus der Umwelt-, Unternehmens- und Bevölkerungsstatistik sowie aus dem Zensus präsentiert, außerdem stellte das Forschungsdatenzentrum sein Angebot vor.

Im Wechsel präsentierten die Pressestelle und die beteiligten Sachgebiete gut besuchte Vorträge, unter anderem zu den Themen „Lügen mit Statistik“, „Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl“ und „Erwerbstätigenvorausberechnung“. Zum viel diskutierten Thema „Wirtshaussterben“ wurden Zahlen und Fakten aus der Gaststättenstatistik und dem Statistischen Unternehmensregister präsentiert. Beim Zensus konnten die Besucher Schätzaufgaben lösen und erfuhren spielerisch etwas über die Haushaltegenerierung, einer typischen Aufgabe im Zensus. Dabei mussten die Spielzeug-Einwohner eines Mehrfamilienhauses mithilfe verschiedener Informationen korrekt ihren jeweiligen Haushalten zugeordnet werden.

Wie viel Treibhausgase werden wo produziert? Wie viele Tonnen Autoschrott werden in Bayern recycelt? Diese und weitere Fragen mussten die Besucher beim Umweltquiz beantworten.

Abgerundet wurde das Programm durch eine Bilddokumentation zum historischen Gebäudekomplex sowie durch Schaubilder zu den Kunstwerken des Landesamts. Bis Sonntag früh um 1 Uhr besuchten zahl-



Die geöffnete Türe als Einladung: Das Bayerische Landesamt für Statistik beteiligte sich nach 2017 erneut an der Langen Nacht der Wissenschaften Nürnberg, Fürth, Erlangen.



Präsident Dr. Thomas Göbl begrüßte die Besucherinnen und Besucher zum ersten Vortrag des Abends.



Passend zur Langen Nacht präsentierte das Forschungsdatenzentrum sein Angebot an die Wissenschaft.



Dass die amtliche Statistik über einen umfangreichen Fundus an Umweltdaten verfügt, konnten die Besucherinnen und Besucher bei einem Quiz erfahren.

reiche Gäste die verschiedenen Veranstaltungen. Die Rückmeldungen der Besucherinnen und Besucher waren ausgesprochen positiv und auch die beteiligten Kolleginnen und Kollegen des Landesamts, die den ganzen Abend über ebenso geduldig wie kompetent alle Fragen beantwortet hatten, waren bester Laune, ehe gegen 2 Uhr die grüne Fassadenbeleuchtung als Erkennungszeichen der Langen Nacht der Wissenschaften erlosch.

Dipl. Vw. Univ. Gunnar Loibl

1. EMOS-Tag am Bayerischen Landesamt für Statistik am 25. Oktober 2019

Am 25. Oktober 2019 fand im Bayerischen Landesamt für Statistik in Kooperation mit der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit der 1. EMOS-Tag für Studierende statt. Der European Master of Official Statistics (EMOS) ist ein Zertifikats-Masterstudiengang, der einen Schwerpunkt auf die amtliche Statistik legt. Dieser wird in Bayern an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg im Rahmen des Masterstudiengangs „Survey Statistik“ und an der Ludwig-Maximilians-Universität München im Rahmen des Masterstudiengangs „Statistik mit wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Ausrichtung“ angeboten.

Das Bayerische Landesamt für Statistik beteiligt sich an diesem Studiengang, indem Plätze für das im Studiengang enthaltene Pflichtpraktikum zur Verfügung gestellt und Themen für Abschlussarbeiten in Zusammenhang mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik angeboten werden. Ziel des 1. EMOS-Tags war es, das Angebot des Bayerischen Landesamts für Statistik und der Statistikabteilung der Bundesagentur unter den Studierenden bekannter zu machen. Darüber hinaus sollten aber auch die persönlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten gestärkt werden, um den Zugang zu Praktika zu erleichtern.

Im Rahmen des EMOS-Tags haben die Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit und das Bayerische Landesamt für Statistik den Studierenden über die Themen- und Einsatzgebiete, in denen das Pflichtpraktikum abgeleistet werden kann, einen Überblick gegeben. Nach einer Begrüßung durch Prof. Dr. Fürnrohr, dem Verantwortlichen für EMOS-Angelegenheiten am Landesamt, sowie der Vorstellung des Bayerischen Landesamts für Statistik und der Statistikabteilung der Bundes-



Die Studierenden aus Bamberg und München erhalten durch Dr. Paul Fink vom Bayerischen Landesamt für Statistik einen Überblick über den EMOS-Masterstudiengang.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 1. EMOS-Tags von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Landesamts für Statistik und der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit.

agentur für Arbeit, wurden aktuell bestehende Themenschwerpunkte vorgestellt. Insgesamt präsentierten zehn Beschäftigte des Landesamts Einblicke in mehr als 15 mögliche Themengebiete. Auch die Bundesagentur für Arbeit konnte den Studierenden weitere vier Themen anbieten. Danach hatten die Studierenden die Möglichkeit, mit Absolventinnen und Absolventen beider Universitäten, die mittlerweile am Landesamt beschäftigt sind, ins Gespräch zu kommen.

Mit mehr als 30 teilnehmenden Studierenden, die sich auf die beiden Universitäten in etwa gleich verteilen, wurden die Erwartungen an die Nachfrage überschritten. Nachdem das Treffen als voller Erfolg gewertet werden kann, ist geplant, auch im nächsten Jahr einen solchen Tag zu veranstalten.

Dr. Sara Bleninger, M.Sc.

Dr. Paul Fink, M.Sc.



Bewerbungen für ein EMOS-Praktikum über das Onlineportal
q.bayern.de/stellenangebote

Welche Unterlagen (Dateigröße der Bewerbung max. 6 MB) werden für eine Bewerbung benötigt?

- Anschreiben und Lebenslauf
- Leistungsübersicht
- Auszug aus der Studienordnung bzw. Bestätigung der Hochschule, dass das Praktikum vorgeschrieben sowie der Einsatz in der amtlichen Statistik für das Studium einschlägig ist
- Nennung von zwei gewünschten Einsatzbereichen und Einsatzort (Fürth oder Schweinfurt) sowie Termin für Praktikum

Einbürgerungen in Bayern 2018

Sandra Guynn, Jacqueline Schwanke

In Bayern wurden im Jahr 2018 insgesamt 18 062 Personen eingebürgert, damit erhöhte sich die Zahl der Einbürgerungen gegenüber dem Vorjahr um 2 424. Rund 67 % der Personen (12 149), die sich einbürgern ließen, kamen aus Europa, davon knapp 12 % aus der Türkei. Einen deutlichen Anstieg bei den Einbürgerungen gab es bei Personen aus dem Vereinigten Königreich. Im vorliegenden Berichtsjahr 2018 hat sich die Zahl der Eingebürgerten aus dem Vereinigten Königreich auf 1 329 Personen erhöht.

77 % der Eingebürgerten waren jünger als 45 Jahre. 15 573 von den insgesamt 18 062 Eingebürgerten (86,2 %) erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit, weil sie die Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 bzw. Abs. 2 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) erfüllten, indem sie seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben bzw. als Familienangehörige miteingebürgert wurden. Innerhalb Deutschlands fanden die meisten Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern statt.

Einführung

Wer deutsche Staatsbürgerin bzw. deutscher Staatsbürger werden möchte, sich ein Leben dauerhaft in Deutschland vorstellen kann und noch nicht zu den Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz zählt (dazu gehören auch Staatenlose und Personen mit ungeklärten Staatsangehörigkeiten), kann sich unter bestimmten Voraussetzungen (vgl. Abschnitt „Voraussetzungen für eine Einbürgerung“) einbürgern lassen. Eine Einbürgerung muss beantragt werden und wird durch Aushändigung einer besonderen Einbürgerungsurkunde vollzogen. Ist ein entsprechender Antrag gestellt und sind die Voraussetzungen dafür erfüllt, soll die Einbürgerung zeitnah erfolgen. Die abschließende Einbürgerungsurkunde ist zu übergeben, sobald die materiellrechtlichen Voraussetzungen festgestellt sind. Ein Zuwarten, bis mehreren Einbürgerungsbewerbern die Urkunden ausgehändigt werden können, kommt grundsätzlich nicht in Betracht.

gerungsurkunden hervor, d. h. dass Einbürgerungsurkunden immer persönlich gegen Unterschrift (§ 16 Abs. 1 StAG, Art. 5 Abs. 1 VwZVG¹) auszuhändigen sind. Die Einbürgerungsurkunde für eine minderjährige, noch nicht 16 Jahre alte Person ist der gesetzlichen Vertretungsperson auszuhändigen. Das gilt auch für einzubürgernde Personen, die nicht handlungsfähig im Sinn des Art. 12 BayVwVfG² sind. Bei Personen, die unter Betreuung stehen, wird die Einbürgerungsurkunde der Betreuerin bzw. dem Betreuer ausgehändigt, sofern ihr bzw. sein Aufgabenkreis dies umfasst (Art. 7 Abs. 1 VwZVG). Auf einen der Bedeutung der Einbürgerung angemessenen Rahmen ist zu achten. Auf die Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsangehörigen ist besonders hinzuweisen.

Aus Datenschutzgründen sollen die Einbürgerungsurkunden grundsätzlich jeder einzubürgernden Person allein übergeben werden; dies gilt nicht für Miteinbürgerungen.

Die besondere Bedeutung, die der Einbürgerung einer Ausländerin bzw. eines Ausländers zukommt, soll durch die Art und Weise des Einbürgerungsakts unterstrichen werden. Bereits die Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht (Nr. 16.1.1.2) hebt besonders die würdige Form der Aushändigung der Einbür-

Die Durchführung der Einbürgerungsverfahren obliegt in Bayern den Kreisverwaltungsbehörden (Landratsämter/Stadtverwaltung). Diese sind auch dazu verpflichtet, in elektronischer Form die statistisch relevanten Angaben an das Bayerische Landesamt für Statistik zu übermitteln, damit ent-

¹ Bayerisches Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz in der Bayerischen Rechtsammlung (BayRS 2010-2-I), veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 1 Abs. 26 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98).

² Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz in der Bayerischen Rechtsammlung (BayRS 2010-1-I), veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2018 (GVBl. S. 604).

sprechende Auswertungen und Statistiken erstellt werden können.

Eine Auswertung der Daten im Landesamt für Statistik erfolgt nach der bisherigen Staatsangehörigkeit, dem Rechtsgrund, der Aufenthaltsdauer, dem Alter, dem Familienstand sowie nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit. Die erzeugten Ergebnisse werden meist Mitte des Folgejahres veröffentlicht.

Voraussetzungen für eine Einbürgerung

Personen, die sich einbürgern lassen wollen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, damit die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß §§ 10 ff. des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG)³ erlangt werden kann:

- Rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 StAG seit acht Jahren. Diese Frist kann nach erfolgreichem Besuch eines Integrationskurses auf sieben Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 S. 1 StAG) und bei besonderen Integrationsleistungen, beispielsweise bei sehr guten Deutschkenntnissen, ehrenamtlichem Engagement bei gemeinnützigen Organisationen oder Vereinen, sogar auf sechs Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 S. 2 StAG).
- Unbefristetes Aufenthaltsrecht der Aufenthaltserlaubnis zum Zeitpunkt der Einbürgerung gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG.
- Eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts (auch für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG.
- Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 StAG: Gemäß § 10 Abs. 4 StAG muss der Antragsteller die Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) in mündlicher und schriftlicher Form erfüllen. Bei einem minderjährigen Kind, das zum Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, sind die Voraussetzungen bei einer altersgemäßen Sprachentwicklung erfüllt, gemäß § 10 Abs. 4 S. 2 StAG.
- Verfügung über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 StAG: Der Antragsteller muss einen Einbürgerungstest gemäß § 10 Abs. 5 StAG absolvieren. In diesem Einbürgerungstest werden Fragen zu den Grundzügen der deutschen Rechtsordnung, Kultur, Geschichte, über die demokratischen Werte in Deutschland, Prinzipien des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit gestellt. Mit gut der Hälfte richtiger Antworten hat man den Nachweis erbracht, sich mit Deutschland auszukennen.
- Keine Verurteilung wegen einer rechtswidrigen Straftat oder keine Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung aufgrund der Schuldunfähigkeit im Ausland oder in Deutschland gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StAG.
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StAG: Der Antragsteller muss sich schriftlich zu den Prinzipien – wie Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Rechtsstaat und das Recht auf eine parlamentarische Opposition – bekennen.
- Verlust bzw. Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 StAG: Mehrstaatlichkeit soll vermieden werden, daher sollte die bisherige Staatsangehörigkeit des Antragstellers aufgegeben werden, sofern dies möglich und zumutbar ist. Dies wird im zuständigen Konsulat beantragt.

Wenn eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt ist, haben ausländische Personen keinen Anspruch auf Einbürgerung. Möglich ist allerdings in bestimmten Fallkonstellationen die so genannte Ermessenseinbürgerung.

Rechtsgrundlagen

Mit der Einbürgerung werden ausländische Personen zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Sie werden in Statistiken auch dann nicht mehr als Ausländer nachgewiesen, wenn ihre bisherige Staatsangehörigkeit fortbesteht. Folgende Rechtsgrundlagen sind für die Einbürgerung relevant:

³ Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 44 des Gesetzes vom 15. August 2019 (BGBl. I S. 1307).

- § 8 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)³: Einbürgerung von Ausländern, die sich auf Dauer in Deutschland niedergelassen haben.
- § 9 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Einbürgerung von Ausländern mit einem deutschen Ehe- oder Lebenspartner.
- § 10 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Einbürgerung bei Mindestaufenthalt von acht Jahren in Deutschland.
- § 10 Abs. 2 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Miteinbürgerung des Ehegatten und der minderjährigen Kinder aus dieser Ehe.
- § 10 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Einbürgerung mit Fristverkürzung des Mindestaufenthaltes in Deutschland von acht auf sieben Jahre bei Besuch eines Integrationskurses, seit 2007 auch Fristverkürzung auf sechs Jahre bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen.
- § 13 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Einbürgerung im Ausland lebender ehemaliger Deutscher und deren minderjähriger Nachkommen.
- § 14 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Einbürgerung im Ausland lebender Ausländer mit Bindungen an Deutschland.
- § 40 b Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Übergangsregelung für in Deutschland geborene ausländische Kinder, die am 1. Januar 2000 das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und einen Antrag gestellt hatten.
- § 40 c Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG): Übergangsregelung für Einbürgerungsanträge (Meistbegünstigungsklausel), die bis zum 30. März 2007 gestellt worden sind, aber bis zur Gesetzänderung nicht abgearbeitet waren.
- Art. 116 Abs. 2 Grundgesetz (GG)⁴: Einbürgerung früherer deutscher Staatsangehöriger, denen von 1933 bis 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen wurde, sowie die Einbürgerung deren Nachkommen.
- § 21 Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAusIG)⁵: Einbürgerung heimatloser Ausländer, die seit sieben Jahren in Deutschland leben.

- Art. 2 des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit (StaatenlMindÜbkAG)⁶: Einbürgerung in Deutschland geborener Staatenloser, die seit fünf Jahren im Inland ihren rechtmäßigen Aufenthalt haben und den Antrag vor Vollendung des 21. Lebensjahres stellen.

Mit dem Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618) ist am 1. Januar 2000 ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft getreten, welches detaillierte Aussagen zu den verschiedenen Rechtsgründen der Einbürgerung ermöglicht. Vor dieser Zeit war innerhalb der statistischen Auswertung grundsätzlich nur eine Unterscheidung zwischen Anspruchs- und Ermessenseinbürgerung möglich. Ein wesentlicher Unterschied zur alten Gesetzgebung ist auch, dass mit der neuen Rechtsgrundlage keine Aussiedler⁷ mehr über den formalen Weg eingebürgert werden. Dieser Personenkreis erhält die deutsche Staatsbürgerschaft durch einen anderen Rechtsakt. Darüber hinaus hat die neue Rechtsgrundlage die Regelungen bei Anspruchseinbürgerungen verbessert und bei Ermessenseinbürgerungen von Ehegatten deutscher Staatsangehöriger die Anforderungen verändert (Verkürzung der Fristen bei gleichzeitiger stärkerer Gewichtung der Integrationsanforderungen). Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes am 14. März 2005 traten weitere Veränderungen in Kraft, sodass nun leichtere Bedingungen bestehen, Ausländer etwa durch Besuch eines Integrationskurses mit kürzerer Aufenthaltsdauer einzubürgern. Die alten und neuen Rechtsgrundlagen werden in der nachfolgenden Übersicht gegenübergestellt.

Einbürgerungen in Bayern seit 2000

Die Anzahl der Einbürgerungen von 2000 bis 2018 schwankte zwischen knapp 10 000 und 21 000 Personen (vgl. Abbildung 1). Im Jahr 2000 wurden die meisten Ausländerinnen und Ausländer (20 622) in Bayern eingebürgert. In den Folgejahren nahm die Zahl der Einbürgerungen stetig ab. Dies ist jedoch vor allem auf die geänderten Rechtsgrundlagen zurückzuführen. So werden Aussiedler, die bereits deutsch im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, und Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden und bei

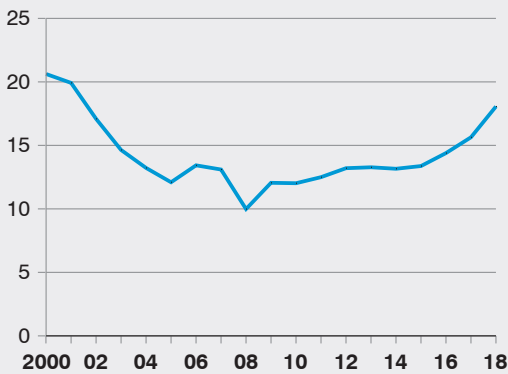
4 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. März 2019 (BGBl. I S. 404).

5 Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950).

6 Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101), geändert durch Art. 3 § 4 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618).

7 Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder in anderen ost- oder südosteuropäischen Gebieten hatten und nach März 1952 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind. Sie sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (GG). Seit 1993 Zugewanderte werden als Spätaussiedler bezeichnet.

Abb. 1
Anzahl der Einbürgerungen in Bayern seit 2000 in Tausend



entsprechenden Voraussetzungen (§ 4 Abs. 3 StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhalten, nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik erfasst.

Die niedrigste Einbürgerungszahl lag bei 9 988 Fällen im Jahr 2008. In den Folgejahren stiegen die Einbürgerungen jedoch wieder stetig an. Im aktuellen Berichtsjahr 2018 wurden in Bayern insgesamt 18 062 Personen (8 032 männlich, 10 030 weiblich) eingebürgert und erhielten dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit stieg auch die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr (15 638) wieder deutlich an (15,5%).

Einbürgerungen nach Rechtsgründen

Von den 18 062 eingebürgerten Personen erhielten 15 573 (86,2%) die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 10 Abs. 1 bzw. Abs. 2 StAG. Es handelte sich hierbei um Personen mit einem Mindestaufenthalt in Deutschland von acht Jahren sowie um deren Familienangehörige (ausländischer Ehegatte und minderjährige Kinder). Es folgen 842 Fälle (4,7%), bei denen die Einbürgerung gemäß § 9 StAG (mit Deutschen als Ehe- oder Lebenspartner) erfolgte. Auf Grund des § 8 StAG (Niederlassung auf Dauer in Deutschland) wurden 561 Personen (3,1%) eingebürgert. Auf alle weiteren Rechtsgründe entfielen 1 086 Fälle (6,0%).

Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung

Die Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik ist eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung. 34,3% (6 196) aller eingebürgerten Personen hielten sich bereits acht bis unter 15 Jahre in Bayern oder den

Übersicht Gegenüberstellung alter und neuer Rechtsgrundlagen der Einbürgerung in Deutschland

Kurztext	Rechtsgrundlage ab 2005	Rechtsgrundlage bis 2004
Einbürgerungen von Ausländern im Inland:		
- mit Niederlassung auf Dauer	§ 8 StAG	§ 8 StAG
- mit 8 Jahren Aufenthalt	§ 10 Abs. 1 StAG	§ 85 Abs. 1 AuslG ¹
- mit 7 Jahren Aufenthalt und Integrationskurs	§ 10 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Abs. 1 StAG	–
- mit 6 Jahren Aufenthalt und Vorliegen besonderer Integrationsleistungen (Rechtsgrundlage seit 2007, seit 2011 tabellarisch darstellbar)	§ 10 Abs. 3 S. 2 i.V.m. Abs. 1 StAG	–
- mit Deutschen als Ehe- oder Lebenspartner	§ 9 StAG	§ 9 StAG
- Miteinbürgerung von Familienangehörigen	§ 10 Abs. 2 StAG	§ 85 Abs. 2 AuslG
Einbürgerungen im Ausland:		
- ehemalige Deutsche und deren minderjährige Nachkommen	§ 13 StAG	§ 13 StAG
- Ausländer mit Bindungen an Deutschland	§ 14 StAG	§ 14 StAG
Alt- und Wiedergutmachungsfälle:		
- frühere deutsche Staatsangehörige	Art. 116 Abs. 2 S.1 GG	Art. 116 Abs. 2 S.1 GG
Übergangsregelungen:		
- für Kinder unter 10 Jahren bei Antrag in 2000	§ 40b StAG	§ 40b StAG
- für Einbürgerungsbewerber bei Antrag bis Ende März 2007	§ 40c StAG	§ 85 AuslG § 86 Abs. 1 AuslG § 86 Abs. 2 AuslG (jeweils alte Fassung)
Einbürgerung von Staatenlosen	Art. 2 StaatenlMindÜbkAG	Art. 2 StaatenlMindÜbkAG
Einbürgerung von heimatlosen Ausländern	§ 21 HAuslG	§ 21 HAuslG
Einbürgerung von Ausländern mit 7 und 6 Jahren Aufenthalt zusammengefasst (Altfälle)	§ 10 Abs. 3 StAG	–

¹ „Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet“ vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361 – Terrorismusbekämpfungsgesetz).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen.

anderen Bundesländern auf, bevor sie einen Antrag auf Einbürgerung stellten. 34,2% (6 176) waren sogar schon 20 Jahre oder mehr in Deutschland, 18,4% (3 327) lebten 15 bis unter 20 Jahre in ihrer Wahlheimat und 13,1% (2 363) erhielten die Einbürgerungsurkunde bereits bei einer Aufenthaltsdauer von unter acht Jahren (vgl. Abbildung 2).

Eingebürgerte Personen nach Altersgruppen

Betrachtet man die eingebürgerten Personen nach nachstehend gegliederten Altersgruppen

- unter 18 Jahre
- 18 bis unter 23 Jahre
- 23 bis unter 35 Jahre
- 35 bis unter 45 Jahre
- 45 bis unter 60 Jahre
- 60 Jahre oder älter

Abb. 2
Eingebürgerte Personen in Bayern 2018 nach Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung
in Tausend

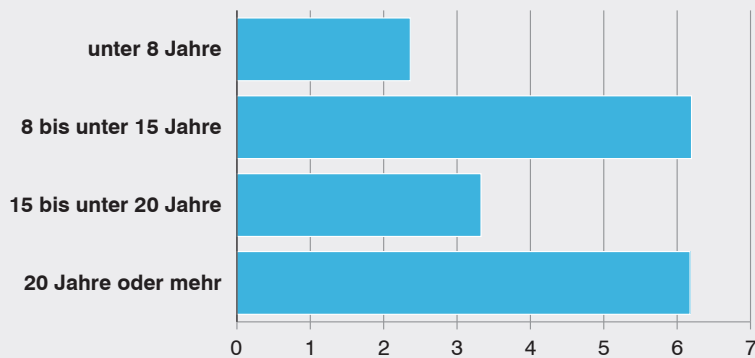


Abb. 3
Eingebürgerte Personen in Bayern 2018 nach Altersgruppen
in Tausend

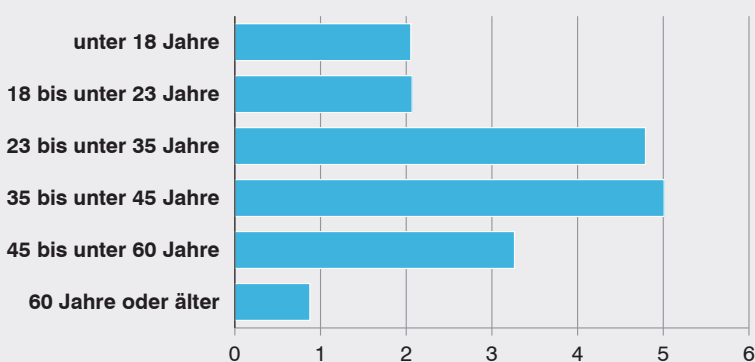
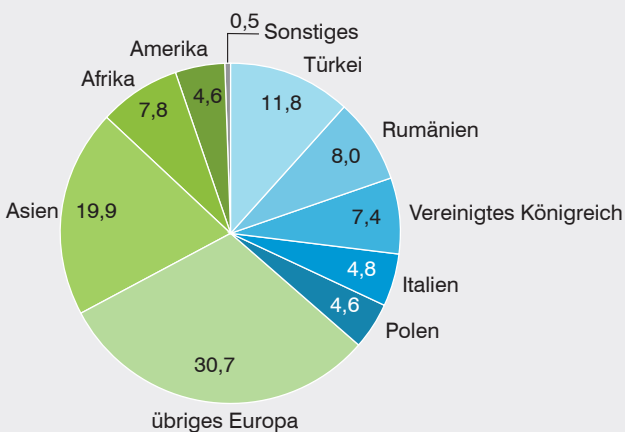


Abb. 4
Einbürgerungen in Bayern 2018 nach Ländern und Kontinenten der bisherigen Staatsangehörigkeit
in Prozent



waren die meisten Eingebürgerten im Jahr 2018 in Bayern 35 bis unter 45 Jahre alt (5 010 Personen). Dies entspricht einem Anteil von 27,7%. Danach folgten die 23- bis unter 35-Jährigen mit 4 792 Personen (26,5%). Die Anzahl der eingebürgerten Personen in den Altersgruppen 18 bis unter 23 Jahre lag bei 2 069 Personen (11,5%) sowie bei 3 263 Personen (18,1%) bei den 45- bis unter 60-Jährigen. Bei den unter 18-Jährigen wurden 2 053 Personen eingebürgert (11,4%). Die kleinste Anzahl der Einbürgerungen fiel auf die Altersgruppe 60 Jahre und älter mit nur 4,8% (875 Personen) (vgl. Abbildung 3).

Staatsangehörigkeiten vor der Einbürgerung

Insgesamt wurden im Jahr 2018 ausländische Personen aus insgesamt 147 Nationen eingebürgert. Zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung hatten 67% (12 149 Personen) eine europäische, 20% (3 596 Personen) eine asiatische, 8% (1 407 Personen) eine afrikanische und 4% (827 Personen) eine amerikanische Staatsangehörigkeit. Weniger als 1% hatte eine australische bzw. ozeanische Staatsangehörigkeit, war staatenlos oder wies eine ungeklärte Staatsangehörigkeit auf (83 Personen) (vgl. Abbildung 4).

Nach den fünf häufigsten Herkunftsländern gegliedert, stellten die Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 2 135 Eingebürgerten erneut die größte Gruppe dar, gefolgt von Personen aus Rumänien (1 437 Personen), dem Vereinigten Königreich (1 329 Personen), Italien (869 Personen) und Polen (832 Personen).

Bemerkenswert an den aktuellen Zahlen ist der deutliche Anstieg der Einbürgerungen von Personen aus dem Vereinigten Königreich. Während in den Jahren 2011 bis 2015 jährlich nur zwischen 35 und 90 Personen aus dem Vereinigten Königreich eingebürgert wurden, ist die Zahl im Jahr 2016 – dem Jahr des Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union – bereits auf 313 Personen angestiegen. Im vorliegenden Berichtsjahr 2018 hat sich die Zahl der Eingebürgerten aus dem Vereinigten Königreich gegenüber dem Vorjahr um 355 Personen auf 1 329 Personen erhöht.

Betrachtet man die Einbürgerungszahlen aus anderen Kontinenten, wurden aus Asien am häufigsten

Iraker (652 Personen) und Inder (449 Personen), aus Afrika Marokkaner (228 Personen) und Tunesier (218 Personen) und aus Amerika Brasilianer (282 Personen) und Mexikaner (125 Personen) eingebürgert.

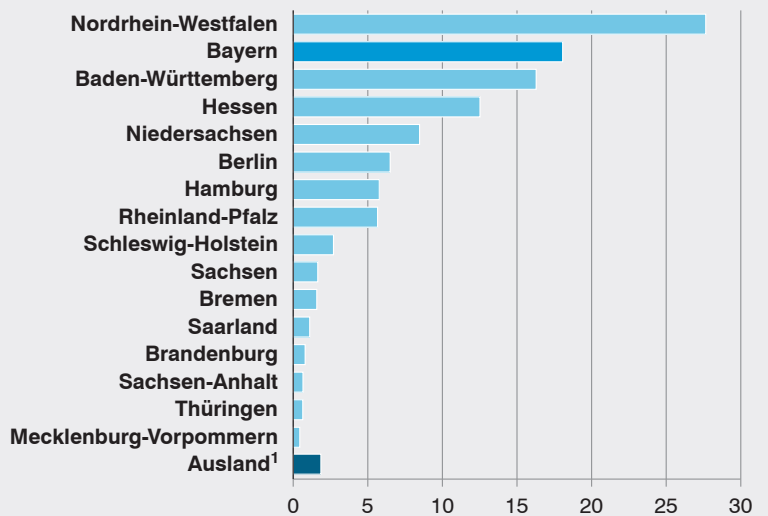
Einbürgerungen mit fortbestehender und nicht fortbestehender ehemaliger Staatsangehörigkeit

Eine Mehrstaatigkeit⁸ ist nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht möglichst zu vermeiden. Die alte Staatsangehörigkeit soll nicht weiter bestehen bleiben, wenn dies entweder durch Verlust oder durch Aufgabe möglich ist. Bei Verlust wird die eingebürgerte Person automatisch per Gesetz nicht mehr als Bürgerin bzw. Bürger des alten Staates angesehen, wenn sie eine neue Staatsangehörigkeit erwirbt. Die zweite Möglichkeit ist die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit durch ein Entlassungsverfahren. In bestimmten Fällen wird Mehrstaatigkeit aber auch hingenommen: Zum einen gibt es Staaten, bei denen per Gesetz keine Möglichkeit besteht, die bisherige Staatsangehörigkeit abzulegen, zum anderen kann es in einigen Ländern vorkommen, dass die dortigen Behörden die Entlassung regelmäßig verweigern (z. B. Afghanistan, Algerien, Iran). In Deutschland wird Mehrstaatigkeit ebenfalls hingenommen, wenn die einzubürgernde Person Bürger ausgewählter Länder der Europäischen Union ist, die Deutsche einbürgern ohne zu verlangen, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben. Hierzu gehören Länder wie Belgien, Finnland, Frankreich oder auch Italien.

In Bayern wurden 11 465 von insgesamt 18 062 Personen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert, das sind 63,5% aller Einbürgerungen. Für Mitbürger aus EU-Ländern wurde für 98,5% die „doppelte Staatsbürgerschaft“ zugelassen, das heißt, 7 664 der 7 781 eingebürgerten EU-Bürger behalten neben der deutschen auch ihre bisherige Staatsangehörigkeit.

Abb. 5

Einbürgerungen in Deutschland 2018 nach Bundesländern in Tausend



1 Einbürgerungen von Ausländern, die im Ausland wohnen (§14 StAG).

Zu den Herkunftsstaaten der Personen, welche ausschließlich unter dem Aspekt der Mehrstaatigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, gehören u. a. auch Afghanistan (371 Personen), Thailand (261 Personen), Brasilien (282 Personen), Iran (230 Personen), Tunesien (218 Personen) und Marokko (228 Personen).

112 340 Einbürgerungen in Deutschland 2018

In Deutschland erhielten im Jahr 2018 insgesamt 112 340 Personen (52 165 männlich, 60 175 weiblich) die deutsche Staatsangehörigkeit. Vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit 27 650 Personen bzw. 24,6%, Baden-Württemberg (16 285; 14,5%) und Hessen (12 520; 11,1%) entfielen bereits mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen. Die wenigsten Personen wurden in Thüringen (640; 0,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (440; 0,4%) eingebürgert (vgl. Abbildung 5).

8 Mehrstaatigkeit (auch Mehrstaatsbürgerschaft oder umgangssprachlich „doppelte Staatsangehörigkeit“ genannt) bezeichnet den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsbürgerschaft gleichzeitig besitzt.

Verschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern 2018

Dipl. Kfm. Univ. Christoph Hackl

Die Verschuldung in den Kernhaushalten der kommunalen Körperschaften verringerte sich im Jahr 2018 um 440,0 Millionen Euro auf 12 542,8 Millionen Euro. Je Einwohner ergaben sich somit Schulden in Höhe von 962 Euro. Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv), die zu Vergleichen für die kommunale Verschuldung eines Landes herangezogen werden, beliefen sich in Bayern auf 11 500,8 Millionen Euro oder 882 Euro je Einwohner. Die Eigenbetriebe haben ihre Verbindlichkeiten um 273,7 Millionen Euro auf 3 837,1 Millionen Euro verringert; auch die nicht in selbstständiger Rechtsform geführten Krankenhäuser senkten diese um 20,6 Millionen Euro auf 93,9 Millionen Euro. Einschließlich dieser Sondervermögen lag der Schuldenstand der kommunalen Körperschaften bei 16 473,8 Millionen Euro. Weiterhin bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 776 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 16 525 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Schuldenaufnahmen von 1 341,7 Millionen Euro standen Tilgungen von 1 786,2 Millionen Euro gegenüber. Bei den Eigenbetrieben und bei den Krankenhäusern der kommunalen Körperschaften wurden neue Fremdmittel in Höhe von 270,1 Millionen Euro bzw. 18,2 Millionen Euro beschafft; deren Tilgungen lagen bei 351,9 Millionen Euro bzw. 6,6 Millionen Euro.

Kommunale Körperschaften und Schuldenstand

Der Begriff der kommunalen Körperschaften umfasst die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (Gemeinden), die Landkreise und Bezirke (Gemeindeverbände) sowie die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften, die kommunale Aufgaben erfüllen. Unter dem Schuldenstand der kommunalen Körperschaften sind in erster Linie die Schulden ihrer öffentlichen Haushalte zu verstehen. Dazu gehören auch die Schulden ihrer Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ihrer rechtlich unselbstständigen Stiftungen und ihrer sonstigen Sondervermögen, soweit deren Einnahmen und Ausgaben vollständig, also brutto, im Haushalt der kommunalen Körperschaft nachgewiesen werden. Die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen Betriebe mit eigener, vom Trägerhaushalt getrennter Rechnungsführung (Eigenbetriebe der kommunalen Körperschaften) und ihrer Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfasst die Schuldenstatistik getrennt. Dies gilt auch für die Schulden der

sonstigen, aus den Haushalten der kommunalen Körperschaften ausgegliederten und in rechtlich selbstständiger Form geführten Einheiten und für die kommunalen Beteiligungen an Unternehmen der öffentlichen Hand, die in der Schuldenstatistik der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen ausgewiesen werden. Diese zeigt die Verschuldung der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung, an denen Bund, Länder, kommunale Körperschaften sowie Sozialversicherungen mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder des Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind. Der statistische Schuldenstand unterscheidet zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Schulden aus emittierten Wertpapieren und beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommene Schuldscheindarlehen) und Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Summe aus beiden Schuldenarten wird als Verschuldung beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich bezeichnet. Nach der Neukonzeption der Schuldenstatistik sind ab dem Berichtsjahr 2010 neben der bis dahin verwendeten

sogenannten fundierten Verschuldung auch Kassenkredite im Schuldenbegriff mitenthalten. Daneben erfragt die Schuldenstatistik bei den kommunalen Körperschaften weitere Schuldenarten, wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen), ÖPP¹-Projekte, Energie-Contracting, Schuldenübernahmen und die Höhe der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen. Nicht mehr der Verschuldung ihrer öffentlichen Haushalte zugerechnet werden – in Anpassung an die Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (aktuell ESVG 2010) – ab dem Berichtsjahr 1998 die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. Ein Teil der vorherigen Daten hat zusätzliche Bedeutung durch den Maastrichter Vertrag erhalten. Dort wurde festgelegt, dass neben der Entwicklung der Haushaltslage auch die Höhe des öffentlichen Schuldenstandes² der Mitgliedsländer der Währungsunion zu überwachen ist. In diese Berechnung fließen die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich³ und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften der öffentlichen Haushalte der kommunalen Körperschaften ein. Die Schulden ihrer rechtlich selbstständigen Einrichtungen sowie die ihrer wirtschaftlich selbstständigen Einrichtungen (Eigenbetriebe) werden in der Regel nicht dem Staatssektor zugerechnet und gehen dann nicht in die Berechnung ein.

Weiterer Schuldenabbau im Berichtsjahr

Ohne ihre Sondervermögen wiesen die kommunalen Körperschaften am 31. Dezember 2018 beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich Schulden in Höhe von 12 542,8 Millionen Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Verschuldung um 3,4 % oder 440,0 Millionen Euro geringer geworden. Die Verschuldung je Einwohner⁴ lag bei 962 Euro; sie verringerte sich gegenüber dem Jahr 2017 um 39 Euro. Von den Schulden der kommunalen Körperschaften am Ende des Berichtszeitraums entfielen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände 92,0 % oder 11 539,5 Millionen Euro, auf die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände 7,6 % oder 947,8 Millionen Euro und auf die Verwaltungs-

gemeinschaften 0,4 % oder 55,5 Millionen Euro. Von den Gemeinden und Gemeindeverbänden trugen die kreisfreien Städte 32,7 % oder 4 103,1 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 44,9 % oder 5 629,6 Millionen Euro, die Landkreise 13,3 % oder 1 665,4 Millionen Euro und die Bezirke 1,1 % oder 141,4 Millionen Euro zur Kommunalverschuldung bei (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung des Schuldenstands der einzelnen Körperschaftsgruppen verlief im Berichtszeitraum unterschiedlich. Während bei den kreisfreien Städten (–3,9 %), den kreisangehörigen Gemeinden (–3,1 %) und den Landkreisen (–7,5 %) Rückgänge der Schulden in ihren Kernhaushalten zu verzeichnen waren, gab es bei den Zweckverbänden (+2,3 %), den Verwaltungsgemeinschaften (+13,3 %) und den Bezirken (+13,9 %) eine Erhöhung des Schuldenstandes.

Die langfristige Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände seit 1980 bzw. 1981 zeigen die Abbildungen 1 und 2. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden bei den Jahren 2010 bis 2018 die Kassenkredite herausgerechnet.

Schuldenrückgang bei den kreisfreien Gemeinden etwas stärker als bei den kreisangehörigen Gemeinden

Von den kreisfreien Städten erhöhten diejenigen mit 200 000 oder mehr Einwohnern ihre Schulden um 0,0 % oder 1,0 Millionen Euro. Die Verschuldung je Einwohner nahm um 1 Euro auf 1 117 Euro (+0,1 %) zu. Die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern wiesen einen Rückgang um 157 Euro auf 999 Euro je Einwohner (–13,6 %) auf. Die Städte mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern verminderten ihren Schuldenstand um 88 Euro auf 1 010 Euro je Einwohner (–8,0 %). Die Städte unter 50 000 Einwohnern hatten bei einem Schuldenstand von 965 Euro je Einwohner gegenüber dem Vorjahr um 93 Euro (–8,8 %) weniger Schulden (vgl. Tabelle 2).

Bei den kreisangehörigen Gemeinden war in den meisten Gemeindegrößenklassen ein Abbau des Schuldenstandes zu verzeichnen; im Durchschnitt erfolgte ein Schuldenabbau um 3,1 %. Die Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern erhöhten die

- 1 Öffentlich private Partnerschaften.
- 2 Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- 3 Hier: Kreditmarktschulden im weiteren Sinn, die evtl. vorhandene Ausgleichsforderungen berücksichtigen.
- 4 Bei allen Verschuldungszahlen je Einwohner wurde der jeweilige Schuldenstand zum 31. Dezember 2018 auf die Bevölkerungszahlen zum 30. Juni 2018 bezogen.

Tab. 1 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern am 31. Dezember 2018 nach Art der Schulden
 in Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körperschaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon				Zweck- verbände ¹	Verwal- tungs- gemein- schaften
			Kreisfreie Städte	Kreis- an- gehö- rige Gemein- den	Landkreise	Bezirke		
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich								
Wertpapiere	101,0	101,0	101,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	12 078,6	11 109,2	3 721,7	5 608,1	1 644,3	135,1	913,9	55,5
sonstigem inländischem Bereich	290,6	290,6	279,4	3,5	2,0	5,7	–	–
sonstigem ausländischem Bereich								
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–
Zusammen	12 470,2	11 500,8	4 102,1	5 611,7	1 646,3	140,7	913,9	55,5
Schulden beim öffentlichen Bereich								
Schulden beim Bund	0,8	0,8	0,0	0,7	–	–	–	–
der gesetzlichen Sozialversicherung	0,2	0,2	–	0,2	–	–	–	–
bei sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen	1,5	1,0	–	0,8	0,1	0,2	0,4	–
bei Ländern	7,2	7,2	0,9	5,7	0,3	0,2	–	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	33,1	3,5	–	3,2	0,0	0,3	29,6	–
bei Zweckverbänden und dergleichen	0,6	0,6	–	0,6	–	–	–	–
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	29,2	25,3	–	6,7	18,6	–	3,9	–
Zusammen	72,6	38,7	1,0	17,9	19,1	0,6	33,9	–
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen								
Schulden zusammen	12 542,8	11 539,5	4 103,1	5 629,6	1 665,4	141,4	947,8	55,5
darunter Kassenkredite	187,8	182,3	0,1	100,4	12,2	69,5	4,7	0,8
Weitere Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ...	567,5	527,6	400,1	57,2	49,6	20,7	39,6	0,2
Bürgschaften								
Haftungssumme insgesamt	3 116,9	3 067,4	1 108,6	756,3	925,9	276,6	49,6	–
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte								
Hypotheken-, Grund- u. Rentenschulden	27,5	27,5	7,1	20,4	–	–	–	–
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücks- geschäften	220,9	217,4	27,9	179,2	10,2	–	3,2	0,3
Finanzierungsleasing	29,8	29,6	4,3	20,3	5,1	–	0,1	0,1
Zusammen	278,2	274,5	39,3	220,0	15,3	–	3,3	0,4
nachrichtlich: ÖPP-Projekte nach ESVG	94,9	94,9	–	75,0	20,0	–	–	–
Schulden der Eigenbetriebe								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	3 580,5	3 580,5	2 539,5	1 007,2	33,9	–	–	–
beim öffentlichen Bereich	256,5	256,5	133,7	105,3	4,2	13,3	–	–
Zusammen	3 837,1	3 837,1	2 673,1	1 112,5	38,1	13,3	–	–
Schulden der Krankenhäuser ²								
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	78,2	78,2	28,7	0,0	45,7	3,7	–	–
beim öffentlichen Bereich	15,7	15,7	0,2	2,0	10,2	3,3	–	–
Zusammen	93,9	93,9	28,9	2,0	55,9	7,0	–	–

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

² Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Verschuldung um 0,8% von 711,2 Millionen Euro auf 716,8 Millionen Euro; die Gemeinden von 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern reduzierten diese um

5,2% von 1 463,3 Millionen Euro auf 1 386,8 Millionen Euro. Die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern verringerten ihre Schulden um 3,8% von

Abb. 1

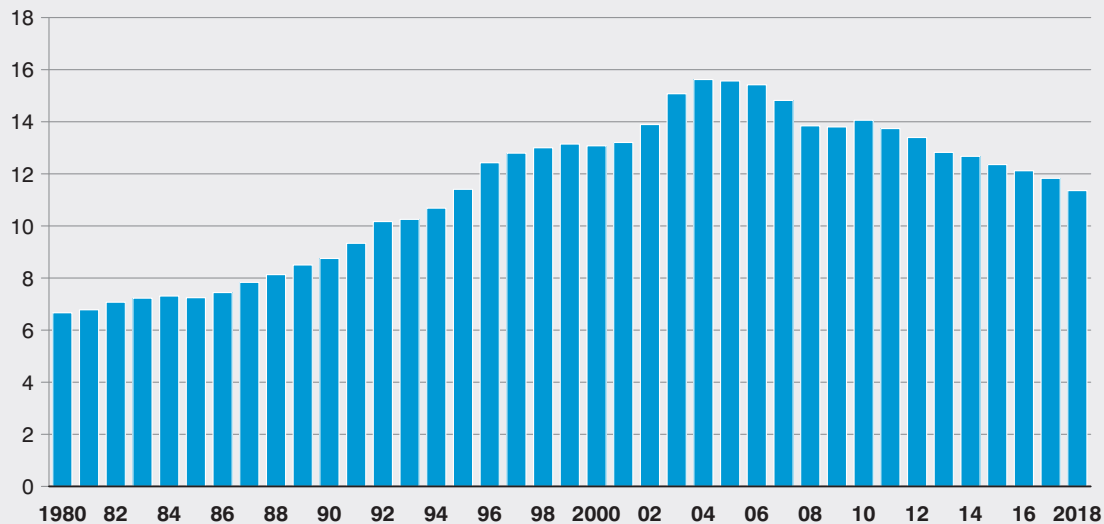
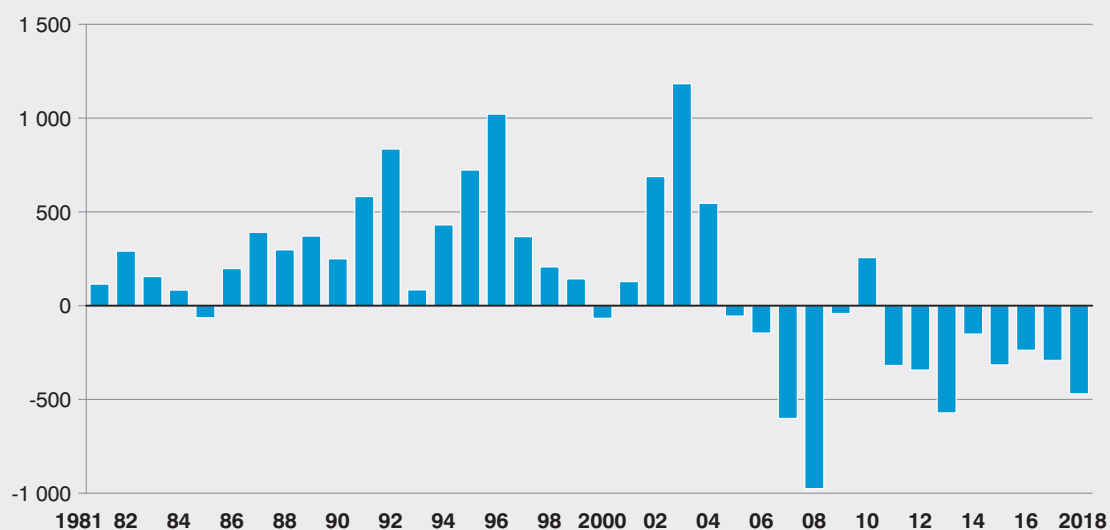
Fundierte Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1980
 in Milliarden Euro


Abb. 2

Nettoneuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern seit 1981
 in Millionen Euro


1 601,1 Millionen Euro auf 1 539,6 Millionen Euro, die Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 2,0% von 941,2 Millionen Euro auf 922,4 Millionen Euro, die Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern um 2,4% von 1 024,4 Millionen Euro auf 999,4 Millionen Euro und die Gemeinden unter 1 000 Einwohnern um 6,8% von 69,4 Millionen Euro auf 64,7 Millionen Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen Veränderungen ergeben haben. Die Anzahl

der Gemeinden insgesamt ist zwar gleich geblieben, überwiegend sind in den Gemeindeklassen jedoch Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr aufgetreten: Die Anzahl der Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern nahm um vier ab, während die der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern gleich geblieben ist; die Zahl der Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern nahm um eins ab und die Anzahl der Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern nahm um drei zu. Die Anzahl der Gemeinden mit

10 000 bis unter 20 000 Einwohnern verringerte sich um eins, während sich die der Gemeinden mit 20 000 oder mehr Einwohnern um drei erhöhte. Für Zeitvergleiche ist daher die Betrachtung der Schulden je Einwohner besser geeignet. Bei dieser Betrachtungsweise nahmen in allen Gemeindegrößenklassen die Schulden ab: In der Gemeindegrößenklasse unter 1 000 Einwohnern verringerten sich diese um 3,7% oder 21 Euro, bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern wurden sie um 2,3% oder 14 Euro weniger, in den Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern um 1,7% oder 10 Euro, in den Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern um 4,6% oder 32 Euro, in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern um 4,0% oder 27 Euro sowie in der Größenklasse mit 20 000 oder mehr Einwohnern um 4,5% oder 25 Euro.

Verschuldung ganz überwiegend beim nicht-öffentlichen Bereich

Die 12 470,2 Millionen Euro Schulden der kommunalen Körperschaften beim nicht-öffentlichen Bereich waren fast ausschließlich Kredite (vgl. Tabelle 1). Die Kreditinstitute stellten 96,9% (Vorjahr 97,0%) der Ausleihungen, der Rest der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich waren Wertpapiere (0,8%) oder kam vom sonstigen in- und ausländischen Bereich (2,3%). Die Verschuldung beim öffentlichen Bereich bezifferte sich auf 72,6 Millionen Euro. Von allen öffentlichen Haushalten sind die größten Kreditgeber der kommunalen Körperschaften die Gemeinden/Gemeindeverbände mit 33,1 Millionen Euro, gefolgt von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit 29,2 Millionen Euro, dem Land Bayern mit 7,2 Millionen Euro und von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen mit einem Kreditvolumen von 1,5 Millionen Euro.

Nachfrage nach Kassenkrediten insgesamt etwas niedriger als im Vorjahr

Neben den Mitteln im Rahmen der fundierten Verschuldung (Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich) benötigen die kommunalen Haushalte weitere Fremdmittel. Zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen nahmen sie Ende 2018 kurz-

fristige, nicht besonders gesicherte Darlehen in Höhe von 187,8 Millionen Euro in Anspruch. Diese sogenannten Kassenkredite waren um 1,8 Millionen Euro oder 1,0% niedriger als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte, die im Vorjahr mit 27,1 Millionen Euro 14,3% aller von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Kassenkredite beanspruchten, ließen sich 2018 lediglich 0,1 Millionen Euro – also 27,0 Millionen Euro weniger – Überbrückungskredite gewähren. Die kreisangehörigen Gemeinden waren bei einem Stand von 100,4 Millionen Euro und einem Minus von 0,3% fast genauso hoch mit Kassenkrediten belastet wie ein Jahr zuvor. Relativ stark wurden von den Landkreisen die beanspruchten Kassenkredite um 714,4% auf 12,2 Millionen Euro erhöht. Bei den Bezirken wurden 69,5 Millionen Euro an Kassenkrediten verzeichnet, was einer Zunahme um 36,3% entspricht. Die nicht kaufmännisch buchenden Zweckverbände (–1,7 Millionen Euro) verringerten ihre Kassenkredite auf einen Stand von 4,7 Millionen Euro, während die Verwaltungsgemeinschaften entsprechende Verbindlichkeiten um 2,1 Millionen Euro bzw. 73,3% auf 0,8 Millionen Euro reduzierten.

Die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte, d. h. die Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften aus Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, aus Restkaufgeldern im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften und aus Schulden von Leasingverträgen haben sich im Berichtszeitraum von 271,8 Millionen Euro auf 278,2 Millionen Euro erhöht. Die Restkaufgelder nahmen um 1,2% auf 220,9 Millionen Euro zu. Die Schulden aus Leasingverträgen erhöhten sich von 26,1 Millionen Euro auf 29,8 Millionen Euro; Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden nahmen um 0,5% auf 27,5 Millionen Euro zu. Bei Leasingverträgen meldeten die Berichtsstellen der Schuldenstatistik die insgesamt eingegangenen Verpflichtungen (Leistungssumme) abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraums geleisteten Tilgungen. ÖPP-Projekte schlugen mit 94,9 Millionen Euro zu Buche. Die Haftungssummen für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen nahmen um 62,6 Millionen Euro auf 3 116,9 Millionen Euro ab. Diese potenziellen Zahlungsverpflichtungen können zukünftig zu Haushaltsausgaben führen.

Tab. 2 Schulden der kommunalen Körperschaften in Bayern 2018 nach Gemeindegrößenklassen

Körperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse	Schuldenstand¹ am 31. Dezember 2018							
	Insgesamt		davon				Veränderung insgesamt gegenüber 2017	
			Kernhaushalte		Eigenbetriebe und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen			
	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	Euro je Einwohner	Millionen Euro	in %
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
200 000 oder mehr	4 370,8	1 923	2 538,5	1 117	1 832,3	806	- 80,0	- 1,8
100 000 bis unter 200 000	1 126,1	1 723	652,6	999	473,5	725	- 90,6	- 7,4
50 000 bis unter 100 000	834,3	1 571	536,5	1 010	297,8	561	- 50,2	- 5,7
unter 50 000	474,0	1 218	375,5	965	98,5	253	- 116,9	- 19,8
Zusammen	6 805,2	1 769	4 103,1	1 067	2 702,1	702	- 337,8	- 4,7
Kreisangehörige Gemeinden mit ... Einwohnern								
20 000 oder mehr	1 136,6	844	716,8	532	419,8	312	- 32,3	- 2,8
10 000 bis unter 20 000	1 890,9	899	1 386,8	659	504,1	240	- 114,4	- 5,7
5 000 bis unter 10 000	1 689,3	728	1 539,6	663	149,7	64	- 74,3	- 4,2
3 000 bis unter 5 000	950,1	590	922,4	573	27,7	17	- 21,7	- 2,2
1 000 bis unter 3 000	1 007,1	596	999,4	592	7,7	5	- 37,1	- 3,6
unter 1 000	70,2	582	64,7	537	5,5	45	- 4,4	- 5,9
Zusammen	6 744,1	734	5 629,6	612	1 114,5	121	- 284,3	- 4,0
Landkreise	1 759,5	191	1 665,4	181	94,0	10	- 157,8	- 8,2
Bezirke	161,7	12	141,4	11	20,3	2	17,6	12,2
Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen	15 470,4	1 187	11 539,5	885	3 930,9	301	- 762,3	- 4,7
Zweckverbände²	947,8	73	947,8	73	–	0	21,3	2,3
Verwaltungsgemeinschaften	55,5	27	55,5	27	–	0	6,5	13,3
Insgesamt	16 473,8	1 263	12 542,8	962	3 930,9	301	- 734,4	- 4,3

¹ Schulden beim nicht-öffentlichen und öffentlichen Bereich.

² Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.

Über die Schuldensituation der kommunalen Körperschaften ergibt der Schuldenstand ihrer öffentlichen Haushalte allein noch kein Gesamtbild. Seit Jahren verlagern kommunale Körperschaften Einrichtungen (z. B. der Bereiche Versorgung, Entsorgung, Verkehr) aus ihren Kommunalhaushalten, um sie in Form von Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen weiter zu betreiben. Zusätzlich lässt sich verstärkt auch die Umwandlung von bereits wirtschaftlich ausgelagerten Einheiten (Eigenbetrieben) in rechtlich selbstständige Einheiten beobachten. Mit der Ausgliederung der bisher in einem öffentlichen Haushalt geführten Einrichtung gehen meist auch die ihr zurechenbaren Kredite auf die neu errichtete Wirtschaftseinheit über. Damit lässt sich die Schuldensituation des auslagernden öffentlichen Haushalts ohne Bewegung von Geldmitteln verändern. Ein Schuldenvergleich wird erschwert, da sich die Schulden auf den öffentlichen Haushalt, die zugehörigen Eigenbetriebe und die rechtlich selbst-

ständigen Unternehmen der kommunalen Körperschaft verteilen. Vor 2012 wurden bereits die Schulden ihrer Eigenbetriebe entsprechend zugeordnet.

Für die ausgegliederten Bereiche wurde durch die amtliche Statistik für die Erhebung zum 31. Dezember 2012 erstmals eine Zuordnung der Schulden nach Eignern oder Trägern vorgenommen⁵, danach aber wieder ausgesetzt, solange keine sicherere methodische Basis für die Zuordnung geschaffen war. Mittlerweile liegen für den Stand 31. Dezember 2016 sowie 31. Dezember 2017 als „Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände“ in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wieder entsprechende Ergebnisse vor, die im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden können.

In Anpassung an die Neuabgrenzung des Staatssektors (aktuell nach dem ESVG 2010) werden alle

⁵ Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Staats- und Kommunalschulden in Bayern am 31. Dezember 2012“ (Bestellnummer: L3100C 201200). Dieser kann auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Statistik kostenlos heruntergeladen werden unter: www.statistik.bayern.de/statistik/haushalte_steuern/oeffentliche_haushalte

sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet. Ihre Schulden – außer die von Eigenbetrieben – gehen auch nicht in die Bestimmungsfaktoren für die Höhe des Schuldenstandes nach Maastricht ein. Für die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten und privatisierten kommunalen Aufgaben hat die Kenngröße „Schulden“ nicht mehr die gleiche wichtige Bedeutung wie für den öffentlichen Haushalt selbst. Für ein Wirtschaftsunternehmen steht seine Wirtschaftlichkeit, die Rentabilität, im Vordergrund. Ein Betrieb kann trotz höherer Schulden im Vergleich zum Konkurrenzunternehmen wirtschaftlicher sein. Für ein Unternehmen gilt, dass es zumindest seine Kosten decken muss, ansonsten geht es in Konkurs oder muss vom öffentlichen Haushalt subventioniert werden. Die Subventionierung des Unternehmens belastet den öffentlichen Haushalt. Die öffentlichen Haushalte haften jedoch für die Schulden ihrer rechtlich unselbstständigen, aus den Haushalten ausgegliederten Unternehmen.

Schuldenstand der Eigenbetriebe rückläufig

Im Berichtszeitraum verringerte sich die Verschuldung bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften (ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) um 273,7 Millionen Euro von 4 110,8 Millionen Euro auf 3 837,1 Millionen Euro. Zu diesem Rückgang trugen vor allem die Eigenbetriebe der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden bei. Auch bei den Landkreisen nahm die Schuldenlast leicht ab. Bei den Bezirken dagegen blieb der Schuldenstand gleich. Die Verschuldung der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen der kommunalen Körperschaften lag am Ende des Berichtsjahres bei 93,9 Millionen Euro, das waren 20,6 Millionen Euro weniger als noch im Vorjahr. Sie teilte sich auf in 78,2 Millionen Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und 15,7 Millionen Euro Schulden beim öffentlichen Bereich. Die Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen waren mit 59,6% überwiegend Schulden der Landkreise. Nicht in diesen Zahlen enthalten sind die rechtlich selbstständigen Krankenhäuser.

Der Schuldenstand dieser Sondervermögen der kommunalen Körperschaften betrug zusammen 3 930,9 Millionen Euro. Davon waren 93,1% Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Fasst man die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich von den kommunalen Körperschaften und von ihren Eigenbetrieben bzw. Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen zusammen, ergibt sich ein Schuldenstand von 16 473,8 Millionen Euro oder 1 263 Euro je Einwohner. Bei Ländervergleichen werden als Maßstab für die kommunale Verschuldung meist nur die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Gemeinden und Gemeindeverbände herangezogen. Hier ergibt sich zum 31. Dezember 2018 ein Schuldenstand von 11 500,8 Millionen Euro oder 882 Euro je Einwohner. Für das Vorjahr lauteten die Vergleichszahlen 11 964,5 Millionen Euro und 922 Euro je Einwohner.

Schulden außerhalb der Kernhaushalte insgesamt deutlich höher

Neben den bisher beschriebenen Schulden bei den Kernhaushalten und Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften bestanden Schulden bei rechtlich selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen des kommunalen Sektors in Höhe von 2 776 Millionen Euro bei öffentlich-rechtlichen sowie 16 525 Millionen Euro bei privatrechtlichen Berichtseinheiten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Schulden um insgesamt 7,3%. Neben Schuldenstand und Nettoneuverschuldung⁶ weist die Statistik auch die im Berichtsjahr erfolgten Schuldenaufnahmen und Tilgungen aus.

Insgesamt weniger Schuldenaufnahmen

Die Haushalte der kommunalen Körperschaften nahmen im Berichtsjahr beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich 1 341,7 Millionen Euro an Schulden auf (vgl. Tabelle 3), das sind 16,5% oder 264,3 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Zugenommen haben die Schuldenaufnahmen bei den Zweckverbänden um 30,6 Millionen Euro (+31,7%), bei den Verwaltungsgemeinschaften um 6,4 Millionen Euro (+131,1%) sowie bei den Bezirken um 8,2 Millionen Euro (+196,0%). Sie verringerten sich bei den kreisfreien Städten um 283,8 Millionen Euro (–33,7%), bei den kreisangehörigen Gemeinden um

⁶ Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenu- und -abgängen (einschl. sonstiger Berichtungen).

Tab. 3 Schuldenaufnahmen und -tilgungen der kommunalen Körperschaften in Bayern 2018
in Millionen Euro

Art der Schulden	Kommunale Körper- schaften insgesamt	davon						
		Gemeinden und Gemeinde- verbände	davon				Zweck- verbände ¹	Verwaltungs- gemein- schaften
			Kreisfreie Städte	Kreis- angehörige Gemeinden	Landkreise	Bezirke		
Schuldenaufnahmen								
Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	1 317,7	1 180,4	535,7	541,8	90,4	12,4	126,1	11,2
sonstigem inländischem Bereich	22,0	22,0	22,0	0,0	–	–	–	–
sonstigem ausländischem Bereich ...								
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 339,7	1 202,4	557,7	541,8	90,4	12,4	126,1	11,2
Schulden beim öffentlichen Bereich	2,0	1,0	0,1	0,9	–	–	1,0	–
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 341,7	1 203,4	557,8	542,7	90,4	12,4	127,1	11,2
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	270,1	270,1	150,4	118,9	0,8	–	–	–
Schulden der Krankenhäuser ²	18,2	18,2	1,1	–	17,1	0,0	–	–
Schuldentilgungen								
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	–	–	–	–	–
Kredite bei Kreditinstituten	1 758,5	1 660,4	685,8	725,8	235,6	13,2	93,9	4,3
sonstigem inländischem Bereich	14,1	14,1	13,5	0,6	–	–	–	–
sonstigem ausländischem Bereich ...								
Euro-Währung	–	–	–	–	–	–	–	–
Fremdwährung	–	–	–	–	–	–	–	–
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	1 772,6	1 674,5	699,3	726,4	235,6	13,2	93,9	4,3
Schulden beim öffentlichen Bereich	13,5	11,7	0,1	3,2	8,3	0,1	1,8	–
Schulden beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich zusammen	1 786,2	1 686,2	699,4	729,5	243,9	13,3	95,7	4,3
Außerdem: Schulden der Eigenbetriebe	351,9	351,9	259,0	89,4	3,4	–	–	–
Schulden der Krankenhäuser ²	6,6	6,6	4,0	0,2	2,0	0,5	–	–

¹ Ohne kaufmännisch buchende Zweckverbände.² Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

16,4 Millionen Euro (–2,9%) und weiterhin bei den Landkreisen um 9,2 Millionen Euro (–9,3%). Die von den kommunalen Haushalten im Berichtszeitraum beim nicht-öffentlichen Bereich neu beschafften Fremdmittel in Höhe von 1 339,7 Millionen Euro stellten zu 98,4% (2017: 95,6%) Kreditinstitute bereit. Nach den Regelungen des Europäischen Systems gelten als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr und unter fünf Jahren und als „langfristig“ werden Kredite mit einer Laufzeit von fünf oder mehr Jahren bezeichnet. Nach dieser Definition setzten sich die Schuldenaufnahmen der kommunalen Haushalte beim nicht-öffentlichen und beim öffentlichen Bereich im Berichtsjahr zu 73,0% aus langfristigen, zu 18,5% aus kurzfristigen und zu 8,5% aus mittelfristigen Mitteln zusammen. Der Anteil der kurz- und langfristigen Kredite hat im Berichtszeitraum zu Gunsten der mittelfristigen Mit-

tel abgenommen. Die Schuldenaufnahmen beliefen sich bei den Eigenbetrieben der kommunalen Körperschaften auf 270,1 Millionen Euro (2017: 277,0 Millionen Euro) und bei den Krankenhäusern auf 18,2 Millionen Euro (2017: 14,8 Millionen Euro).

Auch Schuldentilgung hat abgenommen

Die Tilgungen der Haushalte der kommunalen Körperschaften fielen mit 1 786,2 Millionen Euro um 123,7 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr aus. Beim nicht-öffentlichen Bereich wurden 1 772,6 Millionen Euro und beim öffentlichen Bereich 13,5 Millionen Euro Darlehensschulden abgebaut (vgl. Tabelle 3). Die Eigenbetriebe leisteten mit 351,9 Millionen Euro um 20,5 Millionen Euro mehr Rückzahlungen von Fremdmitteln; die Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen tilgten 6,6 Millionen Euro, dies waren 3,3 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Schafbestände in Deutschland und Bayern seit 2011

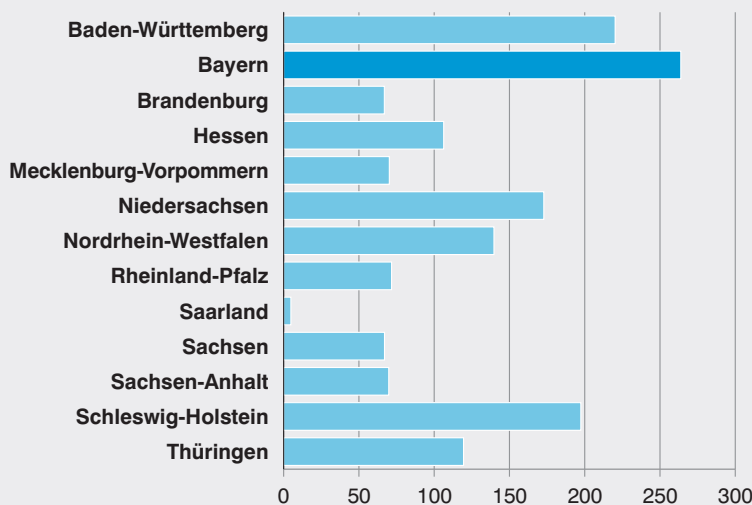
Dipl. Geogr. Univ. Peter Tschierse, Jasmin Fürst

Die Schafzucht hat in Deutschland eine jahrhundertlange Tradition. Im Vergleich mit anderen Viehbeständen, wie zum Beispiel den Rindern und den Schweinen, spielt die Schafhaltung jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle. Mit der Erhebung über die Schafbestände werden einmal im Jahr, immer zum 3. November, die Schafbestände und die Anzahl der schafhaltenden Betriebe ermittelt. Seit dem Jahr 2011 ist dies eine eigene Erhebung und jetzt lohnt es sich, auf die Ergebnisse aus diesem Zeitraum zu schauen. Ergänzt werden die Daten durch Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016, welche regional tiefere Aussagen und Informationen zur ökologischen Wirtschaftsweise bei der Schafhaltung ermöglichen.

Der Schafbestand in Deutschland lag 2018 bei rund 1,57 Millionen Schafen und war damit etwa so hoch wie im Vorjahr. Mit 263 800 Tieren ist der Freistaat Bayern seit vielen Jahren das Bundesland mit den höchsten Schafbeständen. An zweiter und dritter Stelle folgen Baden-Württemberg mit einem Schafbestand von 220 200 Tieren und Schleswig-Holstein mit 197 400 Tieren, immer zum Stand 3. November 2018 (vgl. Abbildung 1). Hauptsächlich werden Schafe heutzutage zur Erzeugung von Milch und Fleisch gehalten. Sie werden aber auch geschoren

und die gewonnene Wolle wird als vielseitiges und günstiges Naturprodukt verkauft, welches sowohl in der Textilproduktion als auch als Dämmmaterial verwendet werden kann. Milchschafe sind für die Erzeugung von Milch für den menschlichen Verbrauch und insbesondere für die Produktion von Schafmilchprodukten, wie Käse oder Joghurt, bestimmt. Mutterschafe hingegen säugen ihre Lämmer, weshalb ihre Milch nicht zum Verzehr bzw. zur Weiterverarbeitung für den Menschen gedacht ist. Die Haltung von Mutterschafen dient somit überwiegend der Produktion von Fleisch. Bei der Schafhaltung unterscheidet man i. d. R. folgende Fleischsorten: Lammfleisch stammt von Tieren, die jünger sind als ein Jahr. Hammelfleisch kommt von Tieren, die älter als ein Jahr, aber jünger als zwei Jahre sind. Hammel sind kastrierte, männliche Tiere. Schaffleisch stammt von Tieren, die mindestens zwei Jahre alt sind. In Deutschland wird heute nur noch zwischen Lamm- und Schaffleisch unterschieden. In den Lebensmittelhandel kommt fast ausschließlich Lammfleisch, meist von Milchlämmern. Es ist besonders an Ostern und Weihnachten beliebt. Schafe eignen sich auch gut zur Landschaftspflege und weiden den Sommer über auf Grünland. Damit leisten die Schafe einen Beitrag zum Naturschutz und pflegen Mager- oder Trockenrasen sowie Heideflächen.

Abb. 1
Schafbestand in Deutschland 2018 nach Bundesländern
in Tausend



Die Erhebung über die Schafbestände

Seit dem Jahr 2011 werden die Schafbestände unabhängig von anderen Erhebungen jährlich am Stich-

tag 3. November gezählt. Davor wurden die Schafe im Rahmen der Erhebung der Viehbestände mit erhoben. Befragt werden ausschließlich Schafhalter, deren Milchschafe, andere Mutterschafe, Lämmer und Jungschafe, Schafböcke zur Zucht und andere Schafe insgesamt 20 oder mehr Tiere zählen. Hier spricht man von der sogenannten Erfassungsgrenze. Datengrundlage dieses Beitrags ist – neben der Erhebung über die Schafbestände – die Agrarstrukturhebung 2016. Ziel dieser Erhebungen ist der Gewinn umfassender, aktueller und zuverlässiger statistischer Informationen über die Zusammensetzung der Schafbestände und deren Entwicklung. Mit den Ergebnissen werden auch Prognosen über die Entwicklung auf den Vieh- und Fleischmärkten erstellt. Außerdem werden die Daten der Agrarstatistik für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet, bilden die Grundlage für Versorgungsbilanzen und dienen der Information und Beratung in der Landwirtschaft. Mit den Ergebnissen werden zugleich die statistischen Anforderungen der Europäischen Union abgedeckt. Die Auskunftspflicht zur Erhebung über die Schafbestände ergibt sich aus §93 Absatz 1 Satz 1 AgrStatG (Agrarstatistikgesetz) in Verbindung mit §15 BstatG (Bundesstatistikgesetz). Die Erhebung wird nicht in den Bundesländern Berlin, Bremen und Hamburg durchgeführt (AgrStatG § 7 Abs. 1 Nr. 2).

So funktioniert die Stichprobenerhebung

Bei einer Stichprobenerhebung wird nur ein repräsentativer und zufällig ausgewählter Teil der Grundgesamtheit befragt und das Ergebnis hochgerechnet. Um die gewünschte Qualität zu erreichen, gibt es vorab einen Auswahlplan und entsprechende Proberechnungen. Der Auswahlplan der Erhebung der Schafbestände wurde zuletzt im Jahr 2017 aktualisiert. Wie schon erwähnt, ist nach dem Agrarstatistikgesetz in den Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg) keine Erhebung erforderlich. Sie werden daher nicht weiter berücksichtigt. Die gesetzlich vorgesehene Obergrenze für den Stichprobenumfang liegt bei deutschlandweit 5 000 Betrieben. Die Genauigkeitsanforderungen der EU liegen bei einem einfachen relativen Standardfehler von 2% für Deutschland insgesamt. Um aber auch belastbare Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer sicherzustellen,

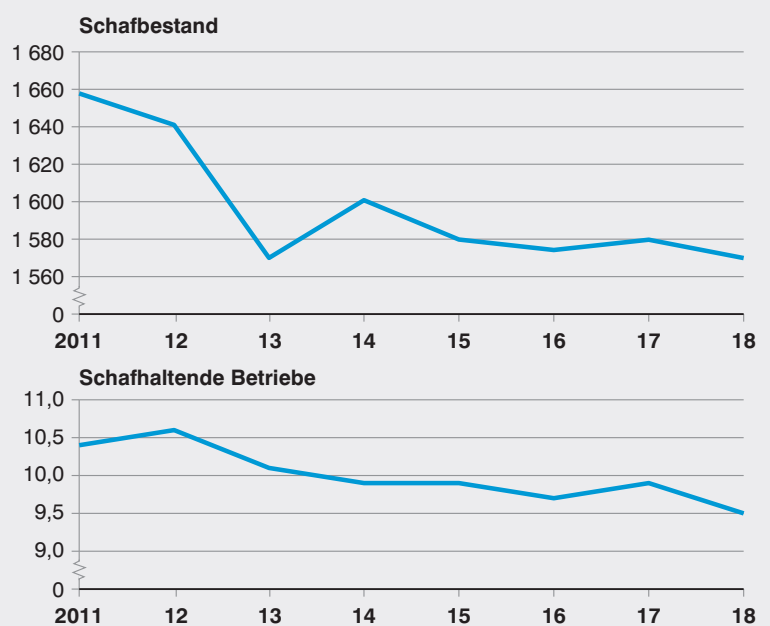
wurden einfache relative Standardfehler von nur ca. 1% auf NUTS1-Ebene, dies entspricht den Bundesländern in Deutschland, für alle Flächenstaaten angestrebt. Für Bayern gibt es sieben Schichten im Auswahlplan: Eine Schicht berücksichtigt die Milchschafe als Totalschicht, fünf Schichten betrachten die Größenklassen der Schafbestände und eine weitere Schicht umfasst die Neuzugänge, also Betriebe, welche neu in die Erhebung der Schafbestände aufgenommen wurden. Der Auswahlatz liegt für Bayern aktuell bei rund einem Drittel der Betriebe. Um zuverlässige Ergebnisse zu gewährleisten, kann es auch notwendig sein, Totalschichten zu bilden. Zusammen mit der methodischen Abteilung im Statistischen Bundesamt wird in regelmäßigen Abständen über Neujustierungen am Auswahlplan diskutiert und entschieden.

Schafbestand in Deutschland und Bayern

Der Schafbestand in Deutschland nimmt seit Jahren tendenziell ab (vgl. Abbildung 2). Wurden 2011 noch 1 657 800 Tiere gezählt, waren es 2013 nur noch 1 570 000. Nachdem die Zahl der Schafe im Jahr 2014 einmalig leicht angestiegen war, entwickelte sich der deutsche Schafbestand seit 2015

Abb. 2

Entwicklung des Schafbestands und der schafhaltenden Betriebe in Deutschland seit 2011
in Tausend



nahezu konstant und lag zuletzt 2018 bei 1 569 900 Tieren, 5,3% weniger als im Jahr 2011. Auch bei den schafhaltenden Betrieben setzt sich der negative Trend fort, und zwar noch etwas deutlicher als bei den Schafbeständen. Waren es 2011 noch 10 400 Betriebe, so ist 2018 deren Anzahl auf 9 500 gesunken, das ist ein Minus von 8,7%. Da die Zahl der Betriebe seit 2011 stärker abgenommen hat als die Zahl der Schafe, ist die Zahl der Schafe je Betrieb leicht gestiegen, von 159 im Jahr 2011 auf 165 im Jahr 2018. Die Tendenz in der Landwirtschaft hin zu Betrieben mit größeren Tierbeständen zeigt sich somit nicht nur bei den rinder- und schweinehaltenden, sondern auch bei den schafhaltenden Betrieben.

Eine grundsätzlich ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in Bayern (vgl. Tabelle 1), allerdings gehen hier sowohl die Schafbestände (-7,2%) als auch die Zahl der schafhaltenden Betriebe (-16,9%) noch deutlich stärker zurück als in Deutschland insgesamt. Mit 118 Schafen je Betrieb im Jahr 2011 bzw. 132 Schafen je Betrieb im Jahr 2018 waren die Betriebe, gemessen an der Zahl der Schafe, in Bayern im Durchschnitt deutlich kleiner als in Deutschland insgesamt. Mit einem Plus von 11,4% war die Entwicklung hin zu Betrieben mit größeren Beständen stärker ausgeprägt als in Deutschland insgesamt (+3,7%).

Die Entwicklung des bayerischen Schafbestands im Detail

Bei der zum 3. November 2018 durchgeführten Schafbestandserhebung wurden in Bayern 2 000 Betriebe und insgesamt 263 800 Schafe gezählt. Dabei handelte es sich um 76 600 Schafe unter einem Jahr, 2 500 Milchschafe, 179 100 andere Mutterschafe sowie 5 600 Schafböcke, Hammel und andere Schafe.

Die Zahl der Tiere war dabei über alle Kategorien hinweg rückläufig, wobei der Rückgang bei den

Schafen insgesamt (-20 300 Tiere gegenüber dem Jahr 2011) zum allergrößten Teil auf die Kategorie der „anderen Mutterschafe“ (-18 400 Tiere) zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 2). Die Zahl der Milchschafe hatte im Jahr 2011 einen zu hohen Standardfehler und konnte deshalb nicht nachgewiesen werden. Die Entwicklung der bayerischen Schafbestände insgesamt mit einem relativ deutlichen Rückgang im Jahr 2013 (-4,1% zum Vorjahr) und leichten Zuwächsen in den Jahren 2014 (+0,7% zum Vorjahr) und 2017 (+0,7% zum Vorjahr) ähnelt – über alle Klassen hinweg – der bereits beschriebenen gesamtdeutschen Entwicklung.

Der bayerische Schafbestand im Jahr 2018 nach Größenklassen

Die Erhebung über die Schafbestände kennt drei Größenklassen: 1 bis 49, 50 bis 499 sowie 500 und mehr Tiere pro Schafhalter. In der Größenklasse 1 bis 49 wurden im Jahr 2018 insgesamt 32 900, in der Klasse 50 bis 499 insgesamt 107 200 und in der Klasse 500 oder mehr 123 700 Schafe gezählt. Das bedeutet, dass die Zahl der Schafe in allen Größenklassen rückläufig war (vgl. Tabelle 3), und zwar am stärksten in den Klassen 1 bis 49 (-20,8%) und 50 bis 499 (-9,5%). Nahezu unverändert war der Schafbestand in der Klasse 500 oder mehr Tiere (-0,4%). Auch hier (ähnlich den Rinder- bzw. Schweinebeständen) zeigt sich somit die Tendenz hin zu Betrieben mit größeren Beständen.

Ergebnisse zum Schafbestand aus der Agrarstrukturerhebung 2016 (ASE 2016)

Im Jahr 2016 wurde mit der Agrarstrukturerhebung eine umfassende Aufnahme der bayerischen Landwirtschaft zum Stichtag 1. März erstellt. Für Schafe galt dabei zwar grundsätzlich die gleiche Erfassungsgrenze (20 Tiere oder mehr) wie bei der Erhebung über die Schafbestände, jedoch gibt es

Tab. 1 Vergleichende Betrachtung der Veränderung beim Schafbestand in Deutschland und Bayern 2011 und 2018

Merkmale	Deutschland			Bayern		
	2011	2018	Veränderung in %	2011	2018	Veränderung in %
Schafbestand	1 657 800	1 569 900	-5,3	284 100	263 800	-7,2
Betriebe	10 400	9 500	-8,7	2 400	2 000	-16,9
Schafe je Betrieb	159	165	3,7	118	132	11,4

Tab. 2 Ergebnisse der Erhebung über die Schafbestände in Bayern seit 2011

Jahr	Betriebe mit Schafen insgesamt		Schafe insgesamt		Schafe unter 1 Jahr (ohne gedeckte Lämmer)		Weibliche Schafe zur Zucht einschließlich gedeckter Lämmer				Schafböcke, Hammel und andere Schafe	
							Milchschafe		andere Mutterschafe			
	Anzahl in 1 000											
2011	2,4	B	284,1	A	77,8	A	/	E	197,5	A	6,4	C
2012	2,4	B	286,5	A	81,8	A	2,7	D	193,6	A	8,3	D
2013	2,3	B	274,6	A	78,4	B	2,0	C	184,7	A	9,5	D
2014	2,2	B	276,6	A	80,2	B	2,5	D	187,8	A	6,0	C
2015	2,3	B	271,5	A	79,0	B	2,1	A	183,8	A	6,6	C
2016	2,1	B	266,6	A	74,9	A	2,0	C	182,4	A	7,2	C
2017	2,2	A	268,4	A	74,0	A	2,7	C	185,2	A	6,5	C
2018	2,0	A	263,8	A	76,6	A	2,5	B	179,1	A	5,6	B

bei Großzählungen, wie der Agrarstrukturerhebung 2016, viele weitere relevante landwirtschaftliche Merkmale. Aufgrund dieser Merkmale müssen im Rahmen der ASE 2016 auch mehr Betriebe zur Schafhaltung Auskunft geben. So gelten hier beispielsweise 5 ha landwirtschaftliche Fläche, 1 ha Dauerkulturfäche im Freiland oder 0,5 ha Gemüse oder Erdbeeren im Freiland sowie bei den Tieren u. a. 10 Rinder oder 20 Ziegen als weitere Erfassungsgrenzen. Es werden also auch Schafbestände mit weniger als 20 Tieren erhoben, wenn eine andere Erfassungsgrenze erreicht wird.

Während es sich – zur Entlastung der auskunftspflichtigen Landwirte – bei den jährlichen Schafbestandserhebungen um eine Stichprobe handelt, wurde die Agrarstrukturerhebung 2016 als Vollerhebung durchgeführt. Die abgefragten Merkmale sind jedoch identisch: Milchschafe, andere Mutterschafe, Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr, Schafböcke zur Zucht, andere Schafe (z. B. Hammel) und Schafe insgesamt. In den austabellierten Ergebnissen gibt es einen Unterschied – die „Schafböcke, Hammel und anderen Schafe“ sind in der Agrarstrukturerhebung zusammengefasst worden, weil so bei einer tieferen regionalen Gliederung der Ergebnisse Geheimhaltungsfälle vermieden werden.

Da im Rahmen der ASE 2016 aufgrund des unterschiedlichen Erfassungskonzepts auch viele Betriebe mit weniger als 20 Schafen erfasst wurden, unterscheiden sich die beiden Erhebungen in ihren Ergebnissen, vor allem hinsichtlich der Zahl der Betriebe, weniger hinsichtlich der Zahl der Schafe insgesamt (vgl. Tabelle 4).

Tab. 3 Veränderung der Tierzahlen in den Größenklassen in Bayern zwischen 2011 und 2018

Größenklasse	2011		2018		Veränderung in %	
	Betriebe	Schafe	Betriebe	Schafe	Betriebe	Schafe
1 bis 49	1,3	B 41,6	1,0	B 32,9	-22,2	-20,8
50 bis 499	0,9	B 118,4	0,8	B 107,2	-9,9	-9,5
500 oder mehr ...	0,2	B 124,1	0,1	B 123,7	-13,2	-0,4
Insgesamt	2,4	B 284,1	2,0	A 263,8	-16,9	-7,2



Qualitätskennzeichen

Der einfache relative Standardfehler wird zur besseren Einschätzung der Qualität der Ergebnisse für jeden Wert berechnet und als Buchstabe ausgedrückt.

Qualitätskennzeichen	Relativer Standardfehler in %
A	bis unter 2
B	2 bis unter 5
C	5 bis unter 10
D	10 bis unter 15
E	15 und mehr (Wert wird als unsicher (/) in Tabelle gekennzeichnet)

Die Grundgesamtheit der Stichprobe der Erhebung der Schafbestände umfasste 2 715 Betriebe, von denen 719 Betriebe zufällig ausgewählt und angeschrieben wurden. Viele dieser Betriebe gaben im Rahmen der Erhebung an, unter der Erfassungsgrenze zu liegen, so dass im Jahr 2016 bei den vorliegenden Daten letztlich 2 100 Betriebe und 266 600 Schafe hochgerechnet wurden.

Wenn man die Betriebe der Größenklasse 1 bis 19 herausrechnet, sind die Zahlen der Agrarstruktur-

erhebung 2016 denen der Schafbestandserhebung recht ähnlich (vgl. Tabelle 5). Die weiterhin höheren Werte sind auf die Hochrechnung und das unterschiedliche Erhebungsdatum im November (statt im März) zurückzuführen. Am Anfang eines Jahres kommen die meisten Lämmer zur Welt und weiden über den Sommer bis zur Schlachtung im Herbst/Winter – oft jedoch vor dem 3. November.

Regional tiefe Ergebnisse

Die ASE 2016 liefert auch regional tief gegliederte Ergebnisse der Schafbestände. Es liegen Ergebnisse für die Regierungsbezirke, die Landkreise und die Gemeinden vor.

Der bayerische Schafbestand belief sich nach den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung (Stichtag 1. März 2016) auf 317 507 Tiere. In Bayern finden sich vier Landkreise mit mehr als 10 000 Schafen, darunter ein Landkreis jeweils in Unterfranken (Main-Spessart) und in der Oberpfalz (Neumarkt) sowie

zwei Landkreise in Mittelfranken (Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen). Der Blick auf Abbildung 3 lässt einen Streifen von Nordwesten (Unterfranken) nach Südosten (Niederbayern) erkennen, in dem besonders viele Kreise mit einem großen Schafbestand liegen.

Auch in einigen Gebieten des Voralpenlands wurden viele Schafe gehalten. Die höchste Anzahl an Schafen wurde 2016 im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen mit 13 491 Tieren festgestellt. Bayernweit wurden mit 43 795 Tieren 13,8% der insgesamt 317 507 Schafe nach ökologischen Richtlinien gehalten. Regional gibt es große Unterschiede hinsichtlich der Öko-Quote, beispielsweise werden in den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen nur 3,1% bzw. 7,6% der Schafe ökologisch gehalten. Dagegen wurde in den beiden weiteren Landkreisen mit mehr als 10 000 Schafen, Neumarkt in der Oberpfalz und Main-Spessart, mit 22,5% bzw. 24,0% ein deutlich größerer Teil des Schafbestands ökologisch gehalten.

Noch höhere Anteile ökologischer Haltungsweise findet man beispielsweise in den südlichen oberbayerischen Landkreisen Rosenheim (38,2%) und Miesbach (37,1%). Spitzenreiter hinsichtlich der Öko-Quote ist bayernweit der Landkreis Amberg-Weizsbach mit 40,5%.

Betrachtung der Schafe nach Großvieheinheiten

Der Anteil der Schafe am Viehbestand ist – gemessen in Großvieheinheiten (GV) und mit Ausnahme der kreisfreien Städte – sehr gering, in den meisten Landkreisen beträgt er nur etwa 1%. So gab

Tab. 4 Gegenüberstellung der Ergebnisse von Voll- und Stichprobenerhebung zu den Schafen in Bayern im Jahr 2016

Merkmale	Agrarstruktur- erhebung 2016	Erhebung über die Schaf- bestände 2016 ¹	Abdeckungsgrad der Erhebung über die Schafbestände zur Agrarstrukturhebung in %
Betriebe	5 140	2 100	40,6
Schafe insgesamt	317 507	266 600	84,0
weibliche Schafe zur Zucht	200 490	184 500	92,0
davon Milchschafe	2 614	2 000	77,0
Mutterschafe	197 876	182 400	92,2
Schafe unter 1 Jahr	106 986	74 900	70,0
Schafböcke, Hammel und andere Schafe	10 031	7 200	71,7

¹ Die Darstellung erfolgt üblicherweise in Tausend mit einer Nachkommastelle.

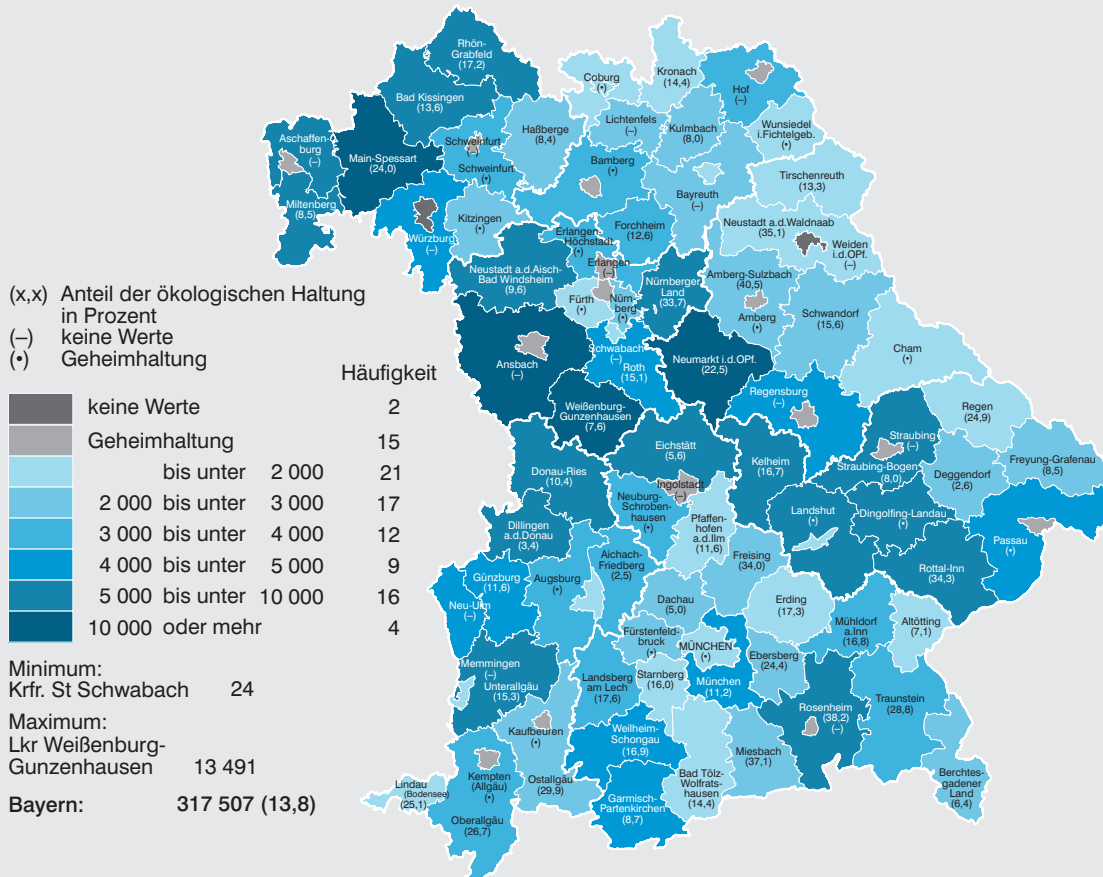
Tab. 5 Vergleich der Ergebnisse von Vollerhebung und Stichprobenerhebung unter Berücksichtigung der Größenklassen im Jahr 2016

Betriebe mit ... Schafen	Betriebe ASE 2016	Schafe ASE 2016	Betriebe ASE 2016 ab 20 Tieren	Schafe ASE 2016 ab 20 Tieren	Betriebe Erhebung über die Schafbestände	Schafe Erhebung über die Schafbestände
1 bis 19	2 682	19 807	*	*		
20 bis 49	1 341	41 806	1 341	41 806	1 100	33 900
50 bis 99	562	38 088	562	38 088		
100 bis 199	244	33 287	244	33 287	900	113 100
200 bis 499	161	49 070	161	49 070		
500 bis 999	107	75 977	107	75 977	100	119 500
1 000 oder mehr	43	59 472	43	59 472		
Insgesamt	5 140	317 507	2 458	297 700	2 100	266 600

* Unter der Erfassungsgrenze der Erhebung über die Schafbestände.

Abb. 3

Schafhaltung nach Anzahl der Tiere und mit Anteil der ökologischen Haltung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns am 1. März 2016



es im Jahr 2016 insgesamt 63 619 landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung, der Gesamtviehbestand entsprach 2 818 180 GV. Die Schafe der 5 140 Betriebe machten dabei nur 26 401 GV aus, d. h. im bayernweiten Durchschnitt ca. 0,9%. In der kreisfreien Stadt Nürnberg machten die Schafe nach GV jedoch fast ein Viertel (22,8%) aus. Danach folgten die Landkreise Main-Spessart mit 13,7%, Aschaffenburg (12,1%) und die Landeshauptstadt München (9,6%). Darüber hinaus wurden in den schafhaltenden Betrieben noch 68 998 GV Rinder, 10 240 GV Schweine und 1 082 GV Geflügel gehalten. In ganz Bayern gab es nur 40 Betriebe, die ausschließlich Schafe hielten. Auf diese Betriebe entfielen lediglich 2 600 Tiere, was 219 GV entspricht.

Ergebnisse zur ökologischen Haltung

Die EU-Verordnung Nr. 834/2007 regelt die Vorgaben zum ökologischen Landbau. Statistische Daten



Großvieheinheit GV

Ein Schaf hat den Wert 0,1. Dies ist ein Umrechnungsschlüssel anhand des Lebendgewichts und 1 GV entspricht etwa 500 kg – also einem ausgewachsenen Rind.

zur ökologischen Haltung werden bisher nur im Rahmen der Großzählungen erhoben. Die jährliche Schafbestandserhebung hat aktuell keine gesetzliche Regelung, welche es ermöglichen würde, die Daten getrennt nach konventioneller und ökologischer Haltung zu ermitteln. Somit sind die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2016, dem Jahr der Agrarstrukturhebung. Sie werden mit den Daten der vorhergehenden Großzählung, der Landwirtschaftszählung 2010, verglichen. Im Jahr 2016 gab es in Bayern 633 Betriebe mit 37 578 Schafen, die ökolo-

Tab. 6 Anteile der ökologischen Wirtschaftsweise in der Schafhaltung 2010 und 2016

Gebiet	2010					2016				
	Schafhaltung insgesamt		darunter ökologische Wirtschaftsweise		Öko-Anteil in %	Schafhaltung insgesamt		darunter ökologische Wirtschaftsweise		Öko-Anteil in %
	Betriebe	Schafe	Betriebe	Schafe		Betriebe	Schafe	Betriebe	Schafe	
Bayern	6 255	387 725	633	37 578	9,7	5 140	317 507	695	43 795	13,8
Oberbayern	1 751	75 902	240	10 527	13,9	1 523	65 516	264	11 657	17,8
Niederbayern	898	58 607	72	6 558	11,2	715	47 060	75	6 910	14,7
Oberpfalz	613	35 489	69	5 727	16,1	452	25 367	59	5 162	20,3
Oberfranken	582	27 587	45	1 742	6,3	472	22 272	47	2 142	9,6
Mittelfranken	848	66 424	47	3 930	5,9	629	53 915	52	5 119	9,5
Unterfranken	622	67 579	55	3 702	5,5	533	57 812	79	7 704	13,3
Schwaben	941	56 137	105	5 392	9,6	816	45 565	119	5 101	11,2

gisch gehalten wurden, das waren bei den Betrieben 9,8% und bei den Schafen 16,5% mehr als noch im Jahr 2010. Der Anteil an Schafen, die in Bayern ökologisch gehalten wurden, hat dementsprechend deutlich zugenommen, von 9,7% im Jahr 2010 auf 13,8% im Jahr 2016.

Den größten prozentualen Anteil der ökologisch gehaltenen Schafe halten die Landwirte in der Oberpfalz mit 20,3%, gefolgt von Oberbayern mit 17,8%. Absolut gesehen liegt Oberbayern mit 11 657 ökologisch gehaltenen Schafen vorn, gefolgt von Unterfranken (7 704) und Niederbayern (6 910), erst dann folgt die Oberpfalz (5 162) (vgl. Tabelle 6). Darüber hinaus sind für 2016 auch Ergebnisse auf Landkreisebene verfügbar. Wie die Ergebnisse in den Regierungsbezirken erwarten lassen, so sind auch die Landkreise mit den größten Schafbeständen mit ökologischer Haltung in den gleichen Gegenden zu finden. Der Landkreis mit den meisten ökologisch gehaltenen Schafen ist Main-Spessart mit 2 993 Tie-

ren, gefolgt von Rosenheim mit 2 721 und Rottal-Inn mit 2 411 Tieren.

Ausblick

Die Erhebung der Schafbestände wird die nächsten Jahre in unveränderter Form fortgeführt. Sie basiert auf dem Datenbedarf der Europäischen Union und ist in der EU-VO 1165/2008 festgelegt. Mit der Neugestaltung der Nachfolgeverordnung SAIO (Statistics on agricultural input and output) wird es auch bei dieser Erhebung aller Voraussicht nach einige Änderungen geben. So werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die ökologisch geführten Betriebe und Tiere künftig jährlich nachgewiesen werden. Bis dahin findet diese Erhebung zuverlässig jeden Herbst in der bestehenden Form statt. Auch im kommenden Jahr, wenn die Landwirtschaftszählung 2020 stattfindet und dabei die Schafbestände zum Stand 1. März total erhoben werden, wird sie eigenständig mit Stichtag 3. November 2020 durchgeführt.

Staats- und Kommunalschulden Bayerns 1970

Vorläufige Ergebnisse der Schuldenstandstatistik zum 31. Dezember 1970

Die Gesamtverschuldung des Freistaates Bayern war Ende 1970 mit knapp 5,1 Mrd. DM um 1,1% geringer als ein Jahr zuvor. Nicht nur die vor der Währungsreform entstandenen „Altschulden“, sondern auch die danach aufgenommenen „Neuschulden“ nahmen durch Amortisation ab. Lediglich gegenüber dem Kreditmarkt erweiterten sich die staatlichen Schuldverpflichtungen geringfügig, namentlich infolge neu aufgenommenen Darlehen bei Versicherungen und Bausparkassen. Verhältnismäßig stark haben sich die schuldenähnlichen Verpflichtungen des Freistaates Bayern erhöht, wobei die sogenannten Verrentungsschulden mit 1917 Mill. DM einen neuen Höchststand erreichten. Die Kommunalschulden blieben nur mehr knapp unter der 10 Mrd. DM-Grenze. Gleichwohl war 1970 die Schuldenmehrung der Gemeinden/Gv mit 8,9% gegenüber 1969 vergleichsweise gering; die „Verbände mit kommunalen Aufgaben“ verzeichneten eine Schuldenzunahme um 16,6%. Zusätzliche Darlehensmittel wurden vor allem für die Errichtung von Schulen, Krankenanstalten, Straßen, Entwässerungsanlagen und kommunale Versorgungseinrichtungen aufgenommen. Die Landkreise wiesen mit 18,4% für ihre Verbindlichkeiten die höchste Zuwachsrate unter den kommunalen Gebietskörperschaften Bayerns auf. An Zins- und Tilgungsleistungen hatten die bayerischen Kommunen 1970 rund 1,11 Mrd. DM aufzubringen (1,7% mehr als 1969). Durch Dritte getragen oder ersetzt wurden hiervon 179 Mill. DM (16,1%).

Verminderte Staatsverschuldung

Unter den verschiedenen Finanzierungsmitteln kommt den Krediten gegenüber laufenden Einnahmen und Erträgen in der Regel eine Ergänzungsfunktion zu. Für ihre Aufnahme sind naturgemäß, insbesondere bei der langfristigen Investitionsfinanzierung, die jeweiligen Konditionen von ausschlaggebender Bedeutung. Dies zeigte sich 1970 deutlich im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft Bayerns, wo einerseits die laufenden Einnahmen, vor allem aus Steuern, zum Teil erheblich wuchsen, andererseits der Zugang zum Kreditmarkt durch ein außergewöhnlich hohes Zinsniveau wesentlich erschwert wurde.

Der Freistaat Bayern begrenzte seine Schuldenneuaufnahmen 1970 — nicht zuletzt wegen eines um 13,5% höheren Steueraufkommens — auf insgesamt 240,7 Mill. DM. Da die Tilgungsleistungen diesen Betrag überstiegen, verringerte sich die Gesamtverschuldung im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% auf 5099 Mill. DM, eine Entwicklung, die konjunkturell „antizyklisch“ wirkte. Denn auch gegenüber dem Kreditmarkt nahmen die Schuldverpflichtungen des bayerischen Staates (soweit sie nach dem 21. Juni 1948 entstanden) trotz Neuaufnahme von 174 Mill. DM lediglich um 0,1% zu, so daß sie mit insgesamt 1 818 Mill. DM fast auf dem Vorjahresniveau blieben. Unter den Kreditmarktgläubigern war jedoch das Schuldenvolumen des Freistaates Bayern bei Versicherungen und Bausparkassen durch die Gewährung von 100 Mill. DM zusätzlicher Darlehensmittel deutlich gewachsen; es erreichte mit 431,7 Mill. DM einen neuen Höchststand (1969 355,4 Mill. DM), wobei relativ günstige Zinsbedingungen eine erhebliche Rolle gespielt haben dürften. Auch der Wert der umlaufenden Steuergutscheine erhöhte sich von 47,3 auf 49,8 Mill. DM. Geringfügig größer wurden außerdem die „übrigen Schulden aus Kreditmarktmitteln“ nach Neuaufnahme von

100 000 DM (1,8 gegen 1,7 Mill. DM). Durch Tilgung abgenommen haben hingegen die Schulden des bayerischen Staates vor allem „bei Banken und Sparkassen“, wiewohl diese Institute 73,9 Mill. DM an neuen Darlehensmitteln zur Verfügung stellten; die Verbindlichkeiten schrumpften hier insgesamt von 719,6 auf 677,1 Mill. DM zusammen, blieben aber dennoch die höchsten innerhalb der staatlichen Kreditmarktverschuldung. Auch von den staatlichen Inhaberschuldverschreibungen, deren nominaler Umlaufwert Ende 1969 noch 674,8 Mill. DM betrug, wurden 1970 33,7 Mill. DM getilgt, so daß sie am Jahresende nur mehr mit 641,2 Mill. DM zu Buch standen. Die beim Erwerb entsprechender Objekte übernommenen Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden des Freistaates Bayern verminderten sich 1970 infolge Amortisation auf 6,9 Mill. DM gegenüber 7,3 Mill. DM Ende 1969. Der Bestand an staatlichen Kassenobligationen in Höhe von 10 Mill. DM blieb unverändert. Insgesamt war 1970 der Anteil der Kreditmarktverschuldung am Gesamtbetrag der staatlichen „Neuschulden“ (3717 Mill. DM) geringfügig auf 48,9% angestiegen (1969 48,5%).

Die Darlehen, die der Freistaat Bayern aus „öffentlichen Sondermitteln“ aufgenommen hatte, wurden durch Tilgungsleistungen um 8% auf insgesamt 104,5 Mill. DM verringert. Ihr anteilmäßiges Gewicht innerhalb der staatlichen „Neuschulden“ betrug Ende 1970 nur mehr 2,8% gegen 3% ein Jahr zuvor. Dabei verminderten sich die Schuldverpflichtungen gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit von 58,3 auf 56,9 Mill. DM, gegenüber „sonstigen Trägern der Sozialversicherung“ sogar von 55,3 auf 47,6 Mill. DM. Auch den als „Gebietskörperschaften“ zusammengefaßten anderen öffentlichen Gläubigern des bayerischen Staates standen 1970 nur mehr Schuldforderungen in Höhe von 1794 Mill. DM zu, gegenüber fast 1813 Mill. DM im Vorjahr; das sind 48,3% der gesamten „Neuschul-

Übersicht 1. Verschuldung des Freistaates Bayern 1960, 1969 und 1970

Schuldenart	Stand am 31. Dezember			Veränderungen 1970 gegenüber	
	1960	1969	1970	1960	1969
	Mill. DM			%	
Altschulden (bis 20. Juni 1948 entstanden)	1 701,2	1 411,8	1 380,4	— 18,9	— 2,2
dar . Ausgleichsforderungen	1 698,9	1 411,7	1 380,3	— 18,8	— 2,2
Neuschulden (seit 21. Juni 1948 aufgenommen)	3 088,3	3 742,5	3 717,0	+ 20,4	— 0,7
davon aus Kreditmarktmitteln	1 227,2	1 816,1	1 818,4	+ 48,2	+ 0,1
aus öffentl. Sondermitteln ¹⁾	147,2	113,6	104,5	— 29,0	— 8,0
bei Gebietskörperschaften ²⁾	1 713,9	1 812,8	1 794,1	+ 4,7	— 1,0
Inlandverschuldung insgesamt	4 789,5	5 154,3	5 097,4	+ 6,4	— 1,1
Vorkriegsauslandsschulden	23,8	1,7	1,7	— 92,9	0,0
Kassenkredite	—	—	—	—	—
Gesamtverschuldung	4 813,3	5 156,0	5 099,1	+ 5,9	— 1,1
Außerdem:					
Bürgschaften (Haftungssumme)	1 121,4	1 688,8	1 779,1	+ 58,6	+ 5,3
Verrentungsschulden ³⁾	515,3	1 771,3	1 917,2	+ 272,1	+ 8,3

¹⁾ Vor allem Kredite von Sozialversicherungsträgern. — ²⁾ Einschließlich ERP-(ECA-)Mittel. — ³⁾ Schulden Dritter, für die der Freistaat Bayern den Schuldendienst übernommen hat.

Quelle: Bayern in Zahlen, 25. Jahrgang, Heft 7, München 1971.

den" des Freistaates Bayern (1969 48,4%). Der größte Teil dieser Darlehensforderungen entfällt nach wie vor auf den Bund (1 457,5 Mill. DM). Dabei handelt es sich meist um Kreditmittel für den sozialen Wohnungsbau (1 433,7 Mill. DM), die in der Regel an private Bauherren weitergegeben und von diesen auch zurückgezahlt werden. Für sie wurden 1970 rund 66,7 Mill. DM zusätzlich bereitgestellt. Auch die Schuldverpflichtungen des Freistaates Bayern gegenüber dem Lastenausgleichsfond, die 1970 auf insgesamt 332,4 Mill. DM abnahmen (1969 373,9 Mill. DM), betrafen größtenteils den sozialen Wohnungsbau (311,8 Mill. DM). Wie die entsprechenden Bundesdarlehen, stellten sie lediglich „durchlaufende“ staatliche Verbindlichkeiten dar. Beim ERP-Sondervermögen war der bayerische Staat Ende 1970 nur mehr mit knapp 4 Mill. DM, bei Gemeinden/Gv mit 100 000 DM verschuldet.

Eine verhältnismäßig geringe Schuldendienstbelastung erwächst dem Freistaat Bayern aus den sogenannten Alt-schulden, welche 1970 um 2,2% auf insgesamt 1380 Mill. DM weiter abgebaut wurden. Bei ihnen handelt es sich fast ausschließlich um Ausgleichsforderungen, die im Rahmen der Währungsreform insbesondere Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen und Postscheckkämern zum Ausgleich der DM-Eröffnungsbilanz eingeräumt wurden. Sie sind überwiegend mit 3% zu verzinsen, doch trägt die Zinslast seit Mitte 1967 zur Hälfte der Bund, nachdem er bereits ab Mitte 1959 die Tilgungsleistungen übernommen (ersetzt) hat. Der Stand der staatlichen Vorkriegsauslandschulden blieb mit 1,7 Mill. DM unverändert.

Mehr schuldenähnliche Verpflichtungen

Im Gegensatz zu den unmittelbaren Staatsschulden haben sich die schuldenähnlichen Verpflichtungen des Freistaates Bayern 1970 weiter erhöht. Allein die Haftungssumme für Bürgschaften, die vornehmlich der „allgemeinen Wirtschaftsförderung“ dienen, wuchs um 5,3% auf insgesamt 1 779 Mill. DM an. Noch stärker nahmen die sogenannten Verrentungsschulden zu; mit einem Gesamtbetrag von 1 917 Mill. DM erreichten sie einen neuen Höchststand (8,3% mehr als 1969). Für diese Darlehen hat der Freistaat Bayern — ohne selbst Schuldner zu sein — den Schuldendienst voll oder teilweise übernommen. Entlastet werden hierdurch vor allem die Haushalte kommunaler Gebietskörperschaften und die von „Verbänden mit kommunalen Aufgaben“ (Zweckverbände, Schul- und Berufsschulverbände sowie Wasser- und Bodenverbände mit kommunalen Aufgaben). In der Regel am Kreditmarkt gegen Schuldschein des Begünstigten aufgenommen, fließen die Mittel vornehmlich der kommunalen Investitionsfinan-

zierung zu. Als vollverrentete „Staatszuschußdarlehen“ finden sie allein bei nichtstaatlichen Wasserbauten und Bodenkulturunternehmen, beim Bau von Wirtschaftswegen, Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie bei Wildbach- und Lawinenverbauungen Verwendung. Die für diese Zwecke bereitgestellten Kredite erreichten Ende 1970 einen Stand von nicht weniger als 854,4 Mill. DM; das sind um 10,4% mehr als ein Jahr zuvor. Geringfügig abgenommen hat hingegen die Summe der durch Eintritt des Staates zins- und tilgungsfrei gebliebenen Schuldverpflichtungen im sozialen Wohnungsbau, und zwar von 509,5 auf 506,5 Mill. DM. Eine wesentliche Ausweitung auf 1 Mrd. DM erfuhr bis Ende 1970 das Kreditvolumen, mit welchem sich der Freistaat Bayern durch teilweise Schuldendienstübernahme an der Finanzierung des kommunalen Schulhausbaues beteiligte; es entspricht einem voll verrenteten Betrag von 556,3 Mill. DM gegen 487,6 Mill. DM Ende 1969.

Kommunalschulden an der 10-Mrd.-DM-Grenze

Mit der Gemeindefinanzreform, die 1970 wirksam wurde, hat sich die finanzielle Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften verbessert. Den bayerischen Gemeinden flossen als Aufkommensanteil an der Lohn- und Einkommensteuer insgesamt 1 155,7 Mill. DM zu; die von ihnen neu aufzubringende Gewerbesteuerumlage betrug demgegenüber lediglich 647,5 Mill. DM. Trotzdem waren die Gesamtsteuereinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften Bayerns 1970 mit 2 908 Mill. DM um 7,6% geringer als ein Jahr zuvor.¹⁾ Denn das Gewerbesteueraufkommen des Vorjahres hatte sich vor allem im 4. Vierteljahr durch besondere Maßnahmen — einmalig und zu Lasten des folgenden Jahres — außerordentlich stark erhöht. Die verfügbaren Angaben über die Steuereinnahmen lassen noch keine zutreffenden Schlüsse über das Ausmaß der zusätzlich gewonnenen Mittel, insbesondere für weitere kommunale Investitionen zu. Auch hinsichtlich der Aufnahme neuer Darlehen scheinen die Gemeinden und Gemeindeverbände daher vorsichtig disponiert zu haben. Mit insgesamt 1 237 Mill. DM haben sie 1970 zwar um 15,4% mehr zusätzliche Kredite in Anspruch genommen als 1969 (1 072 Mill. DM). Ihre Gesamtverschuldung erhöhte sich jedoch lediglich um 8,9% auf knapp 8,7 Mrd. DM. Die Zuwachsrate war damit etwas größer als im vorangegangenen Jahr, aber dennoch geringer als in allen anderen Jahren der Nachkriegszeit. Nicht zuletzt dürfte sie mit der erheblich wachsenden Schuldendienstbelastung in Zusammenhang stehen. Die Darlehensverpflichtungen der „Verbände mit kommunalen Aufgaben“ erweiterten sich demgegen-

Übersicht 2. Verschuldung der Gemeinden/Gv in Bayern 1960, 1969 und 1970

Schuldenart	Stand am 31. Dezember			Veränderungen 1970 gegenüber	
	1960	1969	1970	1960	1969
	Mill. DM			%	
Altschulden (bis 20. Juni 1948 entstanden)	6,0	1,6	1,4	— 76,7	— 12,5
Neuschulden (seit 21. Juni 1948 aufgenommen)	2 311,4	7 961,1	8 660,5	+ 274,6	+ 8,8
davon aus Kreditmarktmitteln	1 695,7	6 739,4	7 389,6	+ 335,8	+ 9,6
dar. Sparkassen und Girozentrale	949,8	3 627,5	4 136,3	+ 335,5	+ 14,2
Sonstige Kreditinstitute (Banken)	312,8	1 758,4	1 903,3	+ 508,5	+ 8,2
Versicherungen und Bausparkassen	297,1	782,7	819,8	+ 175,9	+ 4,7
aus öffentlichen Sondermitteln	145,7	270,1	263,7	+ 81,0	— 2,4
dar. Träger der Sozialversicherung	139,9	263,9	258,3	+ 84,6	— 2,1
bei Gebietskörperschaften	470,0	951,6	1 007,1	+ 114,3	+ 5,8
dar. Wohnbaukredite von Bund, LAG ²⁾ , Land	125,2	277,6	280,7	+ 124,2	+ 1,1
Sonstige Darlehen von Bund, LAG ²⁾ , Land	170,6	435,2	465,2	+ 172,2	+ 6,9
Inlandschulden (ohne Kassenkredite) insgesamt	2 317,4	7 962,7	8 661,9	+ 273,8	+ 8,8
Vorkriegsauslandschulden	22,1	10,1	9,6	— 56,6	— 5,0
Kassenkredite	4,8	14,7	27,4	+ 470,8	+ 86,4
Gesamtverschuldung	2 344,3	7 987,5	8 698,9	+ 271,1	+ 8,9
Außerdem:					
Bürgschaften (Haftungssumme)	61,8	141,8	154,9	+ 150,6	+ 9,2
Innere Verschuldung	171,8	289,0	321,4	+ 87,1	+ 11,2

¹⁾ Vergleiche hierzu „Steueraufkommen und Steuereinnahmen 1970 und ihre Entwicklung“ in „Bayern in Zahlen“, Heft 5/1971, S. 162. — ²⁾ Lastenausgleichsfonds.

über um 16,6% auf insgesamt 1245 Mill. DM, so daß die gesamte Kommunalverschuldung in Bayern 1970 die Wertmarke von 10 Mrd. DM nahezu erreichte.

Überdurchschnittlich gewachsen sind die Verbindlichkeiten der bayerischen Gemeinden/Gv am Kreditmarkt, der nach wie vor wichtigsten Kommunaldarlehens-Quelle. Ihr Anteil am Gesamtbestand der seit 21. Juni 1948 aufgenommenen „Neuschulden“ (1970 8 660 Mill. DM) stieg auf 85,3% an. Vor allem bei den gemeindeeigenen Sparkassen (einschließlich Girozentrale) nahm die Verschuldung der bayerischen kommunalen Gebietskörperschaften um 14,2 auf 4 136 Mill. DM zu; das sind 56% ihrer gesamten Kreditmarktverbindlichkeiten. Die Darlehensverpflichtungen gegenüber sonstigen Kreditinstituten vergrößerten sich hingegen relativ weniger stark als in den letzten Jahren. Auch der Zuwachs an Schulforderungen bei Versicherungen und Bausparkassen blieb unterdurchschnittlich. Die den bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbänden aus öffentlichen Sondermitteln, insbesondere von Trägern der Sozialversicherung, gewährten Kredite wurden durch Til-

gung weiter abgebaut. Auf einen Gesamtbetrag von über 1 Mrd. DM erhöhten sich erstmals die Schuldverpflichtungen gegenüber anderen öffentlichen „Gebietskörperschaften“. Wertmäßig annähernd verdoppelt hat sich im Vergleich zum Vorjahr der Stand an Kassenkrediten für die kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern. Auch die innere Verschuldung, vor allem zwischen Gemeinden und ihren Eigenbetrieben sowie die Haftungssumme kommunaler Bürgschaften nahm 1970 relativ stärker zu als die äußere Gesamtverschuldung der bayerischen Gemeinden/Gv. Ihre durch planmäßige Tilgung weiter verringerten „Altschulden“ und „Vorkriegsauslandsschulden“ fallen dem Betrag nach kaum mehr ins Gewicht.

Abnehmender Anteil der „rentierlichen“ Schulden

Welchem Verwendungszweck die von den bayerischen Gemeinden/Gv aufgenommenen Kredite zugeführt wurden, läßt in einer Gliederung nach Aufgabenbereichen Übersicht 3 erkennen.

Übersicht 3. Neuschulden der kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern 1970 nach Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	Neuschulden der Gebietskörperschaften am 31. Dezember 1970											
	Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise		Bezirke		insgesamt		darunter 1970 aufgenommen	Zunahme gegenüber 1969
	Betrag	Anteil	Betrag	Anteil	Betrag	Anteil	Betrag	Anteil	Betrag	Anteil		
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Allgemeine Verwaltung	22,9	0,5	36,7	1,1	34,4	4,6	0,1	0,1	94,1	1,1	15,9	16,5
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	14,4	0,3	10,0	0,3	8,5	1,1	—	—	32,8	0,4	2,1	42,6
Schulen	581,8	13,3	847,5	25,1	245,2	33,0	12,7	8,3	1 687,2	19,5	281,9	12,0
Kultur	46,0	1,0	3,5	0,1	0,2	0,0	—	—	49,6	0,6	2,1	— 1,4
Soziale Angelegenheiten	35,9	0,8	13,9	0,4	21,9	2,9	1,3	0,8	73,0	0,8	8,9	6,7
Gesundheitspflege	341,6	7,8	73,3	2,2	317,3	42,6	127,2	82,9	859,5	9,9	115,8	10,1
dar. Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenanstalten)	279,9	6,4	55,6	1,6	255,4	34,3	108,8	70,9	699,7	8,1	91,1	10,0
Bau- und Wohnungswesen	577,6	13,2	581,2	17,2	82,6	11,2	10,6	6,9	1 252,1	14,5	268,6	11,9
dar. weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	74,3	1,7	14,1	0,4	2,5	0,3	—	—	91,0	1,1	10,4	9,1
übriger Wohnungsbau und Wohnsiedlung	58,3	1,3	93,9	2,8	7,8	1,0	5,8	3,8	165,9	1,9	24,1	— 2,1
Straßen, Wege und Brücken	417,6	9,5	442,3	13,1	70,9	9,5	1,1	0,7	931,9	10,8	223,3	15,1
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	771,6	17,6	1 061,8	31,5	9,6	1,3	1,1	0,7	1 844,2	21,3	258,2	9,1
dar. Kanalisation	545,0	12,4	757,4	22,4	—	—	0,0	0,0	1 302,5	15,0	177,3	8,8
Wirtschaftsunternehmen	1 522,0	34,7	531,3	15,7	6,4	0,9	0,3	0,2	2 060,1	23,7	227,8	5,2
dar. Elektrizitätsversorgung	614,0	14,0	57,8	1,7	—	—	0,3	0,2	672,0	7,8	81,5	6,4
Gasversorgung	232,6	5,3	2,6	0,1	—	—	—	—	235,2	2,7	22,9	1,3
Wasserversorgung	286,0	6,5	440,2	13,0	5,5	0,7	—	—	731,7	8,4	76,3	4,4
Verkehrsunternehmen	310,8	7,1	5,5	0,2	0,8	0,1	—	—	317,1	3,7	32,7	6,0
Finanzen und Steuern	473,2	10,8	216,6	6,4	18,0	2,4	0,1	0,1	708,0	8,2	55,4	3,5
dar. Wohngrundstücke des allg. Grundvermögens	178,1	4,1	168,1	5,0	15,5	2,1	0,1	0,1	361,9	4,2	15,7	— 0,4
Neuschulden insgesamt	4 387,1	100	3 375,8	100	744,0	100	153,5	100	8 660,5	100	1 236,8	+ 8,8
dar. an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	1 296,3	29,5	69,4	2,1	—	—	—	—	1 365,8	15,8	143,8	3,5

Die Mittel dienen in erster Linie der langfristigen Investitionsfinanzierung, wobei sich folgende Schwerpunkte herausbildeten: Kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, „Öffentliche Einrichtungen“ (insbesondere Kanalisation), Schulhaus- und Straßenbau sowie Errichtung von Krankenanstalten. Rund 83% der „Neuschulden“ entfielen allein auf diese Verwendungszwecke. Durch Darlehensneuaufnahmen wuchs gegenüber dem Vorjahr vor allem das anteilmäßige Gewicht der Bereiche Schulen, Straßenbau und Krankenanstalten. Auch für die „Allgemeine Verwaltung“ und „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ ergab sich eine relativ starke Zunahme der Schuldverpflichtungen, doch war sie betragsmäßig von geringer Bedeutung. Daß die „Verbände mit kommunalen Aufgaben“ in steigendem Maße an den kommunalen Investitionen Anteil haben, zeigte bereits ihr überproportional wachsendes Schuldenvolumen. Von dessen Gesamtbetrag (1 245 Mill. DM) entfielen Ende 1970 auf Wasserversorgungsverbände 567 Mill. DM, auf Verbände zur Abwasserbeseitigung 234,6 Mill. DM, auf Schul- und Berufsschulverbände 298 Mill. DM, auf Krankenhausverbände 84,5 Mill. DM und

die restlichen 61 Mill. DM vor allem auf Verbände des Bau- und Wohnungswesens. Innerhalb der kommunalen Neuschulden verloren 1970 die Kreditmittel für Aufgabenbereiche, die als rentierlich gelten, anteilmäßig weiter an Bedeutung. Bei den bayerischen Gemeinden/Gv umfaßten diese rentierlichen Darlehen nur mehr 51,2% des Neuschuldenstandes gegen 52,9% im Vorjahr und 55,5% im Jahre 1967. Für die „Verbände mit kommunalen Aufgaben“ ergeben sich die entsprechenden Anteilswerte von 71,5 (1967), 70,6 (1969) und 68,4% (1970).

Schuldenzuwachsrate der Landkreise am höchsten

Naturngemäß bestehen unter den kommunalen Gebietskörperschaften hinsichtlich der Schuldenbelastung erhebliche Unterschiede. Dies hängt nicht allein mit der Aufgabenverteilung zusammen, sondern auch von der Intensität ab, mit der diese Aufgaben erfüllt werden können. Zur Verdeutlichung mag dienen, daß die bayerischen Großstädte 1970 wohl die „Verschuldungsgrenze“ nahezu erreicht hatten, während zugleich 408 (1969 438) kleine kreis-

Übersicht 4. Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften in Bayern 1970 nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft	Gesamtverschuldung ¹⁾			darunter Neuschulden ²⁾				
	Betrag	je Einwohner	Zunahme gegenüber 1969	insgesamt	davon			Staatszuschußdarlehen
					aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften	
	Mill. DM	DM	%	Mill. DM				
Kreisfreie Städte	4 413,2	1 188	5,8	4 387,1	3 845,2	178,5	363,4	25,4
davon								
200 000 und mehr Einwohner	2 670,8	1 305	2,3	2 655,7	2 394,0	102,2	159,4	4,8
100 000 bis unter 200 000 Einw.	257,2	1 035	4,9	257,0	226,6	13,3	17,1	3,6
50 000 " " 100 000 Einw.	659,8	1 084	15,1	656,3	570,9	32,1	53,4	5,3
20 000 " " 50 000 Einw.	569,2	1 052	11,2	564,2	460,5	21,2	82,4	8,3
mit weniger als 20 000 Einw.	256,2	949	9,3	254,0	193,2	9,7	51,1	3,4
Kreisangehörige Gemeinden	3 386,0	488	10,9	3 375,9	2 906,8	47,1	421,9	268,8
davon								
10 000 und mehr Einwohner	426,1	566	13,3	425,9	369,0	6,9	50,0	10,0
5 000 bis unter 10 000 Einw.	760,8	670	13,8	758,4	629,6	13,5	115,2	31,1
3 000 " " 5 000 Einw.	470,7	573	7,7	469,1	399,1	7,3	62,8	31,6
2 000 " " 3 000 Einw.	371,7	526	7,4	369,9	319,0	5,6	45,3	34,4
1 000 " " 2 000 Einw.	611,0	439	8,4	608,9	533,1	8,3	67,5	61,5
" " 1 000 Einw.	745,7	349	6,0	743,6	656,9	5,5	81,2	100,1
Landkreise	746,3	107	18,4	744,0	520,1	35,8	188,1	4,0
Bezirke	153,5	14	15,8	153,5	117,5	2,2	33,7	1,0
Gemeinden/Gv insgesamt	8 698,9	816	8,9	8 660,5	7 389,6	263,7	1 007,1	299,1
Außerdem:								
Verbände mit kommunalen Aufgaben	1 245,4	.	16,6	1 235,1	1 069,3	32,3	133,4	436,4

angehörige Gemeinden überhaupt keine Schulden aufwiesen. Wie eng der Verschuldungsspielraum für die kreisfreien Städte Bayerns insgesamt wurde, läßt die relativ geringe Ausweitung ihrer Darlehensverpflichtungen im Jahre 1970 erkennen; mit 5,8% blieb sie wertmäßig erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt. Lediglich für die kreisfreien Städte mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern ergab sich eine überdurchschnittliche Zuwachsrate. Die kreisangehörigen Gemeinden verzeichneten demgegenüber eine Schuldenmehrung von 10,9%, wobei die Zunahme in den größeren Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern besonders ins Gewicht fiel. In allen Größenklassen der kreisangehörigen Gemeinden übertraf jedoch der relative Darlehenszuwachs den der Großstädte. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß die Auflösung und Zusammenlegung von Gemeinden die Vergleichsmöglichkeiten in den Größenklassen mehr und mehr beeinträchtigt. Relativ am stärksten stieg die Verschuldung der Gemeindeverbände an; mit 18,4% war sie für die Landkreise ratenmäßig etwa doppelt so hoch wie im Gesamtdurchschnitt und erreichte für die Bezirke nicht weniger als 15,8%. Auf die Einwohnerzahl bezogen, nimmt der Schuldenbetrag in den einzelnen Gebietskörperschaften im allgemeinen mit der Bevölkerungsgröße zu. Eine Ausnahme in der Rangfolge der Gemeindegrößenklassen bilden in Bayern jedoch nach wie vor die Großstädte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern und die kreisangehörigen Gemeinden mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern. Im Hinblick auf die Verteilung der kommunalen Schuldenlast dürfte es aufschlußreich sein, daß die kreisangehörigen Gemeinden, Landkreise und „Verbände mit kommunalen Aufgaben“ zusammengekommen 1970 bereits um etwa eine Milliarde DM mehr Darlehensverpflichtungen aufwiesen als die kreisfreien Städte.

Schuldendienst auf 1 110 Mill. DM angestiegen

An planmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen brachten die bayerischen Gemeinden/Gv 1970 insgesamt 989,4 Mill.

Übersicht 5. Schuldendienst der bayerischen Gemeinden/Gv im Jahre 1970

Gebietskörperschaft	Planmäßiger Schuldendienst				
	insgesamt		darunter von Dritten getragen oder ersetzt		
	für				
	unren- tierliche	rentier- liche	unren- tierliche	rentier- liche	
	Schulden (Mill. DM)				
Kreisfreie Städte	178,3	356,8	17,4	10,0	
Kreisangehörige Gemeinden	192,5	184,0	36,2	43,0	
Landkreise	61,6	3,6	8,3	0,8	
Bezirke	12,4	0,4	0,3	0,0	
Insgesamt	444,7	544,7	62,2	53,9	
dagegen 1969	411,5	482,6	56,3	49,4	
Außerdem					
Verbände mit kommunalen					
Aufgaben	1970	34,5	86,0	8,2	54,9
	1969	28,0	71,6	6,7	44,4

DM auf; das sind um 10,7% mehr als im vorangegangenen Jahr. Dritte, vor allem der Freistaat Bayern, hatten hiervon jedoch 116,1 Mill. DM (13%) getragen oder ersetzt, wobei sie sich am Schuldendienst für „unrentierliche“ Darlehen mit 14% relativ stärker beteiligten als an dem der „rentierlichen“ Schulden (9,9%). Der Beitrag Dritter zu den Zins- und Tilgungsleistungen von „Verbänden mit kommunalen Aufgaben“, die 1970 auf insgesamt 120,5 Mill. DM angewachsen waren, umfaßte freilich 63,1 Mill. DM oder mehr als die Hälfte; für deren „rentierliche“ Darlehen betrug der entsprechende Anteil sogar 63,8%. Insgesamt erreichte der Schuldendienst der bayerischen Kommunen 1970 einen Betrag von 1 110 Mill. DM gegenüber knapp 994 Mill. DM im Vorjahr (+ 11,7%).

Dr. Herwig Klobasa

¹⁾ Einschließlich Vorkriegsauslandsschulden. — ²⁾ Ohne Kassenkredite.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 997	13 077	13 009	13 019	13 029	13 082	13 083	13 087	13 091
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹	Anzahl	5 566	6 070	3 222	4 370	7 866	2 334	3 426	4 347	8 268
je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,3	4,7	2,5	3,4	6,0	1,8	2,6	3,3	6,3
Lebendgeborene ²	Anzahl	10 518	10 634	10 406	9 918	10 934	9 415	10 040	10 365	10 695
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,1	8,2	8,0	7,6	8,4	7,2	7,7	7,9	8,2
Gestorbene ³	Anzahl	11 161	11 235	14 283	11 279	10 641	11 596	12 460	11 023	10 766
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,6	8,6	11,0	8,7	8,2	8,9	9,5	8,4	8,2
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	28	27	34	30	30	33	29	32	30
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,6	3,3	3,0	2,7	3,5	2,9	3,1	2,8
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	15	17	15	18	22	19	16	15
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,5	1,6	1,5	1,6	2,3	1,9	1,5	1,4
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 643	- 601	-3 877	-1 361	293	-2 181	-2 420	- 658	- 71
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,5	- 0,5	- 3,0	- 1,0	0,2	- 1,7	- 1,8	- 0,5	- 0,1
Totgeborene ²	Anzahl	38	37	46	36	33	33	30	36	38
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	33 794	34 133	33 652	34 092	29 730	28 627	33 405	32 157	28 818
darunter aus dem Ausland	Anzahl	23 464	23 628	23 908	24 616	21 361	20 554	23 923	21 789	20 340
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	27 471	27 117	25 813	24 428	22 913	24 881	28 383	27 782	24 669
darunter in das Ausland	Anzahl	17 679	17 331	16 447	14 936	14 938	16 760	19 154	18 009	16 520
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 311	10 505	9 744	10 286	8 369	8 073	9 482	10 368	8 478
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 762	9 786	9 366	9 492	7 975	8 121	9 229	9 773	8 149
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 323	7 016	7 839	10 474	6 817	3 746	5 022	4 375	4 149
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	46 592	46 677	44 965	45 253	41 159	40 950	45 102	47 098	43 300
		2017	2018	2017			2018			2019
		Jahresdurchschnitt		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Arbeitsmarkt ⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	5 466,1	5 603,8	5 550,7	5 518,8	5 543,9	5 598,9	5 686,9	5 651,8	5 667,9
Frauen	1 000	2 504,9	2 562,4	2 534,4	2 535,4	2 541,3	2 553,8	2 591,2	2 591,6	2 594,3
Ausländer	1 000	735,5	810,0	767,5	762,1	784,4	817,3	840,4	833,2	854,8
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 460,7	1 514,2	1 477,6	1 488,6	1 498,4	1 515,6	1 528,7	1 539,5	1 547,0
darunter Frauen	1 000	1 186,7	1 224,6	1 197,9	1 207,6	1 214,4	1 223,7	1 234,4	1 244,4	1 249,6
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	28,9	29,7	31,0	25,7	28,5	31,9	31,9	26,9	30,0
B–F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 781,0	1 824,4	1 810,2	1 788,1	1 802,3	1 824,3	1 857,8	1 838,2	1 845,7
B–E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 471,9	1 506,3	1 488,3	1 485,6	1 493,1	1 502,0	1 525,7	1 523,0	1 521,5
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 399,2	1 431,8	1 414,5	1 412,6	1 419,7	1 427,2	1 450,1	1 448,1	1 446,1
F Baugewerbe	1 000	309,1	318,1	321,9	302,5	309,2	322,3	332,1	315,3	324,2
G–U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 656,1	3 749,7	3 709,4	3 704,9	3 713,0	3 742,7	3 797,1	3 786,7	3 792,2
G–I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 180,1	1 211,2	1 200,8	1 194,0	1 196,5	1 208,7	1 230,4	1 224,3	1 221,4
J Information und Kommunikation	1 000	206,3	215,9	209,8	208,9	212,0	215,8	220,4	221,6	224,7
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	184,2	181,6	183,8	183,0	181,7	180,5	181,9	181,7	180,4
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	34,6	35,5	34,9	35,2	35,5	35,5	35,5	35,5	36,2
M–N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister ..	1 000	719,5	744,0	735,6	734,0	735,3	746,9	755,3	742,5	747,0
O–Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversi- cherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 152,2	1 181,7	1 163,0	1 171,7	1 173,3	1 175,3	1 192,1	1 200,8	1 200,7
R–U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	179,3	179,9	181,5	178,2	178,8	179,9	181,5	180,3	181,6
		2017	2018	2018			2019			
		Jahresdurchschnitt		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Arbeitslose	1 000	231,4	214,0	217,3	207,0	195,8	202,6	219,2	209,5	200,5
darunter Frauen	1 000	104,2	96,4	102,5	98,0	92,0	92,5	101,5	97,2	92,1
Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	3,2	2,9	2,9	2,8	2,6	2,7	2,9	2,8	2,7
Frauen	%	3,0	2,8	2,9	2,8	2,6	2,6	2,9	2,8	2,6
Männer	%	3,3	3,0	2,9	2,8	2,6	2,8	3,0	2,8	2,7
Ausländer	%	7,9	7,4	6,7	6,6	6,2	5,9	6,4	6,3	6,0
Jugendliche	%	2,8	2,5	3,4	2,8	2,3	2,6	3,4	2,8	2,3
Kurzarbeiter ⁸	1 000	17,6	18,1	4,4	5,1	5,1
Gemeldete Stellen ⁹	1 000	118,9	129,9	135,7	135,4	133,6	128,8	129,8	128,6	124,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern
der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter
www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für
Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die
Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden unter anderem bei

den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen
aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
8 Die Bundesagentur für Arbeit revidierte im März 2019 die Kurzarbeiter-
zahlen für den Zeitraum Oktober 2017 bis August 2018.
9 Ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019				
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Landwirtschaft											
Schlachtungen ¹											
Anzahl											
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	496,6	495,5	493,1	464,2	493,8	443,6	485,9	469,3	500,1	
darunter Rinder	1 000	76,3	78,0	79,0	77,4	77,7	67,8	90,4	84,3	78,2	
darunter Kälber ²	1 000	1,4	1,3	1,1	1,0	1,2	0,9	1,1	1,0	1,3	
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	
Schweine	1 000	409,7	407,5	405,2	375,7	407,7	367,0	386,7	374,3	414,3	
Schafe	1 000	9,4	9,2	8,2	10,5	7,5	8,0	8,0	10,1	6,9	
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	494,2	493,2	491,9	462,9	492,4	442,7	484,7	468,1	498,9	
darunter Rinder	1 000	75,9	77,6	78,7	77,1	77,3	67,6	90,1	83,9	77,8	
darunter Kälber ²	1 000	1,3	1,2	1,1	0,9	1,1	0,9	1,0	0,9	1,2	
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	
Schweine	1 000	408,3	406,2	404,7	375,2	407,1	366,7	386,3	374,0	413,9	
Schafe	1 000	8,9	7,8	7,8	10,0	7,1	7,7	7,7	9,6	6,5	
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴											
Rinder	kg	346,2	347,5	347,3	340,4	344,1	352,6	348,3	346,1	346,1	
darunter Kälber ²	kg	113,5	116,3	121,9	121,4	110,2	85,6	79,6	81,1	81,7	
Jungrinder ³	kg	180,2	185,9	201,6	203,2	161,8	145,8	167,3	164,8	164,2	
Schweine	kg	96,3	96,6	95,5	95,4	96,0	96,0	94,9	95,4	96,5	
Gesamtschlachtgewicht ⁵											
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000 t	66,1	66,7	66,3	62,3	66,1	59,3	68,4	65,0	67,2	
darunter Rinder	1 000 t	26,4	27,1	27,4	26,2	26,8	23,9	31,5	29,1	27,0	
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	39,5	39,4	38,7	35,8	39,1	35,2	36,7	35,7	40,0	
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	65,8	66,4	66,1	62,1	65,9	56,5	64,6	61,5	67,0	
darunter Rinder	1 000 t	26,3	27,0	27,3	26,1	26,7	21,2	27,8	25,7	26,9	
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	39,3	39,2	38,6	35,8	39,1	35,1	36,5	35,5	39,9	
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	
Geflügel											
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	5 368	5 495,3	5 493	5 481	5 403	5 543	5 127	5 116	5 131	
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 751	3 649,7	3 661	3 470	3 602	3 457	3 520	3 480	3 609	
Konsumeier ⁶	1 000	92 147	88 632,8	90 286	87 312	83 022	82 654	82 811	83 008	83 165	
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	18,7	18,4	15,6	14,7	14,1	15,1	16,4	16,2	15,6	
Getreideanlieferungen ^{8,9}											
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	3,6	3,3	16,5	4,4	2,1	2,1	19,1	6,0	3,0	
Weizen	1 000 t	31,9	26,9	78,7	26,2	19,9	15,7	39,4	52,8	22,1	
Gerste	1 000 t	10,1	9,0	26,0	8,9	8,6	6,1	20,2r	8,7r	6,7	
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,4	0,6	0,7	0,2	0,3	0,2	0,7	0,2	
Vermahlung von Getreide ^{8,9}											
Getreide insgesamt	1 000 t	112,9	110,1	115,6	109,1	105,6	94,7	106,8	104,3	104,6	
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7	11,1	11,6	10,8	10,4	9,5	10,8	10,4	9,6	
Weizen und -gemenge	1 000 t	101,2	99,0	104,0	98,3	95,2	85,2	96,0	93,9	95,0	
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}											
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	43,6	49,4	59,6	63,5	62,0r	28,9r	62,3r	70,9r	71,7	
Weizen	1 000 t	457,7	485,5	607,3	639,7	616,8r	307,9r	467,2r	644,7r	609,0	
Gerste	1 000 t	305,9	304,9	337,6	394,2	387,4r	207,7r	362,8r	413,3r	420,7	
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	13,2	23,5	22,7	26,9	30,1	23,3	23,6	27,6r	28,3	
Mais	1 000 t	79,5	104,5	41,5	32,8	111,2	91,2	57,8r	46,7r	32,3	
Bierabsatz											
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 989	2 050	2 467r	2 497r	1 947r	2 231	2 587	2 182	2 019	
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	127	140	215r	233r	113r	198	254	181	120	
11 bis 13	1 000 hl	1 822	1 870	2 219r	2 239r	1 805r	2 009	2 306	1 977	1 878	
14 oder darüber	1 000 hl	40	41	32	25	29	23	26	24	21	
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	470	479	623	574	444r	527	635	523	449	
davon in EU-Länder	1 000 hl	301	301	397	392	305r	338	411	347	281	
in Drittländer	1 000 hl	168	178	226	183	138	189	224	176	168	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
- 2 Höchstens 8 Monate alt.
- 3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
- 4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
- 5 Bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
- 6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

- 7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienericht im Besitz einer Zulassung sind.
- 8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.
- 9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen	1 000	9,6	9,5	9,7	9,0	8,7	7,8	10,0	8,9	...
* Gewerbeabmeldungen	1 000	8,6	8,6	8,0	7,7	7,2	6,3	8,7	7,2	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ²										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	4 005	4 042	4 052	4 051	4 051	4 071	4 067	4 063	4 057
* Beschäftigte	1 000	1 176	1 212	1 215	1 217	1 227	1 219	1 221	1 213	1 220
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	408	424	426	427	430	421	421	420	422
Investitionsgüterproduzenten	1 000	554	571	571	571	578	582	582	581	585
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	38	38	38	38	38	39	39
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	174	177	178	179	179	176	177	171	172
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	148 923	152 617	161 140	143 662	149 478	135 133	160 595	133 720	148 680
* Bruttoentgelte	Mill. Euro	5 286	5 585	6 130	5 212	5 112	6 036	6 513	5 261	5 319
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	29 463	29 844	30 836	27 653	29 682	29 182	31 453	26 105	31 553
* davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	8 094	8 402	8 599	8 524	8 549	7 802	8 347	7 685	8 364
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	16 619	16 666	17 323	14 290	16 384	16 847	18 101	13 885	18 429
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	3 403	3 424	3 517	3 549	3 413	3 296	3 624	3 352	3 467
* Energie	Mill. Euro
* darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	16 119	16 335	16 677	15 015	16 526	16 525	17 878	14 227	17 877
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 ± 100) ²										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	105,7	106,9	112,3	97,4	106,5	97,7	111,7	87,9	106,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	100,7	95,7	110,5	100,7	100,5	92,2	110,5	98,5	107,5
Verarbeitendes Gewerbe	%	105,7	107,0	112,3	97,4	106,5	97,8	111,7	87,8	107,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,7	110,2	114,8	108,7	109,7	101,8	112,1	100,1	108,3
Investitionsgüterproduzenten	%	105,1	106,2	112,2	89,0	105,6	96,0	111,7	77,3	106,2
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	102,8	103,6	108,5	106,1	103,6	101,3	114,1	104,5	108,8
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 ± 100) ²										
Verarbeitendes Gewerbe ³ insgesamt	%	110,8	114,9	105,1	101,9	110,6	111,9	107,5	92,5	114,5
Inland	%	109,9	108,0	107,6	95,8	104,7	95,5	98,9	82,8	94,8
Ausland	%	111,4	119,1	103,6	105,6	114,3	122,0	112,8	98,5	126,7
Vorleistungsgüterproduzenten	%	110,4	114,0	111,1	108,6	108,5	97,9	102,8	94,9	97,8
Investitionsgüterproduzenten	%	111,5	116,2	102,8	99,3	112,8	119,6	110,0	91,5	122,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,4	109,3	105,0	101,3	105,7	86,6	99,8	90,3	110,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	102,0	97,2	103,3	101,7	86,8	83,4	100,5	94,3	87,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch

spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

3 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹										
Tätige Personen (einschl. tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	87	91	93	93	94	98	98	98	99
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 341	8 742	10 793	8 901	9 976	9 529	11 831	8 781	10 855
davon Wohnungsbau	1 000	2 536	2 719	3 345	2 553	3 063	2 966	3 678	2 553	3 330
gewerblicher Bau	1 000	2 798	2 899	3 358	2 980	3 197	2 987	3 724	3 016	3 424
öffentlicher und Straßenbau	1 000	3 008	3 124	4 089	3 368	3 716	3 575	4 429	3 212	4 101
Entgelte	Mill. Euro	279,0	303,3	325,6	325,1	309,3	351,2	355,5	334,1	337,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	1 329,3	1 472,0	1 761,9	1 636,4	1 610,7	1 555,0	1 841,1	1 590,5	1 676,6
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	360,7	403,6	487,0	430,0	431,0	437,8	513,3	418,8	450,0
gewerblicher Bau	Mill. Euro	529,9	589,0	673,3	636,7	616,6	576,4	689,6	605,9	626,7
öffentlicher und Straßenbau	Mill. Euro	438,7	479,4	601,6	569,7	563,1	540,7	638,2	565,8	599,9
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	120,0	135,5	151,4	116,7	125,4	143,3	148,6	125,0	137,7
davon Wohnungsbau	Messzahl	117,8	125,4	130,7	130,6	124,0	143,2	166,7	141,5	131,1
gewerblicher Bau	Messzahl	114,1	136,9	125,8	95,5	126,3	147,1	129,6	109,4	137,3
öffentlicher und Straßenbau	Messzahl	128,5	139,0	157,3	129,3	125,5	139,0	155,2	129,2	143,7
darunter Straßenbau	Messzahl	136,1	150,3	169,4	153,7	124,5	169,5	160,1	116,7	153,5
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ³										
Tätige Personen (einschl. tätiger Inhaber) im Ausbaugewerbe	1 000	65	64	.	.	65	67
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	19 644	19 058	.	.	19 425	19 929
Entgelte	Mill. Euro	539,7	551,9	.	.	546,2	594,2
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 059,3	2 149,5	.	.	2 193,5	2 207,4
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	278	277	276	276	277	274	274	274	274
Beschäftigte	Anzahl	30 352	30 781	30 595	30 607	31 110	30 483	30 487	30 485	31 024
Geleistete Arbeitsstunden ⁴	1 000	3 591	3 655	3 906	3 384	3 501	3 104	4 040	3 204	3 610
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	138	145	135	133	136	147	142	133	133
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	4 554,1	3 565,3	2 932,3	3 191,1	3 214,0	3 495,3	3 072,9	3 660,1	...
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	4 332,8	3 390,6	2 796,2	3 020,9	3 047,2	3 335,4	2 932,2	3 483,3	...
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	594,1	541,2	314,1	354,1	361,5	382,2	247,4	235,7	...
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	1 129,8	1 018,1	516,1	5 070,8	591,1	584,9	498,1	489,8	...
Handwerk (Messzahlen)⁵										
Beschäftigte (Index) ⁶ (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	106,5
Umsatz ⁷ (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	134,9
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen⁸										
Wohngebäude ⁹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 271	2 233	2 631	2 391	2 123	2 220	2 688	2 347	2 096
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 948	1 907	2 237	2 001	1 800	1 886	2 297	2 055	1 773
Umbauter Raum	1 000 m³	3 159	3 142	3 859	3 604	3 092	3 283	3 894	3 225	3 182
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 123	1 169	1 420	1 364	1 202	1 249	1 495	1 234	1 225
Wohnfläche	1 000 m²	553	550	682	659	540	580	689	566	563
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	661	663	847	712	653	586	734	603	617
Umbauter Raum	1 000 m³	4 441	4 790	5 804	4 493	3 698	3 582	5 452	3 027	5 238
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	762	867	928	956	830	746	1 138	587	866
Nutzfläche	1 000 m²	658	686	766	753	583	551	804	449	672
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 248	6 109	8 206	7 207	6 037	6 584	7 395	6 099	6 432
Wohnräume ¹⁰ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 698	23 248	29 157	27 109	22 719	24 381	29 134	23 848	24 070
		2017	2018 ¹¹	2018 ¹¹			2019 ¹¹			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹²	Mill. Euro	14 946,9	15 488,3	16 482,9	16 500,2		15 933,7	15 286,0	16 689,1	13 882,8
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	833,6	806,3	798,5	779,9	14 355,3	750,5	799,4	823,8	765,1
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	13 416,0	13 800,9	14 459,7	14 492,8		13 985,0	13 341,2	14 699,8	12 064,4
davon Rohstoffe	Mill. Euro	935,4	1 142,5	1 258,1	1 271,3	12 460,4	1 377,1	1 171,0	1 249,3	864,3
Halbwaren	Mill. Euro	555,1	555,0	585,6	539,9	1 259,2	592,2	565,2	561,9	473,9
Fertigwaren	Mill. Euro	11 925,4	12 103,4	12 616,0	12 681,6	516,4	12 015,7	11 605,0	12 888,6	10 726,2
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	947,5	1 013,9	1 060,8	1 075,2	10 684,8	986,0	951,7	967,6	806,0
Enderzeugnisse	Mill. Euro	10 977,8	11 089,5	11 555,2	11 606,4	934,7	11 029,7	10 653,3	11 921,0	9 920,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen.

2 Bauinstallation und sonstiger Ausbau; Bis 2017 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit 23 und mehr tätigen Personen; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.).

3 Am Ende des Berichtszeitraums.

4 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

5 Zulassungspflichtiges Handwerk lt. Anlage A der Handwerksordnung.

6 Am Ende des Kalendervierteljahres.

7 Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.).

8 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tektoren (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

9 Einschl. Wohnheime.

10 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

11 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

12 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018¹	2018¹			2019¹			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter aus²										
* Europa	Mill. Euro	10 367,1	10 930,8	11 582,7	11 415,4	9 586,3	11 321,4	10 969,2	11 345,7	9 181,6
* darunter aus EU-Ländern³ insgesamt	Mill. Euro	9 148,2	9 635,2	10 252,5	10 100,7	8 325,9	10 034,3	9 746,5	9 992,8	8 045,2
darunter aus Belgien	Mill. Euro	361,6	363,5	401,8	393,0	342,2	365,9	356,4	415,6	317,1
Bulgarien	Mill. Euro	54,9	62,2	71,6	65,8	55,3	59,1	68,3	67,7	55,6
Dänemark	Mill. Euro	69,2	69,0	73,7	62,1	69,9	70,5	75,6	73,5	67,3
Finnland	Mill. Euro	47,4	45,1	45,7	38,5	46,0	46,0	46,9	44,4	35,0
Frankreich	Mill. Euro	637,8	720,2	911,5	697,9	600,9	616,4	611,6	672,6	506,9
Griechenland	Mill. Euro	37,2	37,6	35,9	42,6	37,1	34,5	46,2	48,2	35,3
Irland	Mill. Euro	118,4	112,0	85,6	96,1	96,1	78,0	78,4	73,6	79,3
Italien	Mill. Euro	977,1	1 033,2	1 081,7	1 144,7	950,3	1 051,3	1 087,8	1 020,9	793,7
Luxemburg	Mill. Euro	23,4	29,2	28,5	31,5	23,1	26,4	28,1	27,5	21,6
Niederlande	Mill. Euro	765,1	823,9	865,7	804,5	737,0	801,4	796,1	848,8	697,0
Österreich	Mill. Euro	1 328,3	1 362,4	1 432,2	1 473,0	1 207,9	1 731,3	1 550,2	1 623,7	1 111,0
Polen	Mill. Euro	907,4	1 002,9	981,4	1 071,3	905,0	1 016,9	954,6	989,2	826,2
Portugal	Mill. Euro	88,8	117,1	117,9	128,0	95,5	135,9	128,6	128,6	102,5
Rumänien	Mill. Euro	301,5	322,0	343,1	360,4	282,0	318,9	311,8	340,9	242,5
Schweden	Mill. Euro	122,7	126,7	140,8	124,1	106,3	119,5	105,4	120,0	106,0
Slowakei	Mill. Euro	334,0	368,2	419,5	383,7	347,9	405,3	468,4	311,9	608,8
Slowenien	Mill. Euro	101,5	111,0	113,0	122,6	92,8	111,8	115,1	116,1	84,4
Spanien	Mill. Euro	325,1	319,3	356,3	319,6	234,6	329,4	318,0	306,7	213,4
Tschechische Republik	Mill. Euro	1 198,5	1 242,0	1 238,0	1 287,1	1 086,9	1 220,9	1 165,9	1 229,4	1 006,1
Ungarn	Mill. Euro	761,4	806,3	947,5	844,4	519,7	955,9	882,5	924,6	586,8
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	498,6	461,3	447,3	499,6	395,5	433,3	454,1	499,6	453,9
Russische Föderation	Mill. Euro	333,5	394,6	391,6	354,7	412,4	365,9	394,2	374,6	251,2
* Afrika	Mill. Euro	304,0	344,8	423,5	349,1	352,8	307,8	292,0	554,8	399,7
* darunter aus Südafrika	Mill. Euro	71,1	49,1	62,4	58,9	77,7	58,8	37,1	219,5	119,4
* Amerika	Mill. Euro	1 154,8	974,9	981,3	1 009,7	1 007,1	1 116,3	986,3	1 290,0	1 077,1
* darunter aus den USA	Mill. Euro	978,7	802,5	804,0	843,5	828,6	965,2	829,8	1 121,4	921,8
* Asien	Mill. Euro	3 084,1	3 211,3	3 461,0	3 688,9	3 380,9	3 151,4	3 003,9	3 447,2	3 192,2
* darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	1 291,1	1 360,8	1 372,5	1 514,9	1 421,4	1 382,7	1 297,6	1 512,6	1 472,0
Japan	Mill. Euro	281,4	290,3	319,4	339,5	270,4	285,3	277,2	312,8	264,2
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	13,2	13,4	34,4	37,1	28,2	36,7	34,5	51,5	32,2
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁴	Mill. Euro	15 891,3	15 879,2	17 099,4	16 925,5	14 208,3	16 661,2	15 074,8	16 917,1	13 317,5
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	790,8	780,0	765,1	762,9	788,9	790,3	775,8	833,1	751,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	14 897,6	14 757,1	15 746,5	15 601,2	12 902,0	15 309,6	13 760,1	15 537,9	12 074,1
* davon Rohstoffe	Mill. Euro	81,5	81,0	81,5	85,8	68,0	76,3	69,2	73,7	65,2
Halbwaren	Mill. Euro	605,1	622,7	679,4	673,7	652,6	617,2	541,1	621,3	567,0
* Fertigwaren	Mill. Euro	14 210,9	14 053,5	14 985,6	14 841,7	12 181,4	14 616,1	13 149,8	14 842,8	11 442,0
* davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 122,3	1 166,9	1 253,3	1 212,2	1 123,8	1 181,6	1 074,6	1 148,2	993,4
* Enderzeugnisse	Mill. Euro	13 088,6	12 887,0	13 732,3	13 629,5	11 057,6	13 434,5	12 075,2	13 694,5	10 448,6
darunter² nach										
* Europa	Mill. Euro	10 088,9	10 137,7	10 745,6	10 330,6	8 900,6	10 590,1	9 813,4	10 315,9	8 365,4
* darunter in EU-Länder³ insgesamt	Mill. Euro	8 887,2	8 955,2	9 468,6	9 012,5	7 785,1	9 387,3	8 733,9	8 988,8	7 305,9
darunter nach Belgien	Mill. Euro	448,0	435,4	470,3	426,6	351,1	487,3	427,1	431,4	348,7
Bulgarien	Mill. Euro	43,7	44,9	44,8	49,2	42,9	49,0	42,8	43,3	36,4
Dänemark	Mill. Euro	129,1	130,9	138,8	125,0	122,2	134,5	152,8	153,7	112,2
Finnland	Mill. Euro	109,6	103,9	113,3	96,5	109,5	109,1	92,7	112,0	106,2
Frankreich	Mill. Euro	1 085,7	1 115,7	1 162,3	1 201,8	932,3	1 161,6	1 157,3	1 163,3	886,4
Griechenland	Mill. Euro	45,0	45,1	48,5	48,4	36,6	56,7	52,6	50,1	37,2
Irland	Mill. Euro	66,0	61,2	58,3	71,4	61,8	49,8	58,5	61,4	64,0
Italien	Mill. Euro	1 045,0	1 041,8	1 157,1	1 062,4	745,5	1 132,0	1 001,5	1 072,3	724,9
Luxemburg	Mill. Euro	49,0	53,0	50,7	57,3	56,5	63,4	46,7	49,6	38,4
Niederlande	Mill. Euro	533,9	549,6	572,2	562,7	492,7	606,3	542,7	567,1	486,9
Österreich	Mill. Euro	1 219,8	1 246,3	1 312,8	1 299,4	1 189,9	1 253,3	1 142,1	1 251,2	1 109,2
Polen	Mill. Euro	579,5	641,2	667,5	650,6	619,0	691,3	672,1	690,8	560,9
Portugal	Mill. Euro	110,3	104,8	102,7	117,8	78,6	112,9	101,9	98,4	73,2
Rumänien	Mill. Euro	211,9	227,2	229,7	222,5	240,4	230,8	243,6	246,0	218,9
Schweden	Mill. Euro	297,8	280,7	311,3	216,8	258,5	280,8	267,2	217,7	226,1
Slowakei	Mill. Euro	191,4	202,0	222,0	179,0	203,2	210,1	199,7	186,0	184,8
Slowenien	Mill. Euro	75,6	77,9	80,7	80,3	73,7	75,2	74,3	85,9	71,2
Spanien	Mill. Euro	519,9	514,6	557,0	555,5	418,3	546,0	427,1	469,4	347,1
Tschechische Republik	Mill. Euro	536,2	564,9	602,5	579,6	533,7	570,7	582,3	545,2	506,2
Ungarn	Mill. Euro	316,6	323,4	351,8	325,2	298,4	413,0	354,6	335,5	307,3
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	1 153,3	1 067,2	1 088,5	963,5	809,9	1 025,0	959,1	1 037,1	744,2
Russische Föderation	Mill. Euro	259,1	265,7	277,6	304,5	256,3	280,9	249,5	319,4	246,3
* Afrika	Mill. Euro	222,0	212,4	242,2	242,3	237,3	277,0	245,8	293,7	188,2
* darunter nach Südafrika	Mill. Euro	85,9	85,8	96,5	105,1	114,5	106,3	95,3	125,8	85,7
* Amerika	Mill. Euro	2 359,7	2 325,4	2 593,2	2 651,7	2 112,6	2 521,8	2 050,8	2 791,3	2 104,4
* darunter in die USA	Mill. Euro	1 791,6	1 774,1	1 993,2	2 038,4	1 568,0	1 968,6	1 582,9	2 156,9	1 577,2
* Asien	Mill. Euro	3 073,2	3 051,1	3 327,9	3 530,4	2 813,1	3 121,9	2 816,8	3 314,0	2 533,7
darunter in die Volksrepublik China	Mill. Euro	1 334,1	1 406,4	1 615,8	1 660,7	1 253,8	1 504,4	1 316,8	1 509,6	1 132,6
nach Japan	Mill. Euro	311,8	312,2	300,6	336,8	303,8	340,4	291,2	450,4	277,1
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	134,9	147,4	190,6	170,5	144,6	150,3	148,1	202,3	125,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

² Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

³ EU 28.

⁴ Nachweise einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2017 ¹	2018 ¹	2018 ¹			2019 ¹				
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Großhandel (2015 ± 100)^{2,3}											
Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	109,5	116,6	118,9	118,5	118,3	120,0	127,8	112,6	.	.
Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	107,9	112,7	114,1	113,7	113,4	116,4	123,3	109,4	.	.
Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	102,8	104,7	104,7	105,0	105,8	106,0	106,2	106,2	.	.
Einzelhandel (2015 ± 100)^{2,4}											
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	113,0	116,6	116,9	110,0	110,8	114,8	127,8	116,7	116,9	.
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	Messzahl	109,2	111,8	110,8	106,8	105,4	112,9	118,4	111,7	108,2	.
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁵	Messzahl	108,3	110,9	118,0	112,7	107,7	114,1	126,1	114,4	113,6	.
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁵	Messzahl	109,2	113,5	119,5	110,8	107,6	109,7	127,9	115,4	116,5	.
Sonstiger Facheinzelhandel ⁵	Messzahl	105,7	108,1	111,5	104,2	106,0	109,1	117,9	108,9	112,1	.
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	139,5	148,8	149,3	133,5	137,5	141,5	174,4	147,8	152,7	.
Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	111,3	113,8	115,2	107,9	107,4	111,4	124,7	113,9	113,2	.
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	103,4	104,3	104,1	104,2	105,1	105,1	105,1	105,1	106,2	.
Kfz-Handel (2015 ± 100)^{2,6}											
Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	111,9	115,7	126,4	108,7	103,2	116,9	138,1	111,8	.	.
Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	109,2	111,5	121,6	104,5	99,3	110,6	130,4	105,5	.	.
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	105,1	107,2	106,1	106,0	109,1	107,4	107,3	107,0	.	.
Gastgewerbe (2015 ± 100)²											
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	105,5	112,6	130,5	122,8	130,7	123,9	134,7	125,7	131,1	.
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	105,2	110,6	126,5	121,9	137,5	120,1	128,7	119,5	133,0	.
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	201,3	219,2	241,1	227,8	265,6	199,3	240,5	205,8	246,6	.
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	105,2	114,6	133,9	124,6	124,3	128,3	137,1	132,0	127,7	.
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	105,1	114,0	132,8	125,5	126,9	127,0	137,1	132,7	129,9	.
Kantinen und Caterer	Messzahl	106,0	111,5	124,9	100,2	116,6	115,9	135,4	101,0	122,0	.
Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	101,1	105,7	122,4	115,2	121,5	112,9	123,1	114,9	118,8	.
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	102,9	105,3	110,5	110,7	111,0	111,5	112,8	112,2	111,1	.
Fremdenverkehr⁷											
Gästeankünfte	1 000	3 107	3 260	4 591	4 129	3 911	3 921	4 684	4 276	3 913	.
darunter Auslandsgäste	1 000	782	828	1 296	1 217	971	951	1 313	1 201	964	.
Gästeübernachtungen	1 000	7 864	8 225	11 603	11 420	9 875	10 000	11 829	11 618	9 878	.
darunter Auslandsgäste	1 000	1 594	1 708	2 571	2 514	2 000	1 909	2 622	2 453	1 975	.
Verkehr											
Straßenverkehr											
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁸	Anzahl	68 008	69 055	81 848	75 436	51 747	78 241	85 944	73 699	55 507	.
darunter Krafträder ⁹	Anzahl	3 104	3 343	4 152	3 588	2 422	4 387	4 892	3 242	2 577	.
Personenkraftwagen und sonst. „M1“-Fahrzeuge ...	Anzahl	58 414	59 123	70 737	65 521	43 368	65 162	72 949	62 253	46 994	.
Lastkraftwagen	Anzahl	4 574	4 777	4 894	4 574	4 503	6 143	5 745	6 429	4 190	.
Zugmaschinen	Anzahl	1 519	1 403	1 636	1 375	1 161	2 002	1 803	1 311	1 364	.
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	276	293	366	322	220	402	483	380	290	.
Beförderte Personen im Schienenbahn- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) ¹⁰	1 000	110 314	110 193	.	.	310 309	334 184
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen ...	1 000	94 443	94 432	.	.	268 280	284 830
private Unternehmen	1 000	15 871	15 760	.	.	42 029	49 354
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	33 746	34 188	38 684	32 697	35 203	34 498	39 614	30 403
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 428	4 497	6 305	4 906	5 107	5 688	6 118	4 307
mit nur Sachschaden	Anzahl	29 318	29 691	32 379	27 791	30 096	28 810	33 496	26 096
Getötete Personen ¹²	Anzahl	51	52	69	61	58	62	61	54
Verletzte Personen	Anzahl	5 805	5 858	7 977	6 272	6 532	7 235	7 699	5 451
Luftverkehr Fluggäste											
Flughafen München Ankunft	1 000	1 861	1 931	2 204	2 138	2 325	2 271	2 310	2 229
Abgang	1 000	1 850	1 919	2 254	2 247	2 161	2 192	2 376	2 322
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	174	185	218	247	257	203	198	229
Abgang	1 000	173	184	234	263	231	205	216	242
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	50	62	72	75	72	86	86	95
Abgang	1 000	49	62	76	75	66	84	92	94
Eisenbahnverkehr¹³											
Güterempfang	1 000 t	2 281	2 446	2 459	2 457	2 254	2 425	2 847	2 474
Güterversand	1 000 t	1 872	2 136	2 376	2 213	1 894	2 067	2 450	1 985
Binnenschifffahrt¹⁴											
Güterempfang insgesamt	1 000 t	389	314	554	272	267	412	506
davon auf dem Main	1 000 t	203	170	268	134	153	224	222
auf der Donau	1 000 t	187	144	286	138	114	188	284
Güterversand insgesamt	1 000 t	269	231	428	233	218	249	355
davon auf dem Main	1 000 t	180	170	269	149	161	176	187
auf der Donau	1 000 t	89	61	158	84	57	73	168

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.
2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden

(ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.
3 Einschließlich Handelsvermittlung.
4 Einschließlich Tankstellen.
5 In Verkaufsräumen.
6 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.
7 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

8 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.
9 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.
10 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.
11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.
12 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.
13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.
14 Ab Januar 2019 werden Schifffahrtsergebnisse an den Häfen des Main-Donau-Kanals nicht mehr dem Main- sondern dem Donauegebiet zugeordnet.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt ¹		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	520932r	543 093	.	.	548 757	577 519
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. Euro	454164r	465 941	.	.	469 030	486 248
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	51044r	56 430	.	.	57 954	65 554
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. Euro	47 674	53 318	.	.	54 659	62 928
inländ. öffentliche Haushalte ⁶ ...	Mill. Euro	3 369	3 112	.	.	3 295	2 626
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. Euro	68798r	69 645	.	.	70 076	75 902
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. Euro	67118r	68 196	.	.	68 664	74 490
inländ. öffentliche Haushalte ⁶ ..	Mill. Euro	1 681	1 450	.	.	1 412	1 412
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. Euro	401 090	417 018	.	.	420 727	436 063
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. Euro	371244r	388 809	.	.	392 693	409 519
inländ. öffentliche Haushalte ⁶ ..	Mill. Euro	29847r	28 209	.	.	28 034	26 544
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. Euro	640 191	660 407	.	.	660 131	686 801
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. Euro	521 485	542 361	.	.	542 427	568 534
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. Euro	485 300	504 654	.	.	501 326	524 866
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. Euro	36 185	37 708	.	.	41 101	43 668
Spareinlagen	Mill. Euro	118 707	118 046	.	.	117 704	118 267
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	45 401	44 741	.	.	44 576	44 068
bei Kreditbanken	Mill. Euro	25 823	25 560	.	.	25 527	26 277
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 057	1 013	1 143	979	889	776	1 042	831	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	85	83	97	67	83	66	112	84	...
davon Unternehmen	Anzahl	213	204	219	188	169	179	267	230	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	58	57	67	41	53	47	75	64	...
Verbraucher	Anzahl	585	546	626	560	481	402	491	355	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	2	–	1	-	14	1	...
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	215	207	234	186	184	164	224	186	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	15	15	19	16	13	14	13	13	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	44	56	64	45	55	31	60	60	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11	10	9	10	16	5	10	6	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	240 337	386 344	260 126	1 692 510	167 669	135 732	333 973	220 401	...
davon Unternehmen	1 000 Euro	154 838	293 167	185 823	1 630 477	93 755	88 199	264 849	149 630	...
Verbraucher	1 000 Euro	28 346	27 056	28 341	25 895	29 308	19 636	26 189	18 962	...
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	35 703	39 506	33 663	31 515	41 419	24 803	38 359	36 504	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	21 450	26 616	12 299	4 622	3 187	3 095	4 576	15 305	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	114,9	110,2	100,7	105,7	99,2	105,5	109,9	115,6	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹¹	Mill. Euro	192,7	189,3	167,0	171,1	177,8	191,8	190,6	197,5	205,9
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	246,5	229,7	228,9	226,8	223,1	212,6	210,9
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	468,1	443,6	443,4	439,7	432,3	414,6	411,7
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	319,6	298,6	298,5	295,4	289,7	276,9	274,6
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	124,9	120,9	120,8	119,8	118,5	114,5	113,3
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. Euro
davon Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	5 871,7	6 313,5	5 263,1	4 292,7	8 650,4	10 949,3	4 784,4	5 019,5	8 769,5
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	3 766,8	3 996,4	4 093,8	3 968,9	3 582,5	4 422,2	4 270,1	4 353,3	3 755,1
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	1 077,3	1 080,8	- 178,4	- 40,8	3 054,1	3 032,0	- 126,1	- 57,1	3 130,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	488,5	539,6	1 433,4	227,9	338,3	1 972,0	610,4	533,5	222,2
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	81,2	81,1	54,9	69,4	42,5	11,2	44,1	61,7	38,1
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	457,9	615,6	- 140,6	67,3	1 633,0	1 511,9	- 14,1	128,1	1 624,1
Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 367,7	2 515,2	2 447,7	2 833,4	2 480,2	2 456,7	2 653,7	2 590,6	2 849,6
Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. Euro
Bundessteuern ☆	Mill. Euro
darunter Verbrauchsteuern	Mill. Euro
darunter Mineralölsteuer	Mill. Euro
Solidaritätszuschlag	Mill. Euro
Landessteuern	Mill. Euro	310,4	353,0	323,9	369,8	306,8	343,4	398,9	392,5	381,8
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	120,2	151,1	125,9	153,5	106,6	147,8	177,8	195,7	140,4
Grunderwerbsteuer	Mill. Euro	148,8	159,2	165,3	170,3	150,5	146,5	182,0	165,8	185,8
Biersteuer	Mill. Euro	12,7	12,6	14,2	16,2	16,0	13,5	14,0	15,3	12,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand am Jahres- bzw. Quartalsende.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen).

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen Nichtbanken.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

12 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2017	2018	2018			2019			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. Euro	976,0	1 041,5	.	.	3 311,7	3 305,5
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro	7,2	7,2	.	.	22,2	24,1
Grundsteuer B	Mill. Euro	146,5	148,5	.	.	447,8	528,6
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. Euro	817,4	880,5	.	.	2 834,2	2 733,8
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. Euro
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. Euro	2 342,2	2 546,3	2 130,1	1 635,9	3 623,7	4 700,2	1 862,2	1 962,0	3 651,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. Euro	33,3	35,1	1,0	0,0	0,0	0,0	105,8	0,0	0,0
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. Euro
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. Euro	2 317,4	2 527,3	2 130,1	1 585,2	3 623,7	4 700,2	1 862,2	1 911,5	3 651,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. Euro
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. Euro	124,1	130,4	1,1	18,0	0,0	0,0	342,8	18,3	0,0
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2,3,4}	Mill. Euro	1 560,1	1 670,8	.	.	5 128,9	4 260,1
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. Euro	657,2	687,6	523,8	521,1	931,4	1 047,6	551,0	567,3	962,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro	81,9	105,9	.	.	305,0	354,0
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. Euro	660,7	715,5	.	.	2 327,5	2 286,8
		2017	2018	2018				2019		
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
männlich	Euro	4 399	4 575	3 999	4 082	4 097	4 141	4 140	4 213	...
weiblich	Euro	4 671	4 866	4 217	4 310	4 322	4 369	4 357	4 431	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	Euro	3 724	3 858	3 464	3 517	3 541	3 578	3 605	3 672	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	Euro	8 538	8 792	7 259	7 358	7 398	7 429	7 538	7 639	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	Euro	5 192	5 398	4 708	4 800	4 840	4 870	4 846	4 923	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	Euro	3 468	3 609	3 238	3 318	3 341	3 375	3 341	3 421	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	Euro	2 856	2 957	2 664	2 749	2 760	2 788	2 721	2 793	...
Produzierendes Gewerbe	Euro	2 385	2 471	2 271	2 344	2 348	2 387	2 316	2 368	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	4 711	4 870	4 152	4 289	4 284	4 336	4 283	4 351	...
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	3 733	3 729	3 428	3 468	3 505	3 545	3 507	3 574	...
Energieversorgung	Euro	4 924	5 080	4 323	4 440	4 420	4 480	4 466	4 499	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	5 478	5 636	4 853	4 910	4 996	4 995	4 964	5 020	...
Baugewerbe	Euro	3 638	3 727	3 400	3 438	3 517	3 515	3 517	3 600	...
Dienstleistungsbereich	Euro	3 585	3 829	3 258	3 532	3 587	3 615	3 305	3 600	...
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen ..	Euro	4 200	4 378	3 897	3 942	3 971	4 010	4 044	4 120	...
Verkehr und Lagerei	Euro	4 076	4 350	3 797	3 829	3 816	3 895	3 882	3 927	...
Gastgewerbe	Euro	3 311	(3 442)	3 068	3 151	3 155	3 170	3 027	3 085	...
Information und Kommunikation	Euro	2 530	2 644	2 465	2 519	2 533	2 576	2 517	2 580	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	Euro	5 687	5 855	5 161	5 224	5 212	5 262	5 486	5 448	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	6 285	6 623	5 422	5 439	5 517	5 558	5 485	5 531	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	(5 195)	(5 675)	4 462	4 444	4 522	4 533	4 579	4 666	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Euro	5 476	5 732	4 920	5 004	5 027	5 076	5 138	5 201	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ...	Euro	2 796	2 917	2 669	2 776	2 781	2 828	2 937	3 020	...
Erziehung und Unterricht	Euro	3 921	3 978	3 712	3 712	3 806	3 812	3 782	3 963	...
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 408	4 564	4 299	4 299	4 338	4 343	4 336	4 559	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	4 076	4 093	3 778	3 820	3 879	3 854	3 918	3 995	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	(4 315)	(3 949)	/	3 622	3 715	3 779	4 462	4 428	...
		3 963	(4 135)	3 818	3 816	3 822	3 856	3 774	3 764	...
		2014	2015	2016	2017	2018	2018	2019		
		Durchschnitt ¹³					Oktober	August	Sept.	Oktober
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	99,3	100,0	100,6	102,2	104,2	105,6	106,5	106,5	106,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	99,0	100,0	100,8	103,4	106,0	106,3	108,2	107,6	107,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	97,4	100,0	102,5	105,1	108,2	109,1	110,8	111,0	111,4
Bekleidung und Schuhe	%	99,4	100,0	100,9	101,8	102,6	107,1	100,7	107,5	108,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ..	%	100,3	100,0	100,3	101,9	104,1	105,1	106,5	106,7	106,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	99,0	100,0	100,8	101,3	102,4	102,8	102,6	103,1	103,5
Gesundheitspflege	%	98,3	100,0	101,0	102,2	102,8	103,1	104,3	104,4	104,5
Verkehr	%	102,0	100,0	99,0	101,9	105,5	108,1	107,0	106,4	106,4
Nachrichtenübermittlung	%	101,4	100,0	98,7	97,5	96,5	96,2	95,6	95,7	95,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	96,2	100,0	100,6	101,9	103,3	106,4	110,3	107,7	107,1
Bildungswesen	%	97,9	100,0	103,1	104,9	107,5	108,7	96,5	95,9	95,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	97,3	100,0	102,2	104,1	106,7	107,2	110,2	110,0	110,1
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,5	100,0	102,3	102,3	103,5	103,8	106,0	106,2	106,4
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	...	100,0	101,4	102,6	104,3	105,7	108,4	107,4	107,3
Nettokaltmiete	%	98,4	100,0	101,6	103,3	105,2	105,6	106,9	107,0	107,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steuereinkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2017	2018	2019			
		Durchschnitt ¹					Februar	Mai	August	Nov.
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke² (2015 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	98,5	100,0	102,1	105,5	110,4	114,1	115,0	115,8	...
davon Rohbauarbeiten	%	99,1	100,0	102,1	105,8	111,5	115,9	116,9	117,7	...
Ausbauarbeiten	%	98,1	100,0	102,0	105,2	109,6	112,7	113,5	114,4	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,0	100,0	101,3	103,4	106,5	108,8	109,4	109,8	...
Bürogebäude	%	98,6	100,0	102,0	105,5	110,4	113,9	114,8	115,7	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	98,6	100,0	102,0	105,5	110,3	114,0	114,9	115,7	...
Straßenbau	%	99,9	100,0	100,8	103,2	107,3	111,1	111,8	112,5	...
		2014	2015	2016	2017	2018	2018		2019	
Baulandpreise je m²		Durchschnitt ¹					3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Baureifes Land	Euro	234,86	235,17	261,25	315,07	313,96	302,92	349,57	263,30	269,11
Rohbauland	Euro	50,19	50,93	56,68	74,16	159,34	350,96	56,25	•	•
Sonstiges Bauland	Euro	67,30	68,30	83,24	80,57	101,57	91,35	99,89	52,45	128,10

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2014	2015	2016	2017	2018	2018	2019		
		Durchschnitt ¹					Oktober	August	Sept.	Oktober
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	99,5	100,0	100,5	102,0	103,8	104,9	106,0	106,0	106,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	99,4	100,0	100,8	103,6	106,0	106,1	107,7	107,5	107,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	97,4	100,0	102,2	104,7	108,0	109,1	111,1	111,5	111,8
Bekleidung und Schuhe	%	100,1	100,0	100,8	101,4	101,7	105,5	99,5	105,3	106,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe ...	%	100,4	100,0	100,0	101,2	103,0	103,9	105,0	105,2	105,4
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	99,3	100,0	100,6	101,1	101,8	102,1	102,3	102,7	103,0
Gesundheitspflege	%	98,5	100,0	101,1	102,5	103,4	103,7	104,6	104,6	104,7
Verkehr	%	101,7	100,0	99,1	101,9	105,2	107,1	107,0	106,5	106,5
Nachrichtenübermittlung	%	101,4	100,0	98,8	97,6	96,6	96,2	95,7	95,8	95,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	96,1	100,0	100,7	102,1	103,4	106,3	110,5	107,4	106,9
Bildungswesen	%	100,2	100,0	101,9	102,7	103,6	102,5	101,7	102,3	102,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	97,3	100,0	102,2	104,4	106,7	107,3	110,2	110,2	110,2
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,9	100,0	102,2	102,4	103,6	104,0	106,2	106,4	106,9
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2015 ± 100)	%	102,9	100,0	96,7	100,1	102,7	104,7	100,5	101,1	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2015 ± 100)	%	99,1	100,0	99,0	100,7	101,9	102,6	102,2	102,3	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2015 ± 100)	%	101,9	100,0	98,4	101,1	103,7	105,0	104,5	104,6	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	101,4	100,0	98,5	102,4	105,2	105,6	104,8	104,5	...
Investitionsgüterproduzenten	%	99,4	100,0	100,6	101,8	103,1	103,4	104,8	104,8	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100,8	100,0	100,6	103,6	104,3	104,2	106,4	106,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	98,8	100,0	101,1	102,2	103,9	104,6	105,5	105,6	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	101,1	100,0	100,6	103,8	104,4	104,6	106,6	106,8	...
Energie	%	105,6	100,0	94,1	96,6	101,9	106,1	102,5	102,9	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ± 100)	%	105,6	100,0	98,7	108,6	109,0	111,4	112,5p	110,0p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	94,1	100,0	101,2	101,7	112,4	117,7	112,0	104,2p	...
Tierische Erzeugung	%	113,4	100,0	97,1	112,9	106,9	107,5	112,7p	113,5p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2015 ± 100)	%	101,1	100,0	98,8	102,0	104,8	106,3	104,4	104,0	103,9
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	98,6	100,0	101,1	103,2	105,5	105,8	107,0	106,5	106,2
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	114,3	100,0	88,8	99,7	111,2	122,3	106,9	105,4	105,7
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2010 ± 100)	%	100,0	100,0	100,6	102,0	103,5	104,3	104,2	104,8	105,0
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	99,9	100,0	100,6	102,6	104,6	104,8	105,4	105,7	105,7
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	98,8	100,0	101,2	103,0	105,3	105,7	107,5	107,5	107,5
Kraftfahrzeughandel	%	98,9	100,0	101,3	102,7	104,2	104,7	106,4	106,4	106,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

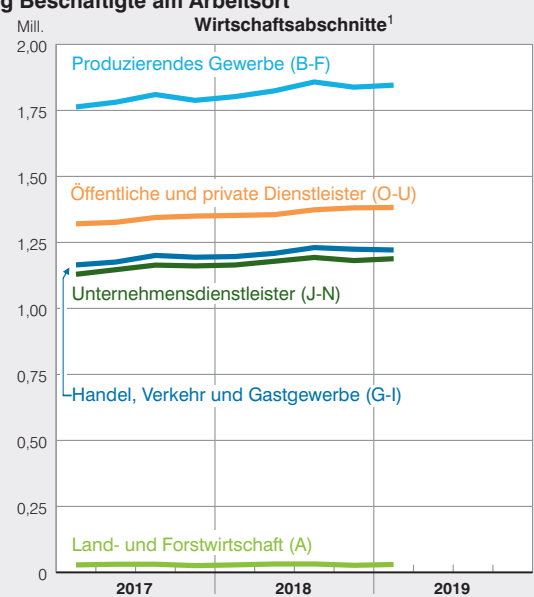
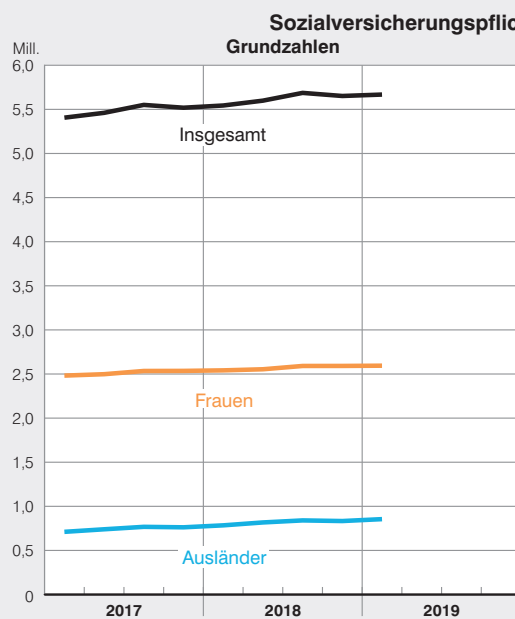
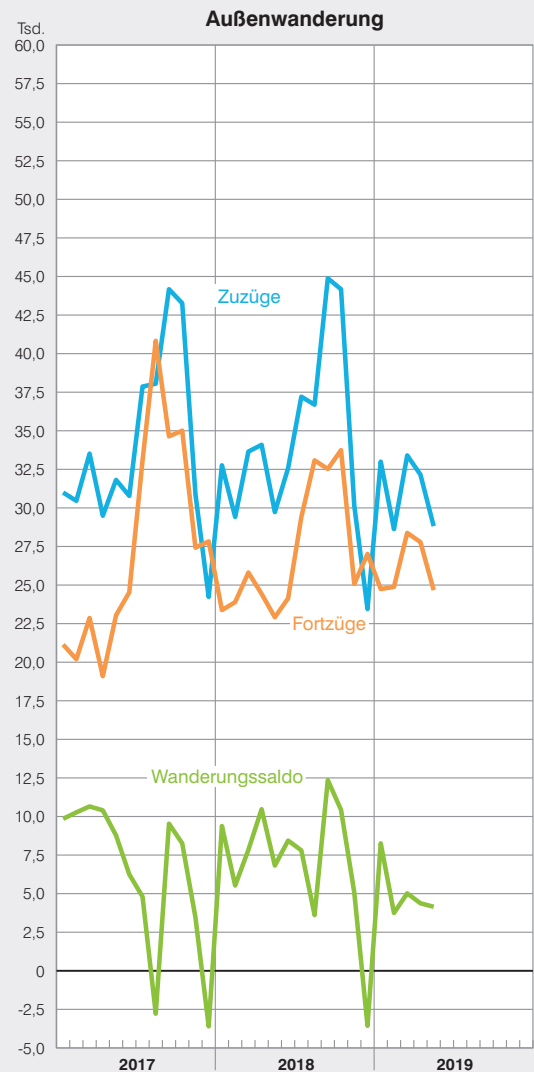
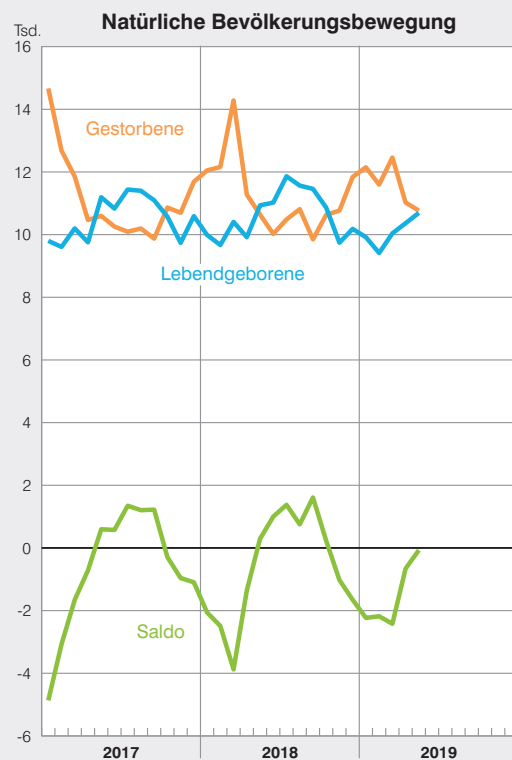
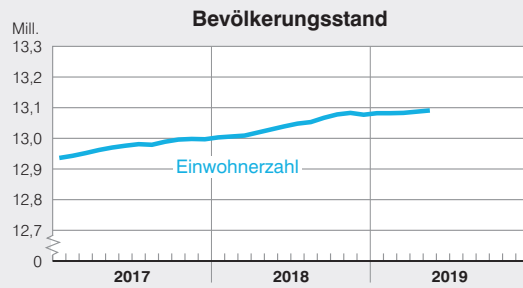
¹ Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

² Einschl. Mehrwertsteuer.

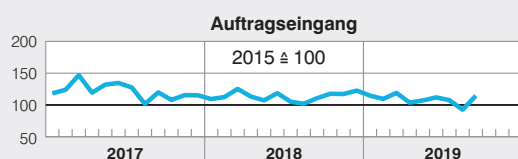
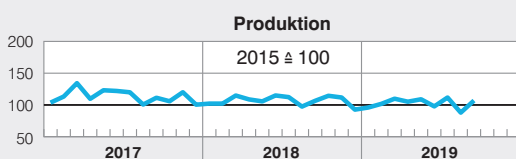
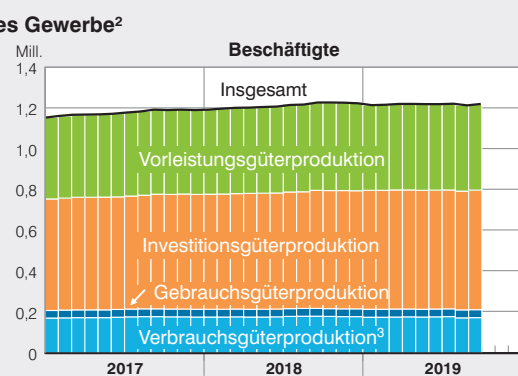
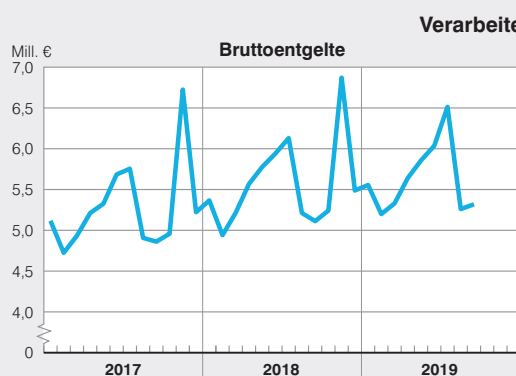
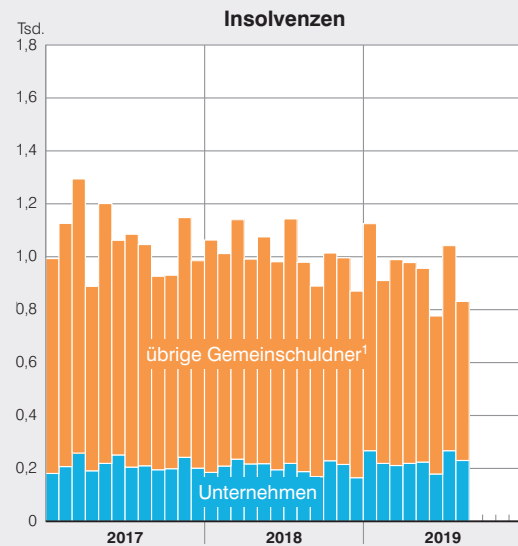
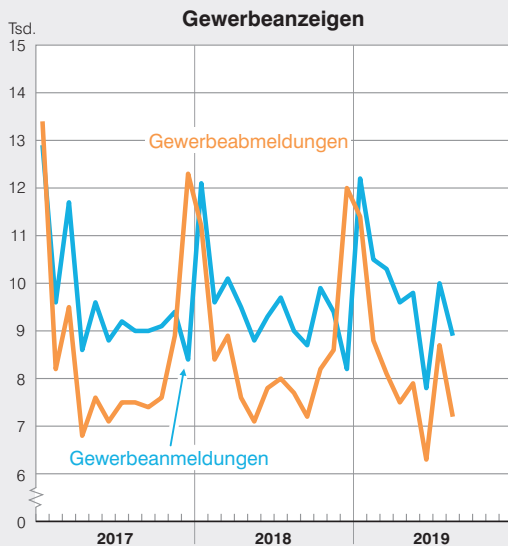
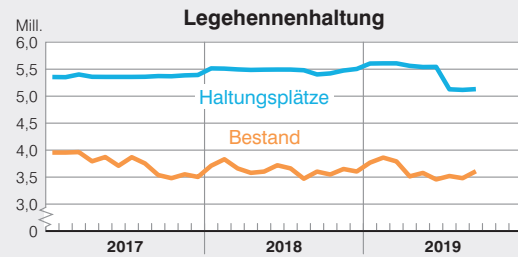
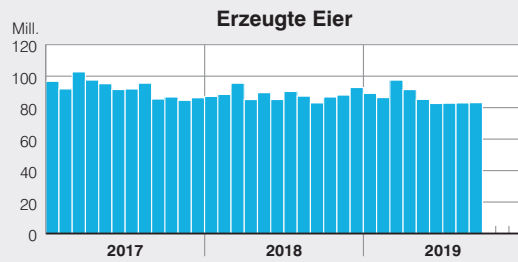
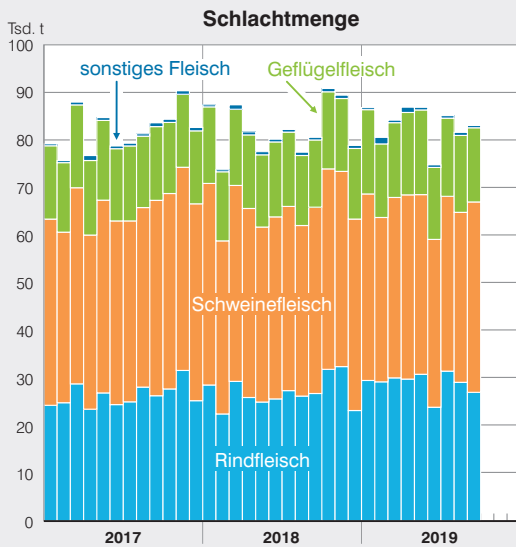
³ Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

⁴ Ohne Mehrwertsteuer.

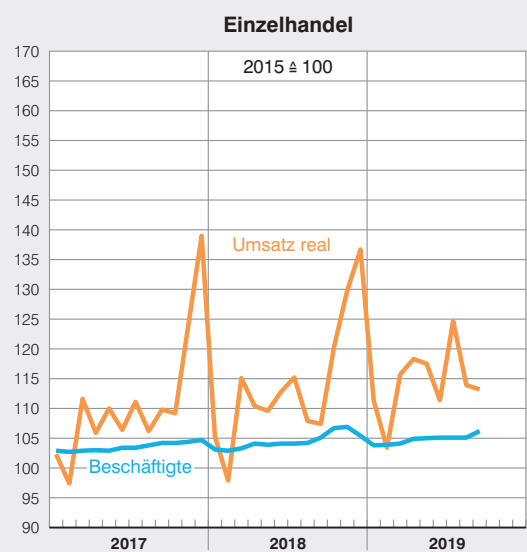
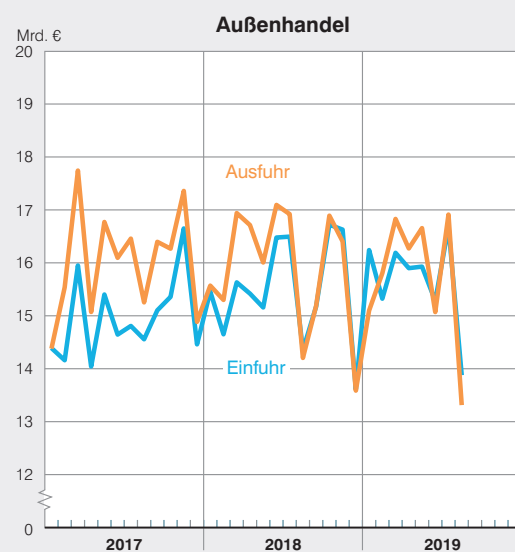
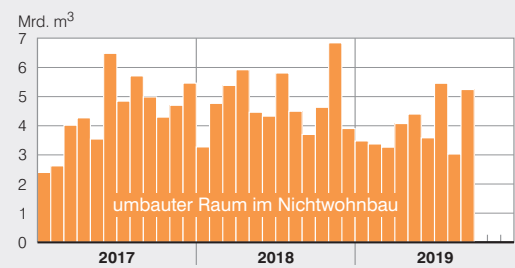
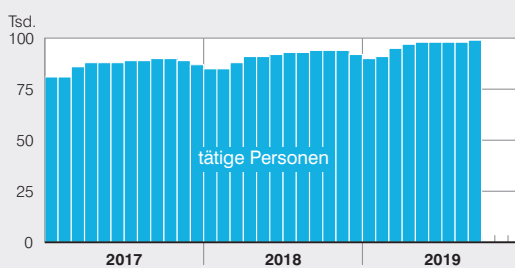
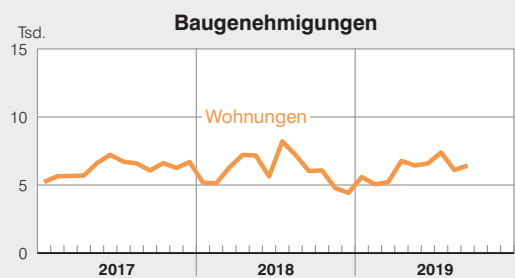
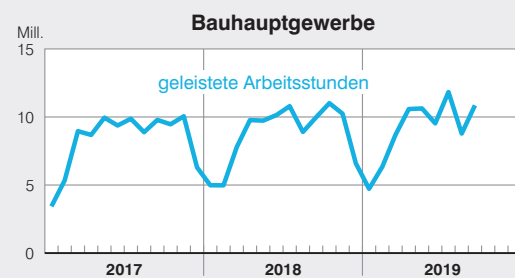
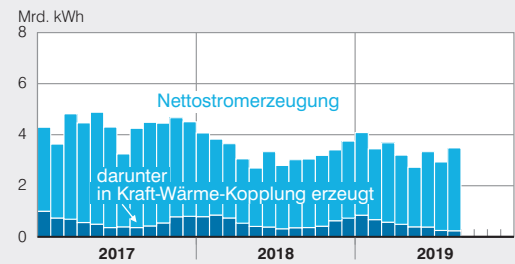
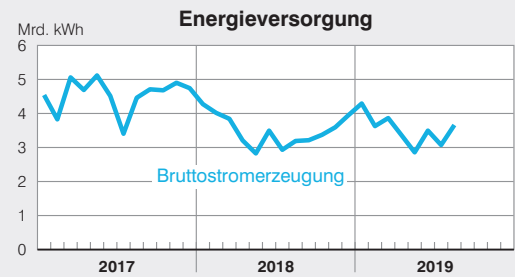
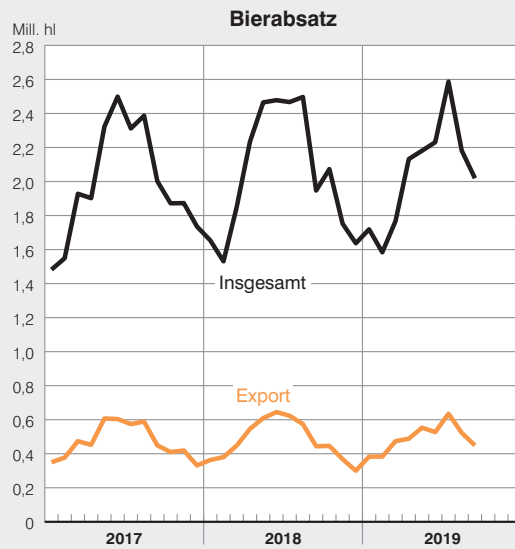
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

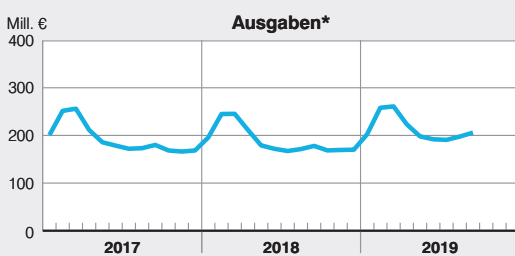
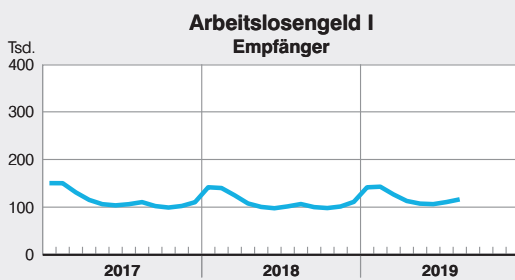
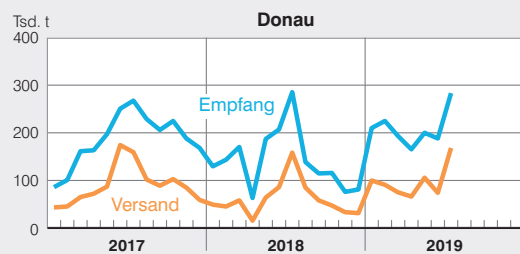
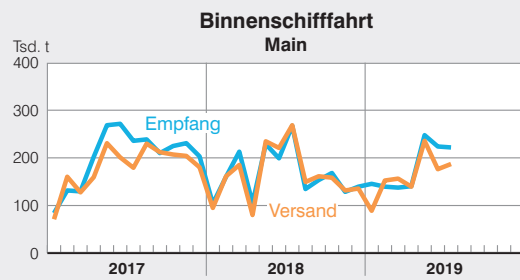
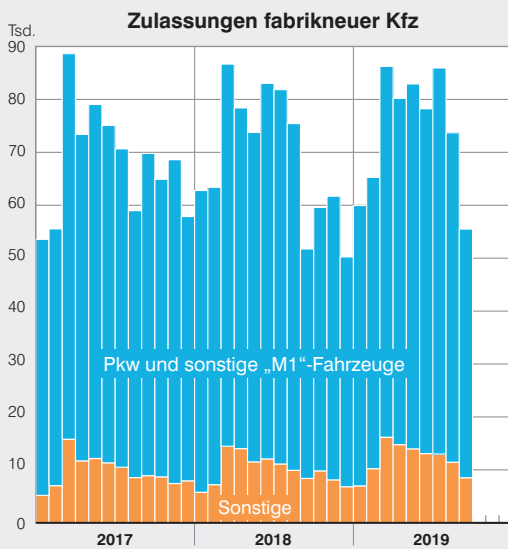
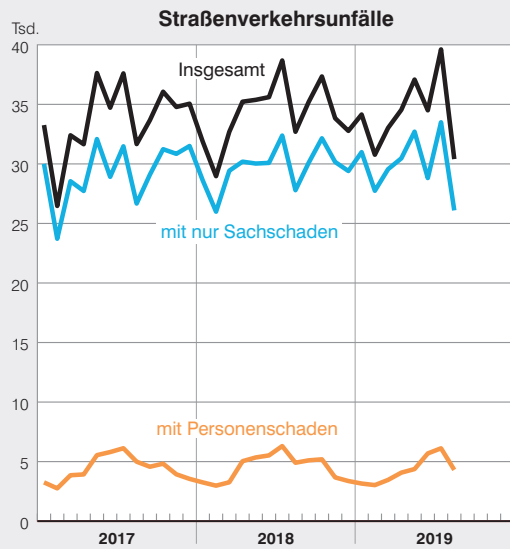
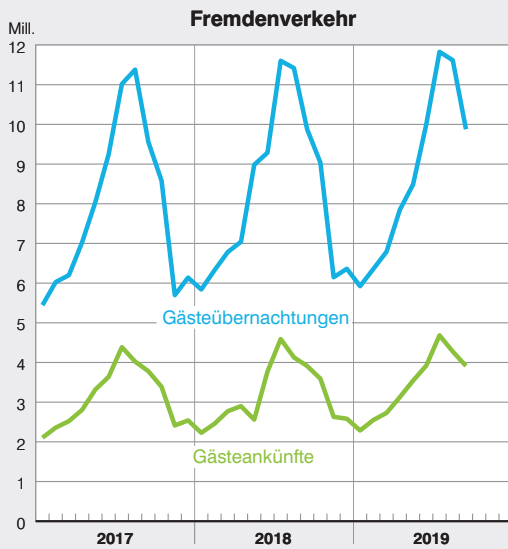


¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

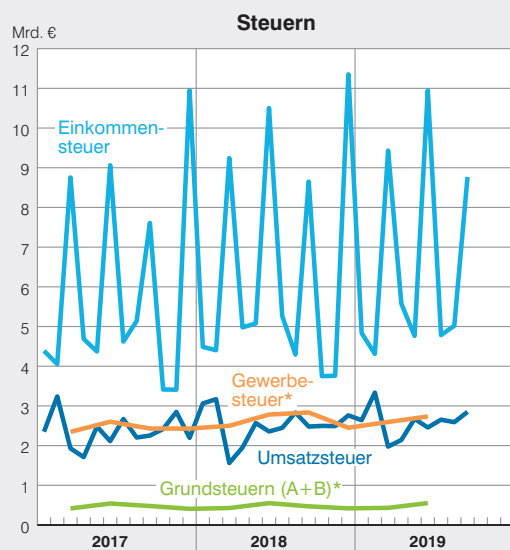


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



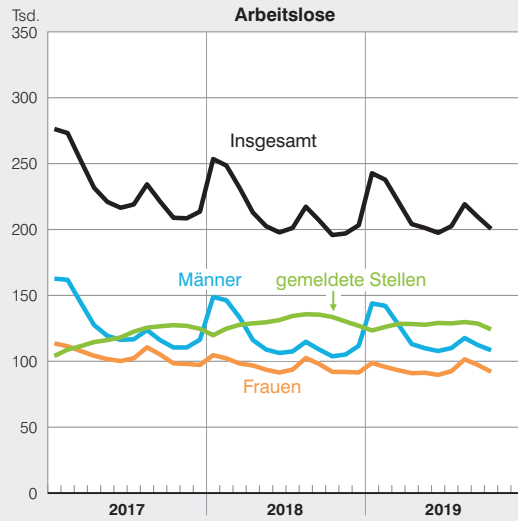


* Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

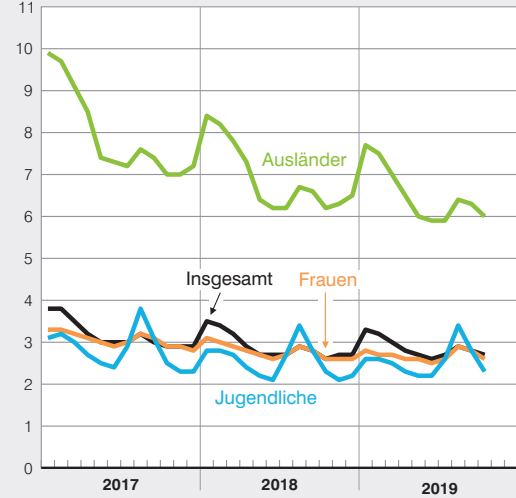


* Quartalswerte.

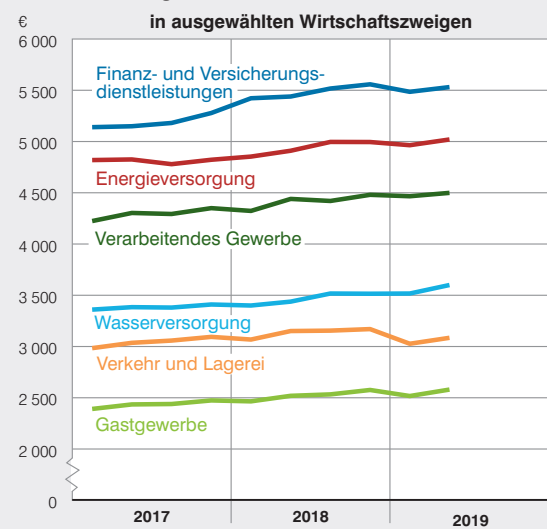
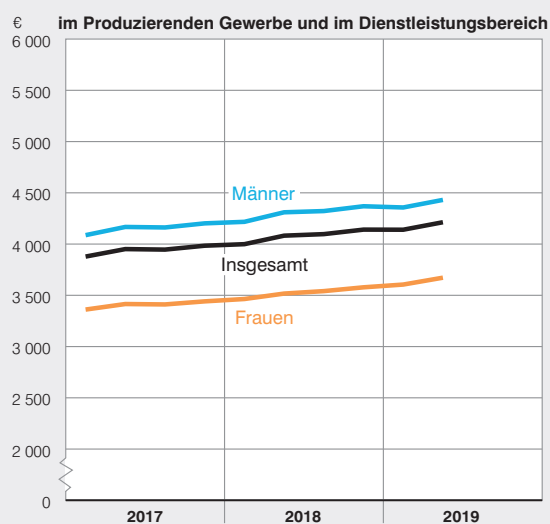
Arbeitsmarkt



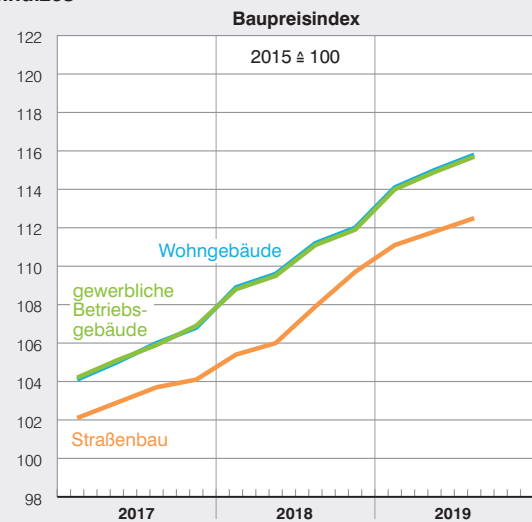
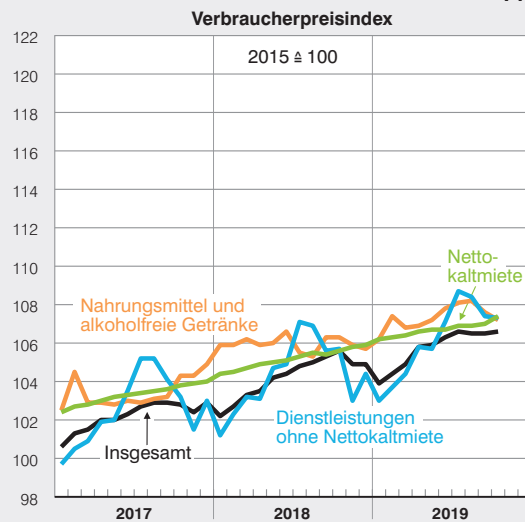
Arbeitslosenquote



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Schulwesen insgesamt

- Bayerische Schulen
- Eckzahlen sämtlicher Schularten nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Stand: Oktober 2018

Allgemeinbildende Schulen

- Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern
Stand: Oktober 2018
- Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung und Abendrealschulen in Bayern
Stand: Oktober 2018

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im August 2019

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im August 2019 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2019 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
Basisjahr 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2019
Basisjahr 2015

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im August 2019

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse - 2. Quartal 2019

Handwerk

- Handwerk in Bayern
Ergebnisse der Registerauswertung 2017

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im August 2019

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im August 2019
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Juli 2019

- Unternehmensstruktur im bayerischen Binnenhandel
Ergebnisse der Jahreserhebung 2017
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im August 2019
- Tourismus in Bayern im August 2019
- Tourismus in Bayern im Juli 2019
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im August 2019
- Unternehmensstruktur im bayerischen Gastgewerbe
Ergebnisse der Jahreserhebung 2017

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juli 2019
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats
- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2019
Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats
- Schienennahverkehr und gewerblicher Straßenpersonenverkehr in Bayern 2018

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern
im Juli 2019

Kinder- und Jugendhilfe

- Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2018
Ergebnisse zu Teil I: Erzieherische Hilfen

Schulden und Finanzvermögen, Personal

- Staats- und Kommunalschulden in Bayern
am 31. Dezember 2018

Steuern

- Erben und Schenken in Bayern 2018

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2015 bis September 2019 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
im September 2019
- Verbraucherpreisindex für Deutschland
im August 2019
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im August 2019

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.


Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Publikationsservice

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
 www.statistik.bayern.de/produkte

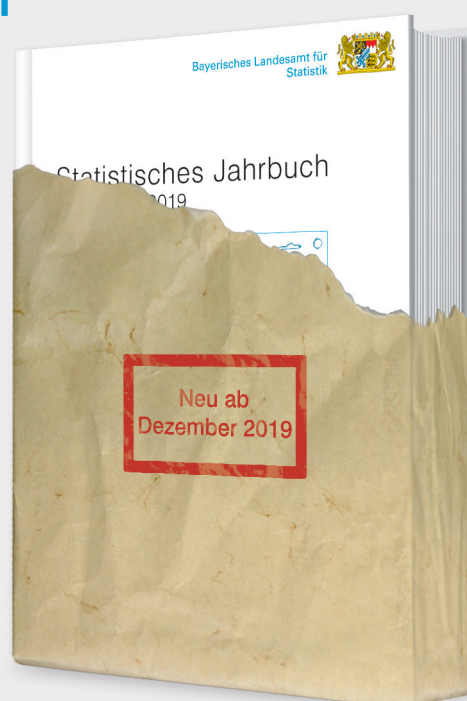
Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/produkte



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2019

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 650 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.



Preise

Buch 39,00 € | DVD/PDF je 12,00 € | Buch+DVD 46,00 €



Bayern Daten 2019

Die Bayern Daten sind ein kleiner Auszug aus dem Statistischen Jahrbuch. Auf ca. 30 Seiten sind die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Tabellen und Grafiken dargestellt.

Preise

Heft 0,55 € | Datei kostenlos

Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, Nürnberger Straße 95
Telefon 0911 98208-6311 | Telefax 0911 98208-6638 | vertrieb@statistik.bayern.de